

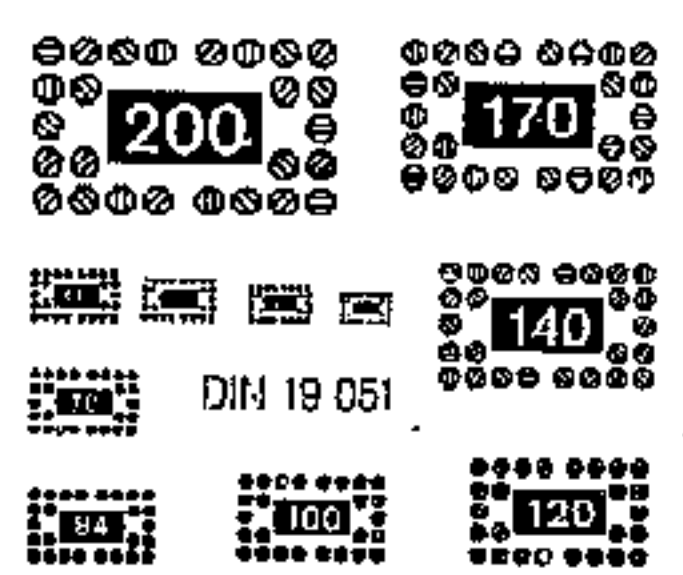
Spe

Das Programm der Sozialdemokratie

Vorschläge
für seine Erneuerung



Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68
1920



Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Ist die Zeit für die Revision des Parteiprogramms gegeben? Von Adolf Braun	3
Zu den philosophischen Grundlagen unseres Parteiprogramms. Von Karl Vorländer	10
Kritisches und Positives. Von Hermann	17
Zur Frage eines neuen Parteiprogramms der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Von Eduard Bernstein	24
Vorschläge zum neuen Parteiprogramm. Von Heinrich Cunow	33
Gutachten zur Revision des Programms der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Von Heinrich Baentig-Halle	40
Die Sozialisierung. Von Robert Schmidt	47
Die nächste Wirtschaftspolitik. Von Rudolf Wiffell	53
Sicherung und Ausbau der Demokratie. Von Georg Grad- nauer	61
Die Frauenfrage. Von Antonie Pfölz	76
Die Religionsfrage. Von Gustav Radbruch	80
Staat und Kirche. Von J. Meerfeld	82
Die Kulturaufgaben der Sozialdemokratie. Von Heinrich Schulz	87
Rechtspflege. Von Gustav Radbruch	92
Öffentliche Gesundheitspflege. Von Alfred Grothjahn	96
Die Steuerfrage. Von Wilhelm Reil	103
Die Wohnungsfrage. Von H. Ellinger	111
Arbeiterschutz. Von Gustav Hoch-Panau	118
Der Ausbau der Organisation zur Wahrnehmung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter. Von Robert Schmidt	124
Das Konsumproblem. Von F. Reine	127
Parteiprogramm und industriekapitalistische Entwicklung. Von Richard Wolft	131
Die Arbeiterversicherung. Von Hermann Müller	139
Die Bekämpfung der Bodenspekulation. Von Dr. S. Fürtb	143
Die Wohnungsfrage. Von Paul Pirich	146
Die kommunalpolitischen Forderungen. Von G. Sindemann	150
Vorschläge zu 2 des Erörterer Programms (Staatsform, Gesetz- gebung, Verwaltung). Von Max Quard-Frankfurt a. M.	158

Ist die Zeit für die Revision des Parteiprogramms gegeben?

Von Adolf Braun.

Daß das Erfurter Parteiprogramm, das im nächsten Jahre auf ein Menschenalter zurückblicken darf, selbst bei einer ganz normalen Entwicklung von Staat und Wirtschaft in Deutschland überholt sein würde, bedarf keiner Erörterung. Das Erfurter Programm, schon 1891 nicht vollkommen und nicht nur die Kritik eines Engels herausfordernd, hatte zahlreiche Fassungen unserer Partei auszugleichen. Doch bedeutete das Erfurter Programm vom Gothaer einen großen Schritt vorwärts. Es war viel einheitlicher, spiegelte weit mehr die Ergebnisse der marxistischen Grundlehren als irgendeiner seiner Vorgänger. Selbst wenn das Erfurter Programm vor 20 Jahren als höchste Leistung hätte gekennzeichnet werden sollen, so kann es heute nicht mehr so gewertet werden, denn die drei Jahrzehnte, die seitdem abgelaufen sind, haben eine einschneidende wirtschaftliche Entwicklung, eine Verbreiterung der Arbeiterbewegung und durch Krieg und Revolution eine völlige Umgestaltung der Verhältnisse im Staat, eine starke Verschiebung in der Wirtschaft gebracht. Im Laufe der drei Jahrzehnte, vor allem aber seit dem November 1918 ist Zahlreiches erfüllt worden, was wir 1891 noch als Forderung aufgestellt hatten. Aber auch bei dem Nichterfüllten ist heute vieles anders zu fordern, als im Jahre 1891. Ganz neue Probleme sind für die Sozialdemokratie in den letzten Jahrzehnten aufgetaucht, die zu programmatischen Forderungen zu formulieren die Väter des Programms von Erfurt nicht beabsichtigen konnten. So spricht alles für die Schaffung eines neuen Parteiprogramms. Man könnte auch auf die U. S. V. hinweisen, die sich in Leipzig ein Aktionsprogramm gegeben hat, die auch mit dem Erfurter Programm nicht weiter auskommen. Vermag, wenn man auch annehmen sollte, daß sie das Programm in seinem grundsätzlichen Teil weiter als maßgebend zu bezeichnen hat. Dieses Leipziger Aktionsprogramm der U. S. V. ist aber mehr das Kind einer momentanen taktischen Situation. Das Programm bleibt umstritten, es hat der U. S. V. nicht Richtung gegeben, selbst nicht in dem ersten Momente seines Lebens, wie sein Zurücktreten in der Wahlbewegung bewies.

Man darf die Frage aufwerfen: Ist heute der Zeitpunkt für Formulierung der Forderungen einer Partei des Klassenbewußten Proletariats gekommen?

Wer diesen Band in die Hand nimmt, könnte leicht annehmen, daß diese Frage unbedingt bejaht werden muß; aber selbst in diesem Bande regen sich Zweifel, ob sich die Formulierung der programmatischen Forderungen der Partei jetzt empfiehlt. Für die Erörterung der programmatischen Sätze ist er unzweifelhaft da. Denn daß das alte Programm überholt ist, daß man darüber zu sprechen hat, ob, wann, wie ein neues Programm zu schaffen ist, darüber kann kein Zweifel obwalten. Überall in unserer Partei, und nicht nur heute, sondern schon seit langem drängt sich der Wunsch auf, an Stelle eines alten Parteiprogramms, das in einem Teile seiner praktischen Forderungen an Werbestraft eingebüßt hat und in dem vieles, was wir zu wünschen haben, nicht zum Ausdruck gebracht wird, ein neues, dem heutigen Stande der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung entsprechendes, neuen Zielsetzungen der Partei Ausdruck gebendes Programm zu sehen. Dieser Wunsch ist allgemein, er wird auch vom Parteivorstand geteilt, so daß der Partei-



A78 4606

tag zur Frage der Programmrevision Stellung nehmen soll. Daß dies als Ausdruck des Parteiwillens eine Notwendigkeit ist, wird niemand bestreiten.

Je mehr wir uns aber in die Einzelheiten der Programmrevision vertiefen werden, desto mehr werden wir die Schwierigkeiten empfinden. Einseitlich und geschlossen ist unser Wille, aus der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in die sozialistische Gesellschaftsordnung zu kommen, alle Hindernisse zu überwinden, die auf dem Wege zur Verwirklichung unserer letzten Ziele, zur vollendeten Vermählung einer vollkommenen sozialistischen Gesellschaftsordnung mit der Aufhebung der Massenherrschaft, ja jeder Klasse, auf dem Boden der Demokratie liegen. So klar umrissen, dies große Ziel ist, das unsere Schritte lenkt, so umstritten ist der Weg zu diesem Ziel. Gewaltig große Steine hemmen den Vormarsch; die einen meinen, sie überflügelnd zum Ziele gelangen zu können, die andern fürchten, daß sie zum Teil aus dem Weg geräumt werden müssen oder umgangen werden sollen.

Als wir 1891 das Erfurter Programm formulierten, standen wir in einer wirtschaftlichen Entwicklung, die trotz der langjährigen Krise, die noch nicht ganz überwunden war, doch einen deutlichen, klaren Weg der wirtschaftlichen Entwicklung, der Akkumulation des Kapitals, der Proletarisierung des Mittelstandes und einem weitgehenden Parallelismus in der wirtschaftlichen Entwicklung der europäischen Staaten erkennen ließ. Es war deshalb, da alles, was wir damals beobachteten, eine klare Bestätigung der Lehren von Karl Marx über die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung war, verhältnismäßig leicht, ein Programm festzustellen, das die Zustimmung weitaus der Mehrheit der Parteigenossen fand. Das Programm war angepaßt dem tatsächlichen wirtschaftlichen Zustande und den klaren Richtlinien der deutlich erkennbaren, durch die folgenden Berufs- und Betriebszählungen bestätigten Wirtschaftstendenzen. Gerade deshalb hat das Erfurter Programm solange die Parteigenossenschaft befriedigen können.

Heute sind wir aber in starker Unklarheit über die Entwicklungstendenzen unserer Wirtschaft, heute sind wir auf das tiefste erschüttert in unserer bisherigen Überzeugung, daß die Wirtschaft der hochentwickelten Industriestaaten nach dem Kriege weiter einen parallelen Gang gehen wird, wie das vor dem Kriege, wenn auch unter Abweichung der Geschwindigkeitsgrade tatsächlich der Fall war. Gar vieles spricht dafür, insbesondere nach den Verhandlungen in Spa, daß der Gang der wirtschaftlichen Entwicklung in den Ländern der Besiegten ein durchaus anderes sein wird als in dem der Sieger. Das ganze wirtschaftliche Schicksal Europas oder wenigstens des europäischen Kontinents ist in Frage gestellt. Nicht nur die Börse von New York, auch die Schifffahrt und die industrielle Produktion der Vereinigten Staaten scheinen den ersten Rang in der Welt einzunehmen, die amerikanische Volkswirtschaft kann in einem Jahrzehnt nicht nur die Führerin der Welt sein, sie kann auch die Volkswirtschaft auf dem europäischen Kontinent niederkonkurrieren und sie, soweit die Industrie wirksam bleibt, unter ihre vollkommene Herrschaft, unter ihre Mitbestimmung zwingen.

Bahlofe Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung sind heute aufgeworfen, für jedes Problem gibt es verschiedene Möglichkeiten der Lösung, je tiefer wir in die Fragestellung eindringen, desto mehr müssen wir eingestehen, daß unsere Einsicht in die künftige Entwicklung stark erschüttert ist. Mögen die Besserkenner, die für alles ihr schemenhaftes Urteil bereit haben und die mit einigen wenigen stereotypen Redensarten den Kompaß auf dem dunklen Meere wirtschaftlicher Entwicklung zu besitzen glauben, über uns noch so viel spotten, wir glauben, daß oft mehr wissenschaftliche Einsicht in der Erkenntnis des Nichtwissens, als in der Überzeugung, alles zu wissen, liegt.

Gerade als Schüler von Marx ist uns die Ueberzeugung selbstverständlich, daß die wirtschaftlichen Voraussetzungen erkannt sein müssen, bevor man politische, soziale und kulturelle Forderungen aufstellen kann. Alles mag uns um die Welt ist in einer Unruhe, wie sie noch niemals gewesen ist. Mit zahlreichen unbekannten und unerforschbaren Faktoren haben wir zu tun, wenn wir — natürlich vergeblich — versuchen, den Gang der Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft auch nur für kurz absehbare Zeit festzustellen. Wir wissen noch nicht, inwieweit die Kontrolle Deutschlands durch unsere bisherigen Feinde die freie Verfügung über unsere eigene Wirtschaft einsengen wird. Wir wissen wohl, daß bescheidene Leute meinen, mit den Worten Diktatur des Proletariats und Weltrevolution alle Probleme der Gegenwart wie naher und ferner Zukunft lösen zu können. Aber wir wissen, daß diesen so groß sprechenden Männern und Frauen die Einsicht in die tatsächlichen Dinge und in die wirtschaftlichen Dunkelheiten unserer Gegenwart und unserer nahen Zukunft fehlt, daß sie vielfach gar nicht die Probleme sehen und deshalb über den Grad ihrer Lösbarkeit auch nicht nachdenken. Je mehr wir aber die Schwierigkeiten erkennen, je mehr wir uns klar zu werden suchen über die Bedingungen unserer Wirtschaft heute und im nächsten Jahrzehnt, desto vorsichtiger werden wir in der Voraussage dessen sein, was werden kann, in der Aufstellung von Forderungen, die wir in kurzer Frist verwirklichen möchten.

Wir wissen nicht, wie die Weltwirtschaft wird, wir wissen nicht, welche Stellung Deutschland in ihr angewiesen sein wird, ob sich Deutschland die Stellung wird erzwingen können, die im Interesse des Gedeihens unseres Proletariats notwendig ist. Wir kennen noch nicht diese Weltwirtschaft; wir wissen aber doch, daß nunmehr eine rein nationale wirtschaftliche Betrachtungsweise nicht mehr ausreicht. Die noch so genaue Kenntnis der deutschen Wirtschaft, die noch so klare Betonung der wirtschaftlichen Bedürfnisse einzelner Landesteile reicht nicht aus, um zu einer klaren wirtschaftlichen Politik zu gelangen. Was für Deutschland werden kann und werden soll, kann nur verständig beurteilt werden, wenn wir nicht von Deutschland den Ausgangspunkt unserer Betrachtung nehmen, sondern wenn wir uns bemühen, die Kräfte und Mächte, die Leistungen und Vorräte, die Preisentwicklung und die Produktionsbedingungen in der Weltwirtschaft klar zu erkennen. Nur so mehr wird das der Fall sein, wo die wirtschaftliche Abhängigkeit von der Weltproduktion naturgemäß gegeben ist in der Unfähigkeit unseres eigenen Landes, die Bevölkerung zu ernähren, die Industriezweige mit den erforderlichen Rohstoffen zu beliefern. Das gilt vor allem für die Agrarfrage. Nur wenn wir sie weltwirtschaftlich betrachten, nicht mehr ausgehen von der Lösung des agrarischen Problems für Deutschland oder Oberbayern oder Schlesien, werden wir zu einer Lösung gelangen.

Wer diese Einsicht nicht in den Wind schlägt, wird daran zu zweifeln haben, ob es heute möglich ist, ein Parteiprogramm aufzustellen.

Es wird die Aufgabe des Parteitag sein, zu entscheiden, ob wir nun an den Aufbau eines Parteiprogrammes zu gehen haben oder ob wir diese Aufgabe vertagen müssen. Vieles spricht für jeden der beiden Gesichtspunkte. Einstimmigkeit dürfte auf dem Parteitag herrschen, daß das jetzige Programm überholt ist und daß wir ein neues Parteiprogramm nötig haben, um unsere Einheitlichkeit in der Aktion in den verschiedenen Parlamenten, in den zahlreichen Zeitungen, in den tausenden Organisationen, in den zehntausenden Versammlungen unserer Partei zu sichern. Die Geschlossenheit der Organisation, die Wirksamkeit der Agitation haben ein einheitliches Programm nötig. Dabei wird sich aller Vermutung nach bei der Vielfältigkeit der Aufgaben, die uns auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens nicht nur politisch, wirtschaft-

lich und kulturell, sondern auch in Großstadt, Mittelstadt und auf dem flachen Lande gestellt sind, das Bedürfnis ergeben, das allgemeine Programm, das wir uns wünschen, durch eine Anzahl von Aktionsprogrammen zu ergänzen. So wird wiederum der Wunsch auftreten nach einem Kommunalprogramm, und diesem Wunsch wird entgegengehalten werden, daß ein Kommunalprogramm nicht genügt, ja, daß selbst allgemeine Richtlinien für die in den einzelnen Partikularstaaten notwendig werdenden Programme auch noch nicht die Lösung der Schwierigkeiten darstellen. Man wird die Frage aufwerfen, ob man unbeschadet der Kommunalprogramme in den verschiedenen staatlichen Rahmen nicht auch zu besonderen Programmen für die Größenklassen der einzelnen Gemeinden kommen muß. Was für Berlin und Hamburg notwendig ist und gefordert werden muß, kann für Essen, Rassel und Augsburg unanwendbar sein. Ebenso dürfen allgemeine Forderungen, die in Städten über 100 000 Einwohner selbstverständlich sind, nicht einfach gestellt werden in der Größenklasse der Ortschaften von 5000 bis 20 000 Einwohnern. Ein großer Teil unserer Bevölkerung, dem wir das lebhafteste Interesse zuwenden, wohnt in Orten mit weniger als rund 2000 Einwohnern. Gerade in den kleinsten Orten bedürfen unsere Parteigenossen in den gemeindlichen Vertretungen am meisten der Ratsschlüsse und der Begleitung, gerade dort aber sind die allgemeinen Kommunalprogramme unverständlich und unnütz, ja, sie schufen auch hier eher Schwierigkeiten als Klärung. Wir müssen uns hüten, bei der Programmfestsetzung für die Gemeinden zu schablonisieren; eine Anpassung an die verschiedenen Verhältnisse — was vielfach nicht vollkommen möglich sein wird — ist zu suchen. Auch hier eröffnen sich den Diskussionen innerhalb der Parteigenossenschaften und der Vorbereitung, Erörterung und Beschlußfassung künftiger Parteitage eine Fülle von schwierigen, aber sehr anregenden Aufgaben. An diesem Beispiel erkennt man mancherlei Bemerkungen bei programmatischen Festsetzungen, die bisher vielfach unterschätzt oder gar nicht ins Auge gefaßt wurden.

Eine weitere Schwierigkeit unserer Tage besteht darin, daß nun die programmatischen Forderungen weit stärker und rascher Erfüllung heißen als zurzeit der Formulierung der Parteiprogramme von Gotha und Erfurt. Je entfernter die Möglichkeit der Durchsetzung programmatischer Forderungen ist, desto eher kann man sich begnügen, in kurzen Sätzen allgemeine Forderungen aufzustellen. Wo die Pflicht winkt, diese Forderungen vom Papier in das praktische Leben, in die Befehlskette des Reiches, der Länder und Gemeinden zu übertragen, da zeigt sich, daß man tief in den Gegenstand eindringen muß, um die Mannigfaltigkeiten der wirtschaftlichen Verhältnisse, des sozialen Lebens ins Auge fassen zu können, daß man mit kurz gefaßten Formulierungen nicht auskommt. Programme sollen aber kurz, prägnant sein, die Forderungen der Partei sollen sich mit wenigen Worten fest in das Gedächtnis einprägen, aber die Aktion der Partei soll diesen programmatischen Sätzen nicht widersprechen, wenn nicht ausnahmsweise Fälle, höhere Gewalten, ungenügende eigene Macht das wider unseren Willen erzwingen.

Nun ist aus der ganzen Haltung der anderen sozialistischen Parteien zu unserer, die Mehrheit der politisch denkenden Arbeiterschaft vertretenden Partei zu befürchten, daß wir nicht zu einer sozialistischen Parlamentarismehrheit oder zu sonstiger entscheidender Machtkonzentration in der nächsten Zeit kommen dürfen, die uns eine reifliche Vermittlung sozialdemokratischer Programmsätze ermöglichen werden. Es ist deshalb zu befürchten, daß wir für die erste Zeit nach einer neuen Programmbildung damit zu rechnen haben werden, daß die organisierte Arbeiterschaft den Inhalt der künftigen Gesetzgebung nicht bestimmen kann, daß also entweder wir in dem Augenblicke, wo wir diese Gut-

achten den Parteigenossen und den -genossinnen vorlegen, eine rein bürgerliche Regierung in Deutschland herrscht, oder wir uns in eine Koalitionsregierung schliessen müssen, in der wir vielen Einfluß ausüben können, in der es uns aber nicht möglich ist, allein den Ausschlag zu geben. Deshalb müssen wir fürchten, daß in absehbarer Zeit trotz unserer Stärke in den Parlamenten zwischen dem Inhalt der Gesetzgebung und unseren programmatischen Forderungen eine völlige Gleichung nicht zu erzielen sein dürfte. Das wäre vor der Revolution für die Mitglieder unserer Partei etwas durchaus Selbstverständliches gewesen. Jetzt muß das Streben den Willen unserer Parteigenossen und Parteigenossinnen befehligen, daß unsere Partei die entscheidende Macht über Deutschlands Geschick erhalte, soweit sie vom deutschen Volk selbst zu entscheiden sind, damit unsere Zielsetzungen und die Entwicklung in der Gesetzgebung und der sich in ihrem Rahmen entfaltenden Zustände den gleichen Weg gehen.

In dem letzten Satze ist angedeutet, daß das politische Wirken innerhalb Deutschlands, für dessen Arbeiterschaft wir dieses Programm geben, nicht allein durch unseren Willen bestimmt ist. Selbst wenn wir über die unbestrittene Mehrheit in den Parlamenten des Reichs und aller wichtigen Gemeinden verfügen würden, müßten wir mit Hemmnissen und Schwierigkeiten rechnen, die uns an der Verwirklichung dessen, was wir erstreben, hindern können.

Nicht praktischer Politiker, niemand, der sich bloß mit Allgemeinheiten bei der Aufstellung von Forderungen begnügt, kann davon abgehen, daß uns der Friedensvertrag von Versailles die Freiheit der Entscheidung, die volle Verfügungskraft über die Hilfsquellen unseres Reiches in mannigfacher Hinsicht eintrenkt. In den Tagen, wo die Entscheidungen in Spa gefallen sind, würde man sich das Zeugnis politischer Unfähigkeit ausstellen, wenn man ein Programm aufstellen und es zu lebendiger Verwirklichung führen will, ohne sich irgendwie um das zu bekümmern, was die Mächte der Entente auf Grund des Friedensvertrages von uns zu fordern befugt sind, und wozu sie die Macht haben, uns zu zwingen. Nicht bloß der Friedensvertrag stellt der Verwirklichung unserer formulierten und noch nicht formulierten Programmforderungen Schwierigkeiten entgegen, ebenso engt uns jetzt und für längere Zeit die traurige Finanzlage des Reichs ein. Sie wird uns vieles nicht ausführen lassen, was wir im Interesse der breiten Volksmassen noch zu verwirklichen suchen. Zu diesen Hindernissen kommen aber noch größere: die Unklarheit über die Zukunft unserer Volkswirtschaft, die Ungewißheit über die Möglichkeit, unsere Bevölkerung ausreichend zu ernähren, deren Leistungsfähigkeit noch nicht auf normale Höhe gebracht werden konnte. Die Unsicherheit besteht fort, ob wir für den dauernden und produktiven Gang unserer Industrieunternehmungen auch die ständige und wirtschaftlich ausreichende Zufuhr von Roh- und Hilfsstoffen beschaffen können, ob unsere Kohlenförderung unsere Eisenbahnen im Gange halten wird, ob wir unsere Hochöfen nicht nur mit unseren Eisenerzen, sondern auch mit denen beschicken können, die zur höheren Verwendbarkeit des gewonnenen Roheisens und damit zur Wettbewerbsfähigkeit unserer Maschinen- und sonstigen Metallindustrie notwendig sind. Alle diese Probleme kulminieren in dem zentralen, ob unser Europa abstirbt, ob das Schwerkergewicht der Weltkultur und vor allem der Weltwirtschaft von West- und Mitteleuropa auf die Vereinigten Staaten noch während der Lebensdauer der gegenwärtigen Generation verschoben wird, oder ob diese kaum aufhaltende Entwicklung erst das Lebensschicksal eines kommenden Geschlechts bestimmen wird.

Wer all dieses Dunkel der Zukunft Europas, Deutschlands und der Arbeiterklasse in Europa und in Deutschland nicht sieht, hat es spielerisch leicht. Die Vorführer des U. S. B., der R. P. D., der N. U. D., der Anarchisten

also, suchen den Arbeitern einzureden, daß ihre Heilmittel, wenn die bösen Gegner nicht vorhanden wären, reichstes Glück, höchste Zufriedenheit, ja fast völlige Wunschlosigkeit den Massen des arbeitenden Volkes bringen würden. Je tiefer man aber in die Probleme unserer Zeit, in die Umrisse einer dunklen Zukunft eindringt, um so deutlicher empfindet man die Verantwortung für die künftige Existenz der Arbeiterklasse, für Verheißungen und Zielsetzungen! Weiter kann bestimmt die Welt so nicht weiterbestehen, wie sie heute ist, die Klassenschichtung, das Lohnsystem, wie sie uns heute brücken, wie sie die Wirtschaftlichkeit hemmen, können und dürfen nicht weiter bestehen, wenn die Massen des Volkes nicht zur Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit kommen sollen. Deshalb sind wir uns auch der Notwendigkeit fester und energischer Bekämpfung der heutigen staatlichen und wirtschaftlichen Ordnung, klarster und unzweideutiger Zielsetzung bewußt, deshalb streben wir, an die Stelle des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln das gesellschaftliche Eigentum zu setzen. Aber wir dürfen uns deshalb nicht verhehlen, daß das beim heutigen Stande unserer Wirtschaft nicht über Nacht geschehen kann. Die Klarstellung unserer entscheidendsten und wichtigsten Forderung, der uns erst zu Sozialisten machenden Programmforderung der Ver gesellschaftung der Produktionsmittel reicht allein zur politischen Wegleitung aller in unserer Partei vereinigten Männer und Frauen nicht aus. Wir müssen uns auch zu allen Problemen des Lebens unserer Tage stellen, zahlreiche Streitfragen unserer Zeit erörtern.

Diese Erörterung ist jedenfalls nicht unnötig! Sie ist nützlich wie jeder geistige Kampf, wie jede Auseinandersetzung verschiedener Ansichten zwischen den Parteien; auch innerhalb einer Partei, falls sie brüderliches Zusammenwirken und bereitwilliges Verständnis für den Standpunkt anderer nicht vermischen läßt. Wir wissen nicht, wie der Parteitag zu Kassel und wie die folgenden Parteilage über die Schaffung eines neuen Programmes entscheiden werden. Auch in dem engsten Kreise unserer Partei sind die Anschauungen geteilt, ob nun der Zeitpunkt gegeben ist, um ein neues Programm, das uns für einige Zeit als Fahne voranzutreiben kann, zu schaffen. Wie auch der Parteitag entscheiden mag, die Arbeit, die wir hier unseren Parteigenossen und -genossinnen vorlegen, wird nicht ohne Frucht und ohne Vorteil für die Entwicklung unserer Partei sein. Überall sollten an der Hand dieses Buches die Forderungen unserer Partei erörtert werden. Das Durchdenken dessen, was uns als Partei zusammenschließt, aber auch die Klarstellung dessen, was uns von den anderen Parteien trennt, muß eine der wichtigsten Aufgaben unserer Partei sein und bleiben. Dazu soll dieses Buch mithelfen, es soll nicht nur als Vorläufer für den Parteitag zu Kassel wirken, es soll auf viele Jahre hinaus Anregung den Parteigenossen schaffen, ihnen die Möglichkeit zu Diskussionen in kleineren und größeren Kreisen geben, unseren Rednern Stoff bieten zu Vorträgen und zu Referaten in Versammlungen. Es können auch die Abschnitte dieses Buches vorgelesen werden und damit im Anschluß an diese Vorlesungen Diskussionen gepflogen werden. Dieses Buch wird, ob es zur Vorauszückung eines bald zu verwirklichenden Parteiprogrammes werden soll oder ob es sich auch dessen nicht rühmen darf, ein wichtiges Dokument unserer Parteigeschichte werden, ein bedeutsames Mittel bilden, um unsere Parteigenossen geistig zu befruchten, um alle diejenigen, die für die Verbreitung unserer Forderungen wirken, mit neuem Material zu versehen. Wir sind überzeugt, daß dieses Buch trotz mancher Mängel, die ihm anhaften, von den Parteigenossen und -genossinnen als eine wichtige Förderung unserer Arbeit für den Sieg unserer Anschauungen in den Reihen des Proletariats gewertet werden wird.

Ich kenne die Unvollkommenheiten des Buches, doch darf ich hoffen, daß ihre Ursachen gewürdigt werden. Sehr kurze Zeit blieb zwischen Abfassung und Herausgabe des Buches. Fast alle, die an diesem Buche mitarbeiteten, sind in mannigfacher Weise politisch, agitatorisch, beruflich tätig. Wärmsten Dank schulden wir denen, die trotz allen Mangels an Zeit und Ruhe ihren Beitrag geliefert haben, doch begreifen wir, wenn wir es auch auf das Lebhafteste bedauern, daß so manche, deren Mitwirkung wir für diesen Gutachtenband wünschten, uns erklärten, daß es ihnen völlig unmöglich sei, dem Wunsche des Parteivorstandes zu entsprechen. So sehr dies in jedem einzelnen Falle zu begreifen war, so erscheint das doch den Herausgebern des Bandes als ein sehr großer Mangel, vielleicht manchem Leser weniger als uns, die wir uns ein Bild von diesem Gutachtenbande machen, wie er sein sollte. Wir wünschten, daß alle Richtungen innerhalb unserer Partei zu allen fruchtigen Problemen Stellung nehmen könnten, deshalb wurden für die einzelnen Fragen, über die tiefere Erörterungen in unserer Partei gepflegt wurden, verschiedene Genossen und Genossinnen zur Begutachtung aufgefordert. Dies gilt vor allem für den allgemeinen Teil unseres Parteiprogramms, aber auch für die einzelnen Forderungen des Gegenwartsprogramms. Leider kommt nicht die ganze Lebhaftigkeit und Lebendigkeit, Mannigfaltigkeit und Vielgestaltigkeit der Auffassungen unserer Partei in diesem Bande zum klaren Ausdruck. In dieser Hinsicht ist er nicht ein alles wiedergebender Spiegel des geistigen Lebens unserer Partei. Aber wir hoffen, daß die Erörterungen, die sich an diesen Band, vor allem in unserer Parteipresse, knüpfen sollen, das ergänzen werden, was die Herausgeber des Bandes als Mängel empfinden.

Rein äußerlich genommen wird aber dieses Buch den Vorwurf der Unübersichtlichkeit nicht herausfordern. Wenn auch nicht alle Gesichtspunkte, die bei der Erörterung eines neuen Programms, vor allem seines theoretischen Teils, ins Auge zu fassen sind, in diesem Buch zum Ausdruck kommen, so sind doch alle Einzelfragen behandelt, so manche auch von verschiedenen Verfassern von abweichenden Gesichtspunkten und nicht nach gleichen Methoden und mit abweichenden Zielsetzungen. Eine ganze Reihe von Fragen sind anders beantwortet, als im Erfurter Programm, eine große Anzahl von Forderungen sind in diesem Bande aufgestellt worden, mit denen sich das Erfurter Programm noch nicht befaßt konnte oder doch nicht befaßt hat.

Nur zwei Punkte des Erfurter Programms sind nicht einer besonderen Besprechung in diesem Buche unterzogen worden, weil wohl allgemein der Wunsch herrscht, daß an diesen Programmfragen nichts geändert werden soll. Die 3. und 4. Forderung des Gegenwartsprogramms*) sind nicht Gegenstand der Kritik, nicht Ausgangspunkt neuer Vorschläge geworden. Es scheint also, daß kein Wunsch besteht, an ihnen irgend etwas zu ändern.

Die Herausgeber dieses Buches und damit auch der Parteivorstand haben jede Beeinflussung der Mitarbeiter, jede über rein redaktionelle Betätigung hinausgehende Behandlung der Manuskripte unterlassen. Deshalb trägt jeder Mitarbeiter und bloß dieser, nicht die Partei oder der Vorstand, die Verantwortung für die Auffassungen, die in diesem Buch zum Ausdruck kommen.

*) Diese Programmforderungen lauten: Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.

Ab Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.

Bei keinem Buche mehr als bei diesem können die Herausgeber wünschen, daß es mannigfache Kritik findet, denn: diese Kritik wird den Anteil beweisen, den unsere Parteigenossen an den Grundsätzen und Forderungen unserer Partei nehmen, diese Kritik wird befruchtend wirken auf Geist und Tatkraft, auf Streben und Leben unserer Partei.

Wäge das Buch all die guten Wirkungen für unsere Partei auslösen, die an ein derartiges Werk geknüpft werden können!

Zu den philosophischen Grundlagen unseres Parteiprogramms.^{*)}

Von Karl Vorländer.

Die Väter der deutschen Sozialdemokratie: Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle, sind nicht bloß Politiker und Nationalökonomien, sie sind auch Philosophen gewesen. Ja, jeder, der ihre innere Entwicklung kennt, weiß, daß sie sogar von der Philosophie her zum Sozialismus gelangt sind. Sie sind nur über ihrer sonstigen wissenschaftlichen und schriftstellerischen Arbeit und vor allem ihrer ungeheuren praktisch-politischen Tätigkeit zu der von ihnen beabsichtigten philosophischen Begründung ihres Sozialismus nicht mehr gekommen. Aber sie haben den Zusammenhang mit der Philosophie auch in ihren spätesten Jahren nicht verleugnet. Nur von Lassalle ganz zu schweigen, den ein neidisches Geschick wenige Jahre nach der Vollendung zweier philosophischer Grundwerke dem Leben entriß, so hat Engels noch in seiner „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ den bekannten Satz niedergeschrieben: „Wir deutschen Sozialisten sind stolz darauf, abzustammen nicht nur von Saint-Simon, Fourier und Owen, sondern auch von Kant, Fichte und Hegel.“ Und mehr als das: er hat noch in seinem „Feuerbach“ (1886) zum Abschluß den Arbeitern das Wort zugerufen: „Die deutsche Arbeiterbewegung ist die Erbin der deutschen klassischen Philosophie.“ Dies Wort muß für die deutsche Arbeiterklasse ein stetes Mahnwort sein, über allen ihren praktischen Zielen deren philosophische Grundlage nicht zu vergessen, ein Mahnwort im Sinne des Goetheschen Spruches: „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen!“ Was verbindet unsere Partei, was verbindet, genauer gesagt, die sozialistische Weltanschauung noch heute mit der „klassischen“ Philosophie, d. h. eben der Philosophie der Kant, Fichte, Hegel? Dabei ist zweierlei zu unterscheiden: das Ziel und der Weg.

^{*)} Vorbemerkung. Den mir vom Parteivorstande gewordenen ehrenvollen Auftrag, meine Ansicht über die eventuelle Reformbedürftigkeit der „philosophischen Grundlagen“ unseres Parteiprogramms darzulegen, habe ich in der Weise nachkommen zu sollen geglaubt, daß ich die auf diesem Gebiete weniger orientierten Parteigenossen in zusammenhängender, hoffentlich allgemeinverständlicher Darstellung, soweit das in der durch die Umstände gebotenen Kürze möglich war, in die betreffenden, seit zwanzig Jahren unter uns und mit den wissenschaftlichen Gegnern diskutierten Probleme einzuführen suchte. Ich habe meine Aufgabe demnach nicht darin gesehen, mit einigen fertigen Programmsätzen aufzuwarten, zumal da zunächst zweifelhaft sein dürfte, wie weit überhaupt philosophische Sätze in den Text eines Parteiprogramms gehören, und es ferner ja wohl noch nicht feststeht, ob und wie weit sich der diesjährige Parteitag mit der Formulierung solcher Sätze zu beschäftigen hat. Dagegen bin ich natürlich, falls es gewünscht werden sollte, gern bereit, im weiteren Verlaufe der Angelegenheit meine Ansichten in einige knappe Sätze zusammenzufassen.

A. Das Ziel.

Das Ziel unserer Bewegung wird im Erfurter Programm negativ und positiv ausgedrückt. Negativ in dem Satze des allgemeinen Teils: daß wir bekämpfen „nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, nicht für sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse“, wie schon im Satze vorher: daß wir kämpfen „nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst.“ Positiv in dem sich daraus ergebenden und deshalb unmittelbar anschließenden Worten, daß wir eintreten „für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung“. Und an früherer Stelle: daß die von uns erstrebte soziale Umwandlung „die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts bedeutet, das unter den heutigen Zuständen leidet,“ die sie eben aus einer „Quelle des Elends und der Unterdrückung“ zu einer „Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommenung“ auch „für die bisher ausgebeuteten Klassen“ umschaffen will. In welcher Philosophie finden wir dieses sozialistische Endziel der Befreiung der gesamten Menschheit von jeder Unterdrückung und Ausbeutung, der Entwicklung zur höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommenung am besten und sichersten gegründet?

Mary und Engels haben von jenen „Aussätzigen“ Philosophen des deutschen Idealismus tatsächlich nur an Hegel angeknüpft, dessen daneben noch an Fichte. Die philosophischen Wurzeln des Sozialismus liegen jedoch noch weiter zurück: in der Philosophie Immanuel Kants.

Die philosophischen, nicht die historischen. Denn der geschichtliche Kant war noch kein Sozialist im heutigen Sinne des Wortes und konnte auch gar keiner sein. Dazu fehlten seiner Zeit noch alle wirtschaftlichen Vorbedingungen: die Maschinenindustrie, die aus ihr sich ergebenden Formen des Kapitalismus und — das Ergebnis beider, die moderne Arbeiterklasse. Er hätte höchstens utopistischer Sozialist sein können, nach dem bekannten Worte in Engels' Anti-Dühring: „Sie waren Utopisten, weil sie nichts anderes sein konnten zu einer Zeit, wo die kapitalistische Produktion noch so wenig entwickelt war“ und „beschränkt . . . auf den Appell an die Vernunft, weil sie eben noch nicht an die gleichzeitige Geschichte appellieren konnten.“ Kant persönlich war vielmehr, trotz mancher sozialistischen Gedankenkeime in seinen Werken, im ganzen doch nur grundsätzlicher Demokrat, der aus seinem Rousseau gelernt hatte, daß „der Wille aller“ der „Ursprung alles Rechtes“ sei. Geschichtlich gesehen, ist seine Theorie, wie der junge Marx bereits 1842 bemerkte, „die deutsche Theorie der französischen Revolution“, welcher letzteren bekanntlich der alte Kant — und zwar, im Gegensatz zu Schiller, Klopstock und vielen anderen, bis an sein Ende — begeistert angehangen hat. Allein, weder auf den geschichtlichen noch auf den persönlichen Kant kommt es hier an — wir könnten seinen Namen ebensogut fortlassen —, sondern auf seine Lehre, und auch von ihr nur auf das, was wir daraus heute für uns brauchen können. Das ist aber in erster Linie die kritische Ethik.

Viele an marxistische Gedankengänge Gewöhnte unter unserer Partei-genossen sind nun geneigt, jede mit „Ethik“ zusammenhängende Begründung sozialistischer Weltanschauung von vornherein abzulehnen, weil sie bei diesen Worten an allerlei moralische Schönerederei oder Predigt denken. Sie können sich dabei anscheinend auch mit Grund auf Marx und Engels — denn auf Basse hat es anders! — berufen. Erklärt doch das kommunistische Manifest Gesetze, Moral, Religion für ebenso viele bürgerliche Vorurteile, hinter denen sich ebenso viele bürgerliche Interessen verbergen. Und „Das Kapital“ spottet

über den Gedanken einer „ewigen Gerechtigkeit“. Ja, „die Arbeiterklasse hat keine Ideale zu verwirklichen“. Marx und Engels waren eben mit Recht der idealistischen Spekulation ihrer Zeit satt, ebenso wie der wohlmeinenden, aber unklaren Vorschläge und Wünsche der „wahren“ Sozialisten. Sie wollten nicht mehr ein aus ihrem Kopfe herausgesponnenes Ideal den Menschen vorpredigen, sondern zeigen, wie die tatsächliche geschichtliche Entwicklung in dem Schoß der bürgerlichen Gesellschaft selbst die Vorbedingungen des Sozialismus vorbereitet. Kurzum, sie drangen, statt auf eine Moral der bloßen Worte, auf eine Moral sozialistischer Tat. Und sie waren sich bewußt, damit den für das Gedeihen der sozialistischen Theorie notwendigen Schritt „von der Utopie zur Wissenschaft“ getan zu haben.

Von der Ethik aber, die sie von ihren bürgerlich-radikalen Anschauungen zu kommunistischen getrieben hatte, sind sie trotzdem nicht losgekommen. Das Manifest operiert immer wieder mit ethischen Ausdrücken wie „Unterdrückter und Unterdrückte“, „unverschämte Ausbeutung“, „persönliche Würde“ usw.; und ein so streng nationalökonomisch sein wollendes Werk wie „Das Kapital“ spricht doch gleich in seiner Vorrede von „schlechten“ Zuständen, von der „Gurie des Privatinteresses“, von „brutaleren und humaneren“ Formen des Klassenkampfes, fällt also ausgesprochen sittliche Werturteile. Ja, wenn wir Engels' Jugendschrift von der „Lage der arbeitenden Klasse in England“ oder im „Kapital“ die erschütternden Kapitel von dem Jammer und Elend des englischen Proletariats lesen, dann können wir gar nicht anders als von einem „ethischen“ Standpunkt ihrer Verfasser sprechen, der freilich, um die Worte unseres jung verstorbenen Solinger Genossen Dr. Ludwig Woltmann zu gebrauchen, „nicht in den Manieren eines Moralpredigers, sondern in der Form der Satire und eines in der Tiefe des Herzens quälendsten Spottes und Hohnes zum Ausdruck kommt“. Und genau so, wie mit Marx und Engels, steht es mit allen unseren Theoretikern von Lassalle und Dietzgen bis zu Kautsky und Bernstein, von so ausgeprägten Ethikern wie Karl Liebknecht, Franz Mehring, Kurt Eisner oder Rosa Luxemburg ganz zu schweigen. Nun gar unsere ganze Praxis, unsere Agitation in Presse und Rede, wie ist sie von jeher sozusagen bis zum Rande gefüllt gewesen mit ethischer Kritik, mit sittlichem Pathos! Jedes Parteiprogramm, jeder Parteitag, jeder Wahlaufsatz, jede unserer Zeitungen oder Zeitschriften bietet Belege in Fülle dafür, daß ohne „Ethik“, d. i. die Verfolgung selbstgesteckter, bewußt anti-egoistischer Ziele, kein Sozialist und Sozialismus der Welt auskommt. Wenn dem aber so ist, so muß die Sozialdemokratie fortan auch in ihrer Theorie besser als bisher mit der Ethik fertig zu werden suchen.

Die sozialistischen Theoretiker haben sich bisher fast ausschließlich mit der freilich höchst wichtigen Erklärung der tatsächlichen sozialen Entwicklung beschäftigt, nicht aber mit der philosophischen Grundlegung von deren Ziel, das wir doch durch unsere Tätigkeit mit herbeiführen wollen. Kommt es doch dem Sozialisten, wie Marx schon 1845 schreibt, nicht in erster Linie darauf an, die Welt zu interpretieren (erklären), sondern sie — zu verändern. Und die Menschen machen selbst ihre Geschichte, nicht in ihr Geschichte ohne bewußte Absicht, ohne gewolltes Ziel — (Engels 1888.) „Planmäßig organisiertes Zusammenwirken“ ist nach marxistischer Theorie die unbedingte Voraussetzung zur Ausrichtung einer sozialistischen Gesellschaft. Pläne machen, bewußt organisieren kann aber nur ein Wesen, das sich selbst Zwecke setzt. Wer sich aber Zwecke setzt, der über ein bloß instinktmäßiges Verleben hinausgeht, der muß folgerichtig auch zu einer Ordnung derselben kommen: zunächst bei sich selbst, dann aber auch zu einer Auseinandersetzung der selbstgestellten Ziele mit den Zielen der anderen, ebenso wie er, ihre eigenen Zwecke verfolgenden

Menschen. Daraus ergibt sich weiter die Unterordnung der niederen Zwecke der einzelnen Individuen oder ganzer Klassen unter die höheren Zwecke der Gesamtheit. Damit sind wir, der Sache nach, bereits mitten in der kritischen Ethik. Wie ein wissenschaftlicher Satz dann wahr ist, wenn wir ihn ohne inneren Widerspruch in den einheitlichen Zusammenhang des betreffenden Erkenntnisgebietes einordnen können, so nennen wir gut ein Wissen oder Handeln, das sich widerspruchsfrei in eine einheitliche Ordnung der Zwecke einfügen läßt. Darum lautet Kants oberstes Sittengesetz: „Handle so, daß die Maxime (d. h. der Grundsatz) deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne.“ Oder in einer anderen, den inneren Zusammenhang mit dem Sozialismus noch deutlicher zum Ausdruck bringenden Formulierung: „Handle so, daß du die Menschheit, sowohl in deiner Person als in der Person eines jeden anderen, jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel brauchst.“ Das heißt: jeder Mensch, bis zum ärmsten Proletarier, der armseeligsten Tagelöhnerin, existiert als Zweck an sich selbst, darf nicht als Maschine, als bloßes „Mittel zum beliebigen Gebrauch für diesen oder jenen Willen“, mit einem Worte nicht als Sache oder Ware, sondern muß als Person angesehen werden, in der uns die Menschheit heilig sein soll. Kann der Grundgedanke des Sozialismus, die Genossenschaft freier, gleichberechtigter Persönlichkeiten, deutlicher verkündet werden?

Hat der historische Kant aus diesem seinem obersten Sittengesetz die sozialistische Folgerung noch nicht gezogen, so hindert uns nichts, dies zu tun und ihn so, wie er einmal von Plato sagt, „besser zu verstehen, als er sich selbst verstand.“ Wenn er sein Staatsideal in einer Verfassung sieht, nach der „jedes Freiheit mit der anderen ihrer zusammen bestehen kann“, in einem Zustand, wo niemand mehr „Vorteile genießt, um dementwillen andere desto mehr entbehren müssen“, so haben wir heute erkannt, daß solche Freiheit nur unter der Herrschaft des Sozialismus möglich ist. Die „Freiheit“ des einzelnen ist doch nur ein leerer Wahn, solange ihn die Herrschaft des Privatkapitals tatsächlich zu einem bloßen Arbeitsmittel in der Hand und zu den eigensüchtigen Zwecken des Besizhenden macht. In der Tat gewährleistet wird sie erst durch eine neue Gesellschaftsordnung, in der nicht bloß rechtlich und formal-politisch, sondern auch wirtschaftlich keiner mehr von den Privatzielen des anderen schlechthin abhängig, vielmehr einem jeden nicht bloß in Worten, sondern durch tatsächliche Einrichtungen „freie Bahn“ geschaffen, d. h. die freie Entwicklung aller seiner Anlagen ermöglicht ist. Dann erst ist der Weg frei zu dem Endziel, das die Menschheit vielleicht niemals erreichen wird, das ihr aber als Leitstern immer vor Augen stehen muß: einer „Gemeinschaft freier vollender Menschen“, wie es der sozialistische Neukantianismus, einem „Verein freier Menschen“, wie es Marx formuliert hat. Die vom kommunistischen Manifest proklamierte „Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“, ist ihrem Sinne nach identisch mit der oben wiedergegebenen Fassung des Kantischen Staatsideals.

Damit ist zugleich der ebenso alten wie falschen Entgegensetzung von Individualismus und Sozialismus ein Ende gemacht. Wahrer Individualismus und echter Sozialismus sind nicht bloß keine Gegensätze, sondern sie ergänzen, ja mehr als das: sie bedingen, sie fordern einander. Freier Zusammenschluß mit den anderen zu organisierter Genossenschaft bedeutet keine Eindämmung des eigenen Selbst, vielmehr höchstmögliche Entfaltung, weiteste Wirkungsmöglichkeit der eigenen Kräfte. Der Weg vom richtig verstandenen Liberalismus führt nicht nur historisch, sondern auch logisch zum Sozialismus, vom Kant zu Marx.

B. Der Weg.

Denn die soeben gekennzeichnete sozialistische Ethik würde völlig in der Luft schweben, falls ihr keine Verwirklichungsfähigkeit in den tatsächlichen sozialen Verhältnissen gegeben wäre. Der lebendige Inhalt kann einer „Ethik“ stets nur von ihrer Zeit bezeugt werden. Eine Erneuerung der Gesellschaft kann nur stattfinden, wenn die geschichtlichen Vorbedingungen dazu vorhanden sind. Den Weg dazu aber hat Marx gewiesen durch seinen sogenannten „historischen Materialismus“.

Ich brauche den Genossen des Parteitags die Einzelheiten dieses historischen Materialismus nicht ausführlich auseinanderzusetzen, sondern nur auf dessen tiefen philosophischen Wert hinzuweisen. Ich wenigstens kenne keine Geschichtsauffassung, die uns in dem Maße wie die marxistische die innersten Triebkräfte der sozialen Entwicklung zu erkennen lehrt. Sie gebührt vor allem das Verdienst, zum ersten Male eine Brücke zwischen der sogenannten materiellen und der sogenannten geistigen Welt geschlagen zu haben. Denn sie denkt beide in einem großen einheitlichen Zusammenhang, der von den untersten, in der uns umgebenden äußeren Natur gelegenen Bedingungen in ununterbrochener Stufenleiter bis zu den höchsten Spitzen des sozialen Lebens aufsteigt. Die rein materiellen Faktoren der äußeren Natur werden, mit der steigenden Naturerkenntnis, immer stärker beherrscht durch die menschliche Technik, die dann ihrerseits bestimmte Wirkungen auf die wirtschaftlich-sozialen Lebensbedingungen in Betriebsform, Arbeitsteilung, Massenschichtung usw. ausübt. Die so entstandene „ökonomische Struktur“ der Gesellschaft schafft sich sodann ihren mit den Zeiten beständig wechselnden „ideologischen Überbau“, d. h. zunächst die ihr angepassten staatlichen und Rechtsformen, aus denen schließlich, obgleich in sehr verwinkelten, von uns oft im einzelnen nicht mehr zu durchschauenden Zusammenhängen auch die sittlichen und religiösen, die künstlerischen und philosophischen Anschauungen hervorgehen.

Es war ein geradezu großartiger Gedanke von Marx, durch seine neue Theorie einen einheitlichen Gesichtspunkt in die ohnedas wie eine rohe ungeordnete Masse vor uns liegende Entwicklung hineinzutragen. Um so fruchtbarer, wenn er nicht als feststehendes starres Dogma, sondern eben als fruchtbarer Gesichtspunkt, als Forschungsprinzip und Leitfaden, als Untersuchungsmethode betrachtet und behandelt wird, die neues Licht über die sozialgeschichtliche Entwicklung zu verbreiten, Ordnung in die Unordnung der historischen Tatsachen zu bringen geeignet ist. So aber und nicht anders ist der historische Materialismus nicht bloß von seinen Begründern, sondern auch von so begeisterten und strengen Marxisten wie Antonio Labriola und Paul Lafargue, Karl Kautsky und Heinrich Cunow jederzeit aufgefaßt worden.*) Auch hat Engels noch in seinen letzten Jahren, als seine und seines verstorbenen Freundes Marx Ansicht von jeher festgestellt, daß für sie 1. die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht das einzige, sondern nur das in letzter Instanz bestimmende Moment der sozialgeschichtlichen Gesamtentwicklung gewesen seien, und daß 2. die sogenannten „ideologischen“ Faktoren, d. h. der ganze politisch-rechtliche und philosophisch-religiöse „Überbau“, ihrerseits auf die rein ökonomischen Verhältnisse zurückwirken, so daß zwischen Unter- und Überbau eine ständige, mit Steigerung der Kultur immer mehr wachsende und sich komplizierende, Wechselwirkung entsteht. An der so aufgefaßten „materiali-

*) Die Belege s. in meiner Wiener Rede „Marx und Kant“ (Wien 1904) S. 11 ff., ausführlicher in meinem Buche „Kant und Marx“ (Tübingen 1911) an verschiedenen Stellen.

stischen, züchtiger ökonomischer Geschichtstheorie wird die Sozialdemokratie meines Erachtens auch in Zukunft unbedingt festhalten müssen, wenn sie die ganze theoretische Grundlage ihres Programms nicht aufgeben will.

Allerdings ist mit dieser Geschichtsphilosophie die Begründung des Sozialismus noch keineswegs gegeben. Das geschah erst durch folgenden, in dem Witz der 60er Jahre sich immer klarer vollziehenden Gedankengang: Auf einer bestimmten Stufe der sozialen Entwicklung gerät jedesmal der wirtschaftliche Untergrund, weil sein Charakter sich im Laufe der Zeit in wesentlichen Beziehungen verändert hat, in unvermeidlichen Widerspruch mit dem noch bestehenden, jedoch tatsächlich überlebten politisch-ideologischen Überbau. So in unserer Zeit die veränderte, immer mehr sozialisierte Produktionsweise, die besonders in Handel und Industrie immer weitere Kreise ergreift, mit der veralteten Rechtsordnung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Da nun aber nach unverbrüchlichem Naturgesetz das Überlebte dem Lebendigen, die veraltete Form dem neuen Inhalt weichen muß, so wird die privatkapitalistische Hölle, die heute zu einer Fessel der Produktionsweise geworden ist, eines Tages (dieser „Tag“ kann natürlich Jahre hindurch dauern!) gesprengt werden. Die heutige planlose Anarchie der Wertverwertung wird dann umschlagen in jenes „planmäßig“ organisierte, zentral geleitete Zusammenwirken „frei vergesellschafteter“ Menschen“ („Kapital“ I, S. 67), das wir Sozialismus nennen und dessen erste Voraussetzung die Beherrschung der Produktionsmittel, d. i. des Grund und Bodens, der Rohstoffe, der Maschinen, Werkzeugsmittel durch und für die Gesellschaft ist.

Wenn wir nun auf diese marxistische Geschichtsphilosophie als geschichtlich-ursächliche Erklärung unserer Bewegung und zugleich als Darlegung des Weges, auf dem wir uns dem sozialistischen Ziele nähern werden, weder verzichten können noch wollen, so sind wir doch nicht in gleicher Weise an die geschichtlich rein zufällige philosophische Verbindung gebunden, die dieser historische Materialismus geschichtlich mit dem Hegelschen Systeme eingegangen ist. Wie war es überhaupt möglich, daß Hegel, dieser konservativ gesinnte Verteidiger des Bestehenden, in dessen Rechtsphilosophie von 1821 der berühmte Doppelsatz steht: „Was wirklich ist, das ist vernünftig“ und „Was vernünftig ist, das ist wirklich“, der philosophische Ausgangspunkt für die revolutionären Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus geworden ist? Nun, abgesehen davon, daß in Marx', Engels' und Lassalles Jugendjahren Hegel eben noch die ganze philosophische Welt beherrschte, so steckt in der spekulativen Lehre dieses königlich preussischen Staatsphilosophen der 20er Jahre gleichwohl ein sehr revolutionärer Kern: die Auffassung der gesamten Natur und Geschichte als eines gewaltigen Entwicklungsprozesses.*) Überall neben dem „Sein“ gibt es dieser Lehre zufolge ein Nicht-mehr, ein Noch-nicht, ein Übergang-Sein. Wahres Sein ist nur das Werden, d. i. das Leben. Nur auf dem Wege der Entwicklung vermag etwas in Wirklichkeit zu treten. Und jede Stufe dieser Entwicklung muß ganz durchgemacht werden, vom einzelnen wie von ganzen Völkern und Geschichtsperioden. So können auch Einseitigkeiten als Durchgangspunkte notwendig sein und, indem sie in ihr Gegenteil umschlagen, auch (vom sittlichen Standpunkt aus gesehen) Übel geschichtlich Gutes wirken als ein Sporn, der die Entwicklung vorwärts treibt, z. B. den Krieg zum Frieden, die Willkür zum Gesetz, die Herrschaftslosigkeit zur Herrschaft.

Kein Zweifel, daß diese auf die Entwicklung in Gegensätzen, die sich überall in der Geschichte vollzieht, hindeutende dialektische Methode bei großen

*) Vgl. hierüber und über das Folgende besonders die außerordentlich klare Darstellung von Engels in seinem „Feuerbach“.

Denkers auf phantastische und zugleich revolutionäre junge Köpfe wie Marx und Engels mächtig einwirkte. Freilich mußte sie, um für eine gesunde Betrachtung der historischen Wirklichkeit brauchbar zu werden, von ihren „spekulativen Verbrämungen“ befreit, ja, um mit Marx zu reden, geradezu „umgestülpt“, der Entwicklungsgedanke mußte aus Hegels reiner Begriffswelt herausgeholt, auf die tatsächlichen geschichtlichen Verhältnisse angewandt werden, um in diesen und aus ihnen die tatsächlich treibenden Kräfte zu erkennen, die hinter den anscheinend bloß persönlichen oder rein geistigen Beweggründen der geschichtlich handelnden Menschen stehen. Aus dieser Opposition gegen den verstiegenen „Idealismus“ Hegels und seiner gläubigen Nachbeter ist denn auch die vielfach mißverständlich aufgefaßte Bezeichnung der neuen Geschichtsauffassung als einer „materialistischen“ seitens ihrer Urheber zu erklären. Für den späteren Engels wenigstens besteht der „materialistische“ Standpunkt seinen eigenen Worten nach (Feuerbach S. 43) eigentlich nur darin, daß „man sich entschließt, die wirkliche Welt — Natur und Geschichte — so aufzufassen, wie sie sich selbst einem jeden gibt“ und „jede idealistische Schranke unbarmherzig zum Opfer zu bringen, die sich mit dem in ihrem eigenen Zusammenhang, und in seinen phantastischen, aufgefaßten Tatsachen nicht in Einklang bringen läßt. Und weiter heißt Materialismus überhaupt nichts.“ In diesem Sinne wollen wir gewiß alle „Materialisten“, d. h. mit gesundem Wirklichkeitsinn ausgestattete Menschen und nicht abstrakte Schubengelehrte sein.

Ist denn aber so, dann ist es für uns Sozialisten des Jahres 1920 nicht mehr nötig, aus Gründen, die vor sechzig Jahren, in der Zeit liegen mochten, mit der Ausdrucksweise Hegels zu „lokalisieren“ (Marx), während wir die durch Marx und Engels begründete Theorie ebenso gut an andere Entwicklungsfilosofen, etwa an die uralte Weisheit Heraklits oder an Darwin und Spencer oder (was Conrad Schmidt, Max Adler und ich an anderen Orten gezeigt) an Kants Geschichtsphilosophie oder irgendwelche anderen Denker anknüpfen könnten, in Wahrheit aber überhaupt an keinen anderen philosophischen Namen anzuknüpfen nötig haben.

Gelten wir also fest an der von Marx und Engels begründeten Geschichtstheorie, als fruchtbarsten „Leitfaden“ zur Erklärung der sozialen Vergangenheit und Gegenwart und Weisers des Weges, den die wirtschaftlich-soziale Entwicklung auch in Zukunft voraussichtlich einschlagen wird (wobei das Verfehlte und Heute nicht mehr haltbare auseinanderzusetzen anderen Jhedern überlassen bleiben muß)! Bauen wir daneben die soziale Ethik methodisch auf allen Gebieten ihrer Anwendungsmöglichkeit auf: dem wirtschaftlichen wie dem politischen, dem rechtlichen wie dem pädagogischen. Daß trotz mancher nützlichen Vorarbeit überall noch eine ungeheure Arbeit, für den Theoretiker nicht minder wie den Praktiker, zu leisten ist (Theorie und Praxis sind übrigens, recht begriffen, keine Gegensätze!); das haben uns die beiden seit der Novemberrevolution verflossenen Jahre, seit der Besitz der Macht überraschend plötzlich über uns — hereinbrach, zur Genüge gezeigt. Eine Erschlaffung des praktischen politischen Kampfes für unsere Ziele ist von einer stärkeren Betonung der ethischen Faktoren in der philosophischen Begründung des Sozialismus nicht zu befürchten, ich sollte meinen, eher eine Verflügelung derselben, eine Verstärkung der Kampffreudigkeit, eine immer stärkere Anteilnahme auch der uns sehr nötigen Intellektuellen an diesem Kampfe. Wie einer unserer besten Praktiker, Viktor Adler, einmal gesagt hat: „Ist der Sozialismus wirklich vornehmlich eine Forderung des höchsten Ideals . . . dann ist es doppelt notwendig, daß dieses Ideal mit Feuerzungen gepredigt, daß unablässig und mit rücksichtsloser Schärfe das Bewußtsein des Gegensatzes zwischen

diesem unierem Ideal und dem kapitalistischen Klassenstaat geweckt werde, daß die Schlafenden aufgerüttelt, die Erschlaffenden in ihrem Glauben an sich und an ihre Kraft, das Endziel zu erreichen, gestärkt werden."

Hat uns doch das Beispiel unseres Vorfalle — man lese etwa das „Arbeiterprogramm" — gezeigt, daß tief gewurzelte Ueberzeugung von dem Ausschlaggebenden der wirtschaftlichen Grundlage des ganzen sozialistischen Gebäudes wohl vereinbar ist mit sittlicher Begeisterung für das sozialistische Ziel, zu dessen Formulierung er den ethischen Idealismus eines Fichte benutzte, dieses sozujagen ersten deutschen Sozialisten, der zum erstenmal einen sozialistischen Zukunftsstaat entworfen, der das herrliche Wort von einem „wahrhaften" Reiche des Rechts und der Freiheit geprägt hat, „gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschenantlig trägt". Damit allein können wir auch die uns bisher noch fremd gegenüberstehenden, im Grunde zu uns gehörenden Massen der Hand- und namentlich auch der Kopfarbeiter gewinnen, die an der Herrschaft des Kapitalismus nicht interessiert und die zum Ausbau des sozialistischen Staates im einzelnen so unumgänglich nötig sind.

Der Sozialismus beruht, wie schon der 26jährige Marx sah, auf der Verständigung der denkenden mit der leidenden Menschheit. Und damit kommen wir zu dem Gedanken zurück, von dem wir ausgingen: dem notwendigen Bündnis zwischen Sozialismus und Philosophie zum Kampfe für die „Emanzipation", d. h. Befreiung der Menschheit aus jeder Art von Sklaverei. „Wie die Philosophie im Proletariat ihre materiellen, so findet das Proletariat in der Philosophie seine geistigen Waffen . . . Die Emanzipation des Deutschen ist die Emanzipation des Menschen. Der Stoff dieser Emanzipation ist die Philosophie, ihr Herz das Proletariat". (Marx 1844.)

Kritisches und Positives.

Von Hermanns.*)

I.

1. Der Sieg des Großbetriebes in der Industrie und dem ihr am nächsten verwandten Verkehrswesen darf heute als allgemein anerkannte Tatsache gelten, — wobei zur Industrie auch die Urproduktion des Bergbaues gerechnet wird — wenngleich das Uebergewicht in verschiedenen Zweigen der Industrie sehr verschieden stark ist, in einigen bis zur Entfaltung von riesenbetrieben gesteigert. Im Felde des Kleinhandels ist diese Entwicklung noch langsam und nicht sehr erheblich fortgeschritten, im Landbau und verwandten Produktionsgebieten macht sie sich nur wenig bemerkbar, ungeachtet der offensbaren technischen Vorzüge, die ein großer Umfang des Betriebes besonders für den Getreidebau — kaum für die Viehzucht — für sich geltend machen kann: durch Ersparnisse an Gebäuden, an Licht und Heizung, nicht zum wenigsten an Arbeitskräften, besonders aber durch ausgebreitete Anwendung von Maschinerie, wovon die zuletzt genannte Ersparnis wiederum eine Folge. Allgemein aber gilt: daß — auch in der bauerlichen Wirtschaft — das in einer großen (geringsten oder geforderten) Geldsumme sich darstellende Kapital — Grundkapital und Betriebskapital — immer mehr der landwirtschaftlich entscheidende Faktor wird, wie

*) Diese gutachtliche Aeußerung rührt von einem unserer bedeutendsten Soziologen her, der stets ein warmer Freund der Arbeiterbewegung war, aber sich dem politischen Parteileben ferngehalten hat und auch jetzt, schon wegen vorgerückter Jahre, ihm fernzubleiben vorzieht.

er es industriewirtschaftlich längst geworden ist. Die kapitalistische Produktionsweise hat auch die größere und mittlere Bauernwirtschaft ergriffen, ja, sobald es um Sonderkulturen, wie Gartenbau, Weinbau, Tabakbau sich handelt, auch solche mit viel kleinerem Kreis. Die Intensität des Anbaues ist es, die vermehrte Arbeit, vermehrte Düngung, verbesserte Instrumente und Anwendung von Maschinen erfordert, also von dem Unternehmer, wenn er, (wie hier schließlich die Regel) zugleich der Leiter des Betriebes ist, Intelligenz und Sachkunde, aber auch wenn es nicht ist, Kapital erfordert. Der Unternehmer hat hier zwar nicht normaler Weise den Drang zu unbegrenzter Vermehrung seiner Produktion — schon darum nicht, weil die Grundrente mit Vermehrung und Verdichtung der Bevölkerung, Ausdehnung der Industrie wächst, d. h. der Boden immer teurer wird, und weil er das Gesetz des relativ abnehmenden Bodenertrages fühlt, wenn nicht erkennt — wohl aber den Anreiz zu zweckmäßiger Steigerung seiner Warenproduktion und zur Ausdehnung seines Absatzes, Erweiterung seines Marktes.

2. Gleichwohl ist heute das Uebergewicht des Großbetriebes in der Industrie darum die große, entscheidende Tatsache, weil — in Deutschland so ausgesprochen wie sonst nur auf noch viel größerer Stufenleiter in Großbritannien — die große Industrie und der längst vor ihr emporgestiegene Handel (einschließlich des Geldhandels) die maßgebenden Faktoren der gesamten Volkswirtschaft geworden sind. Auffallend ist nicht mehr Tempo und Umfang dieser Fortschritte, sondern der Umfang, worin trotz dessen mittlerer und sogar kleine Betriebe der Industrie — besonders in kleinen Städten und Dörfern — noch überleben, zu einem nicht geringen Teil sogar gedeihen.

3. Die gesamte Entwicklung hat durch den Weltkrieg und in Deutschland — einschließlich des deutschen Oesterreichs — durch die Revolution eine schwere Unterbrechung erlitten. Der kapitalistische Grundcharakter der Volkswirtschaft hat im Handel (großem und kleinem) und in manchen Industrien vorwiegend gewirkt und durch die Kriegsgewinne allgemeinen Antrieben und stützende Unterstützung, wie in früheren ähnlichen Katastrophen, auf sich gezogen, während viele mittlere und sogar große Betriebe ins Stoden geraten sind und durch den in allen Ländern gräßliche testenden Mangel an Rohstoffen, in Deutschland überdies durch eine ungeheuerliche Entwertung des Geldes, die nur zeitweilig und teilweise den Exportindustrien zugute kommen kann, ihren Bestand gefährdet oder wenigstens schwer beschädigt sehen.

4. Die Arbeiterklasse hatte, insbesondere die industrielle, in ihrem Verhältnis zum Kapital wie zum Staat, im welchem Grundeigentum, zumal das große, und Kapital bislang die maßgebenden Faktoren waren, in Deutschland während der letzten sieben Jahrzehnte vor dem Weltkrieg einen sehr bedeutenden Entwicklungsprozeß erlebt. Sie hatte ihre Zahl außerordentlich vermehrt, zugleich aber aus den geringsten Anfängen ihre Organisation zu einem ökonomischen und politischen Machtfaktor ausgebildet und gesteigert. Unter dem Einfluß der gesamten überlieferten Bildung der naturwissenschaftlichen und volkswirtschaftlichen Erkenntnis, ganz besonders aber unter dem Einfluß der marxistischen Lehren, ist sie in einer bedeutenden Zahl von Häuptern, die teils aus ihr selber hervorgegangen, teils von anderer Herkunft sich in ihren Dienst gestellt hatten, zum Bewußtsein ihrer großen historischen Rolle und Aufgabe emporgewachsen, die darin besteht, die kapitalistische Produktionsweise allmählich, in organischem Fortschritt, durch die sozialistische Produktionsweise zu ersetzen. Die Erfüllung dieser Aufgabe hat durch die Zerrüttung der gesamten Volkswirtschaft, wie der staatlichen und Reichsfinanzen, eine äußerst schwere Zermürung erfahren. Allerdings bedeuten diese Zerrüttungen auch einen Zusammenbruch der kapitalistischen Formen und Ideen, deren unterhörte Glor-

nerung im weltwirtschaftlichen Wettbewerb und im imperialistischen Expansionsdrang dieses Zusammenprallens der großen Mächte herbeigeführt hat; aber es wäre durchaus unrichtig, daraus zu folgern, daß der Kapitalismus nunmehr an seinem Ende angelangt sei, und der Sozialismus den erledigten Thron besteigen könne. Das reinste Ergebnis der Katastrophe ist der vollendete Sieg des britischen Weltreichs und der eigenen Tochter dieses Reiches, seiner nun gefährlichsten Nebenbuhlerin, der nordamerikanischen Union, die ihren wirtschaftlich-politischen Einfluß auf Pan-Amerika ausdehnt. Beide zusammen aber sind der verkörperte Kapitalismus; in beiden ist die sozialistische Gegenströmung schwach, zwar auch in Großbritannien selber und einigen seiner Nebenländer (Australien und Neuseeland) viel stärker als in dem eigentlichen Zukunftslande, den Vereinigten Staaten. Allerdings haben diese mächtigsten Volksgemeinschaften mehr oder wenig ausgesprochene demokratische Staatsverfassungen und innerhalb ihrer erstarkte Arbeiterbewegungen gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Charakters.

5. Es entspricht der realistischen Ansicht des sozialen Lebens — die mit der sogenannten materialistischen Geschichtsauffassung zusammentrifft —, daß für den Fortschritt der Entwicklung nicht die sozialistische Ideologie — die in den nicht wissenschaftlich vorgebildeten Köpfen notwendig utopistische Gestalt annimmt —, sondern die Gewinnung wirtschaftlicher Macht entscheidend ist, die auch der politischen Macht allein eine sichere Grundlage zu geben vermag. So betrachtet, ist auch in jenen Ländern des ungebrochenen Hochkapitalismus die Umwandlung der Gesellschaftsordnung um so wahrscheinlicher und wird um so rascher sich vollziehen, je mehr die gewerkschaftliche und die genossenschaftliche Organisation der Arbeiterklasse erstarkt und je mehr von beiden aus und zugleich von der theoretischen Erkenntnis aus, die ihrem Wesen nach nicht durch Massenzugehörigkeit bedingt ist, die Gedanken der sozialen Reform, d. h. der Bekämpfung und Beschränkung des Kapitalismus, in der öffentlichen Meinung und durch sie in der Gesetzgebung Raum gewinnen.

II.

1. Wenn das Deutsche Reich seinen Rang als Macht der Großindustrie und des Großhandels, wodurch es mit England in Wettbewerb getreten war, nicht zu behaupten vermocht hat, so kann ihm doch die Führung in der Erkenntnis des sozialen Lebens und seiner Gesetzmäßigkeit nicht genommen und nicht bestritten werden, wodurch die klassische deutsche Philosophie vorangelenkt hat und in ihrem Gefolge das vielgestaltige sozialistische Denken, das in Karl Marx seinen Meister fand, den tiefsten Einfluß im Sinne einer umwälzenden Sozialpolitik gewann, die keine prinzipiellen Schranken, wie vor ihr die britische Fabrikgesetzgebung, zugunsten einer wesentlich beharrlichen kapitalistischen Gesellschaftsordnung mehr anerkennt.

2. Marx sah allerdings, und mit Recht, in dieser Fabrikgesetzgebung des damals in so gewaltigem Vorsprung entwickelten Industrienations, den Vorläufer und das Vorbild eines Umwälzungsprozesses, den er schon im Jahre 1867 „mit Händen greifbar“ nannte. Wenn er, in derselben Vorrede, mit einer seiner plastischen Nebenbemerkungen ausspricht, „daß die jetzige Gesellschaft kein fester Kristall, sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozesse der Umwandlung begriffener Organismus ist“, so ist das eine Wahrheit von großer Tragweite; in ihr ist die Erkenntnis eingeschlossen, daß auch eine erfolgreiche politische Revolution das eigentliche Leben dieses Organismus nicht anders zu beeinflussen vermag, als daß sie die beständige Umwandlung beschleunigen oder verlangsamen wird; daß aber die Beschleunigung des Prozesses in einem

schwerkranken Organismus an die Heilkunst des Doktor Eisenbart erinnert, der das Fieber als Gesundungsprozess erkannt hatte und daraus folgerte, daß die Temperatur des Körpers erhöht statt gedämpft werden müsse. Marx sagt ferner an der gleichen bedeutungsvollen Stelle: Auch wenn eine Gesellschaft dem Naturgesetz ihrer Bewegung auf die Spur gekommen sei, könne sie naturgemäße Entwicklungsphasen weder überspringen noch wegdefetieren; aber sie kann die Geburtswehen abtünchen und mildern. Wiederum ein treffliches, nicht genug zu beherzigendes Wort! Ist wirklich heute schon eine Gesellschaft in ihrer Gesamtheit dem Naturgesetz ihrer Bewegung auf die Spur gekommen? Wenn irgendeine Gesellschaft, irgendein Volk, so wäre es das deutsche — und doch weiß jeder Beobachter, daß es auch bei uns noch außerst schwach um diese Erkenntnis bestellt ist. Es ist aber bedeutungsvoll, daß der Denker hier von der Einsicht als der wesentlichen Bedingung spricht, während sonst des öfteren die Erzwingung politischer Macht oder der politischen Macht durch das Proletariat als einzige Voraussetzung hingestellt wird. Auch beruht jene Stelle keineswegs hauptsächlich an das Proletariat im engeren Sinne; sie spricht von den jetzt herrschenden Klassen, denen „von höheren Motiven abgesehen“ ihr eigenes Interesse die Beseitigung aller gesellschaftlich kontrollierbaren Hindernisse gebietet, welche die Entwicklung der Arbeiterklasse hemmen.

2. In Deutschland scheinen diese Hindernisse jetzt gefallen zu sein. Die schweren Hemmungen liegen nunmehr nicht dort, sie liegen in der Gesamtlage unseres Landes und Reiches. Wir sind gleich einem Volke, das auf einer schmalen Insel eine prächtige Stadt gebaut hatte; es waren üppige Paläste in der Stadt, nicht wenige stattliche Häuser, manche bescheiden und wohnlich, viele armselige Hütten. — die Stadt ist abgebrannt; zwar sind Häuser jeder Art unverfehrt geblieben, aber manche Bewohner, sogar ehemalige Bewohner von Palästen, haben kein tägliches Brot und können kaum ihre Wäsche decken. Mehr als die Hälfte der Einwohner, besonders Frauen, Kinder, Greise irren umher und wissen nicht, wo sie ihr Haupt hinlegen sollen. Alle sehen und wollen, daß die Stadt wieder aufgebaut werde — Jeder in ihrem früheren mangelhaften Zustande als gar nicht. Vor allem gilt es, Obdach und Brot zu schaffen. Obdach — aber es fehlt an Baumaterialien. Man muß sich nöthigen lassen, Zelte zu errichten gleich den Nomaden.

4. Niemand darf eine Partei oder Partei, die ein hohes Ziel verfolgt, die sich antheilhaft macht, eine schönere und bessere Stadt wieder aufzubauen, der nöthigen und dringenden Aufgaben vergessen, auch dann nicht, wenn um dieser willen scheinbar die Pläne beiseite gelegt werden, das Ziel verzagt wird, wenn mit denen zusammengearbeitet werden muß, die von diesem Ziel nichts wissen wollen, und etwa nur an die Wiedererrichtung ihrer ehemaligen Paläste und stattlichen Häuser denken.

6. Darum muß im Programm heute das Aufschlagen von Zelten und von Stätten des Notobdaches an der Spitze stehen — Dinge, die keine Parteiangelegenheiten, weil nicht Angelegenheiten einer Klasse sind, sondern gemeinsame Lebensfragen, Fragen des nackten Daseins für ein gesamtes in Kiosken und Baracken überfülltes Volk. Dazu gehört eine gemeinsame Opferwilligkeit, die von allen Volksgenossen, allen Klassen und Schichten gefordert werden muß, ein bewußter Verzicht auf das Ueberflüssige, bewußte Mitwirkung dazu, daß die Produktion, als Angelegenheit des ganzen Volkes, so bestimmt und gelenkt werde, daß sie:

a) für alle Volksgenossen die notwendigen Lebensbedürfnisse befriedige — darum neben der Vederbedeckung an Nahrungsmitteln durch Ackerbau und Viehzucht die Herstellung anständiger und gesunder Wohnungen ins Auge fesse; insbesondere ist dafür die Ausführung des Heimstättengesetzes zugunsten

von Kriegsteilnehmern unerlässlich geboten, zumal soweit es gilt, Kriegsbeschädigte, Arbeitsunfähige zu befriedigen, vor dem Hunger zu beschützen.

b) Die Produktion soll für alle Volksgenossen auch die notwendigen Geistesbedürfnisse decken — das ist: Erziehung, Unterricht, Bildung erhalten, beschaffen, fördern. Also wächst Wohnhäusern und Wohnungen, die auch geistigen, sittlichen Notwendigkeiten und Anforderungen gerecht werden, Schulkhäuser! Wächst Schulkhäusern Volkshochschulen, Büchereien, Gerände für die Volkshochschulen! Wächst Volksschulen und ihrem Ausbau sind die höheren Schulen, die Bedürfnisse der Wissenschaften und Künste ihrem Wesen nach — wenn auch keineswegs in beliebigen Einzelheiten — als allgemeine Volkssache anzuerkennen und zu pflegen.

c) Die Produktion soll für Kranke, Verunglückte, Invalide und Greise, wie für Erwerbslose und für Witwen und Waisen nach wie vor besondere Sorge tragen — die Vereinigung der gesamten Sozialversicherung in eine Reichs-Notversicherung in Aussicht zu nehmen! Der Bau von Krankenhäusern und Pflegeanstalten jeder Art, auch für Verbrecher und andere Straf- oder Untersuchungsgefangene, für Bagabunden, für verwahrloste Kinder gehört zu den notwendigen unerlässlichen Volksbedürfnissen; aber die Sozialpolitik muß zugleich unablässig darauf bedacht sein und ernster, als es bisher gesehen, dafür wirken, daß alle diese Kategorien der Pathologie des Volkslebens vermindert werden, daß dem Verbrechen, der Bagabondage, der Verwahrlosung von Kindern, der Prostitution vorgebeugt, daß diese sozialen wie die physischen Volksleiden verhilft werden. Darum ist auch der Produktion als einer ihrer Zwecke zu sehen, der Herstellung von Geräten und Werkzeugen, von Mitteln der Verführung und Ansiedlung, von Schundliteratur, um nur ein beachtliches Mittel dieser Art zu nennen, nicht zu dienen, vielmehr außer der Volkserziehung auch alle anderen Mittel zu fördern, die der Bekämpfung und Milderung solcher Uebel als der Schandflecke und fressenden Krebsgeschwüre der Kultur zu dienen geeignet sind. Die Bekämpfung des Alkoholismus und seine kapitalistisch interessierte Begünstigung gehört durchaus in dieses Gebiet.

d) Und so muß in jeder Hinsicht die Produktion wirklicher Güter verlangen, die Produktion von Schund aller Art, von Gegenständen individuell und gemeinschädlicher Genüsse, von sinnloser Schwelgerei und Heppigkeit, von Müßiggang und Vergnügungssucht nach Möglichkeit gehemmt und unterbunden werden. Ueber die Abdehnung dieser Produktionen im Verhältnis zur Gesamtarbeit eines Volkes herrschen freilich sehr übertriebene Vorstellungen. Auch ist die Möglichkeit, innerhalb des Rahmens der, jedenfalls erst im Laufe von Menschenaltern zum Abbruch reif werdenden, kapitalistischen Produktion in diesem Sinne auf sie zu wirken, durchaus beschränkt. Aber die gegenwärtige Volksnotlage macht die Forderung auch für große Mengen solcher Volksgenossen verstehbar und sympathisch, die sonst solchen Eingriffen nicht geneigt waren oder gänzlich verständnislos gegenüberstanden. In jeder Hinsicht kommt es darauf an, den Punkt der Reife an den Dingen zu kennen, ehe man mit Sozialisierungen irgendwelcher Art vorgeht. Der Schiffbruch, den die gemeindliche Zwangswirtschaft, so sehr sie während des Krieges und darüber hinaus dringend geboten war, ohne Zweifel in der öffentlichen Meinung gekillt hat, gibt auch in dieser Hinsicht zu denken.

e) Unabweisbar ist aber, daß der Austausch mit dem Auslande vernünftig geregelt werde, d. h. daß so sehr als möglich wirklich Unnütziges gegen wirklich Notwendiges ausgetauscht werden soll und auch die Produktion von Ausfuhrsgütern danach gerichtet werde. Solche Ziele werden leicht als unerfüllbar dargestellt; aber wenn sie es sind, so folgt daraus nicht, daß kein Streben danach, kein Fortschritt in dieser Richtung möglich wäre. Der Grund-

gedanke der Planwirtschaft ist notgedrungen. *Videant consules* — der Reichswirtschaftsrat ist mindestens so sehr für diese Meinung im Kampfe zu nehmen wie der Reichstag — und die eine wie die andere Versammlung bedarf des führenden, leitenden, ermutigenden Geistes!

III.

1. Am Erfurter Programm heißt es, die gesellschaftliche Umwandlung — die vorher beschrieben ist als Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums von Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum usw. — könne nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen . . . auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziele haben.

2. Ob dieser Satz, in dieser Form ausgesagt, jemals richtig war, kann man mit Grund bezweifeln. Heute gilt er nicht mehr. Zum mindesten müßte die Arbeiterklasse ausdrücklich so verstanden werden, wie sie in der Urkunde offenbar nicht verstanden wird, nämlich als die geistigen Arbeiter, soweit sie nicht in erster Linie Kapitalisten oder sonst unmittelbar an Kapitalgewinn oder Mante beteiligt sind, mitumfassend. Die Großzahl derer, die eine gelehrte Vorbildung genießen, also die besonders als „die Gebildeten“ verstanden zu werden pflegen, also technische oder kaufmännische Angestellte, mittlere und nicht wenige höhere Beamte (die unteren werden wohl eher in die Arbeiterklasse hineingerechnet) fühlen dies, wenn sie es auch noch nicht wissen. Zeugnis dafür gibt u. a. der Bund der technischen Angestellten und Beamten, der seinen ersten ordentlichen Bundeskongress am 18. bis 15. Juni d. J. in Berlin abgehalten hat und unumwunden die Solidarität aller „vom Ertrag ihrer Arbeitskraft Lebenden“ verkündet, indem er zugleich für die „verfassungsmäßige Umwandlung der heutigen rein (?) kapitalistischen Wirtschaftsordnung in eine von dem Grundsatz der Bedarfdeckung getragene vergesellschaftete Wirtschaft“ sich ausgesprochen hat. Ein ebenso bedeutendes „Zeichen der Zeit“ ist die wachsende Teilnahme in allen Schichten für die Bodenreform — auch wer in ihr kein Heilmittel anerkennen will, kann doch nicht leugnen, daß sie ihrem Wesen nach — wie vorsichtig auch die Politik ihrer Führer sich behaupten möge — gegen den Bezug der Grundrente durch beliebige Private gerichtet ist und besonders — zunächst — deren unbedingtes Wachstum dem gemeinen Nutzen dienlich zu machen sich vorgesetzt hat. Die sozialdemokratische Partei hätte wahrlich zureichenden Grund, die Bodenreform in ihr Programm aufzunehmen, was nicht heißen würde, daß sie sich damit identifizieren sollte — jeder anderen Partei würde ja frei, ebenfalls sich an diesem Ziele zu betheiligen —, was aber heißen würde, daß sie in der Bodenreform einen der gangbaren Wege zu allgemeiner und gründlicher sozialer Reform erkenne, was er — mit anderen Wegen — wirklich ist.

3. Ein anderer solcher gangbarer Weg, der sich verbreitern und verlängern läßt in weite Fernen, ist das Genossenschaftswesen in seinem Aufbau vom einfachen örtlichen Konsumverein zum genossenschaftlichen Eigenbetriebe der Grobeinkaufsgesellschaften, das, wenn ihm mehr Luft und Licht als bisher zuteil wird, einer großen Entwicklung entgegengeht. Wenn es unter äußerem Zwang verdorren würde, so kann es doch für eine sittliche Pflicht jedes Sozialisten und Sozialreformers erklärt werden, an dieser Entwicklung mitzuarbeiten und besonders das in Arbeiterkreisen wie in anderen Volksschichten noch sehr geringe Verständnis dafür auszubreiten und zu heben. Das Genossenschaftswesen ist mehr als jede andere Bewegung geeignet und berufen, die unerläßliche materielle Basis für politischen

Einfluß und gesetzgeberische Tätigkeit im Sinne der sozialen Umgestaltung der Volks- und Volkswirtschaft zu schaffen.

4. Marx bezeichnete vor 56 Jahren — sagen wir vor zwei Menschenaltern — den gesetzlichen Achtstundentag als einen großen Sieg der politischen Ökonomie der Arbeit über die politische Ökonomie des Kapitals. Wir haben in Deutschland heute den gesetzlichen Achtstundentag, freilich eingeführt wie die große Staatsveränderung, in deren Gefolge er stand, unter Umständen, die das Licht der Neuerung stark verdunkeln. Gleichwohl, und selbst wenn es im Sinne der Gemeinwirtschaft notwendig werden sollte, in manchen Sphären der Produktion und des Verkehrs den Arbeitstag vorübergehend zeitweilig wieder um eine Stunde länger werden zu lassen —, es bleibt eine Errungenschaft von unermesslicher Bedeutung. „Ein noch größerer Sieg“ — sagte damals der Verfasser der Inauguraladresse, die als ein Manifest an die arbeitenden Klassen Europas sich vorstellte —, „ein noch größerer Sieg der politischen Ökonomie der Arbeit über die politische Ökonomie des Kapitals stand bevor. Wir sprechen von der Kooperativbewegung, namentlich den Kooperativfabriken, dem Wert weniger tüchtiger Hände. Der Wert dieser großen sozialen Experimente kann nicht überschätzt werden. Durch die Tat statt durch Argumente beweisen sie, daß Produktion auf großer Stufenleiter und im Einklang mit dem Fortschritt moderner Wissenschaft vorgehen kann ohne die Existenz einer Klasse von Masters, die eine Klasse von Händen verwendet, daß, um Früchte zu tragen, die Mittel der Arbeit nicht monopolisiert zu werden brauchen als Mittel der Herrschaft über und Mittel der Ausbeutung gegen die Arbeiter selbst, und daß, wie Sklavenarbeit und Leibeigenenarbeit, so Lohnarbeit nur eine vorübergehende und untergeordnete gesellschaftliche Form ist, bestimmt, zu verschwinden vor der assoziierten Arbeit, die ihr Wert mit williger Hand, rüstigem Fleiß und fröhlichem Herzen verrichtet.“

5. Die sozialdemokratische Partei muß und will ihr Programm auf ihr Ideal und auf ihre unmittelbare Zukunftsaufgabe einrichten. Das Ideal steht ihr fest — das „Endziel“. Es liegt nicht in den Wolken, sondern auf dieser höchst mangelhaften Erde, mitten unter Menschen, die auch in einer besseren Gesellschaftsordnung mehr oder minder eigennützig, habgierig, genüßsüchtig bleiben werden; auch mehr oder weniger rechthaberisch, streitsüchtig, eigensinnig; unter denen es viele erblich Belastete, sonderbare Schwärmer, immer geben wird, Narren und Völscherle. Das Ideal verliert durch die Einsicht, daß aus diesen und vielen anderen Umständen auch im günstigsten Falle mannigfache Widerstände und Reibungen sich ergeben müssen, nicht an Wert; aber Lebensweisheit, die nach einem Ideale strebt, verliert diese Schwierigkeiten niemals aus den Augen. Einfältige achten solcher Schwierigkeiten nicht; sie wähnen, daß ihnen nur obliege, solche und solche Beschlüsse zu fassen, und das Endziel ist erreicht. Sie rechnen nicht mit der Natur der Dinge und nicht mit der Natur der Menschen.

6. Als unmittelbare Zukunftsaufgabe kann die Partei kein besseres Ziel sich stecken, als fernerhin die Nationalökonomie der Arbeit in ihrem notwendigen Feldzuge gegen die Nationalökonomie des Gewinns und der Grundrente zu führen. Theoretisch sie auszubauen, praktisch sie anzuwenden. Die theoretische Aufgabe ist nicht unmittelbar die ihre, sondern die der Wissenschaft, sie kann aber die Wissenschaft in dieser wie in jeder anderen Hinsicht befördern. Sogar hat sie alle Ursache, die Gesamtheit der Sozialwissenschaften, von der philosophischen Soziologie bis zur mühsamen statistischen Beobachtung, Forschung und Rechnung, ebenso sich angelegen sein zu lassen, wie sich die Bürgerklasse, und an ihrer Spitze einst die Fürsten, soweit sie Einsicht ihres wohlverstandenen Interesses besaßen, die Förderung der reinen und angewandten,

der beobachtenden und der experimentellen Naturwissenschaften hat angelegen sein lassen, Welche Arten der Wissenschaft sind für das ganze Volk, für die Menschheit, bedeutungsvoll; aber, während die Bedeutung und der Wert der Naturwissenschaften, die zu einer Zeit, die nur um wenige Jahrhunderte von uns getrennt ist, noch als Werk des Gottseinkommens galten, unangefochten feststeht, so ist die Mission der Sozialwissenschaften bisher nur in wenigen und engen Kreisen erkannt. Der Sozialismus und die Vorläufer der sozialen Reform haben ihnen müßige Anstöße gegeben, haben sich unabsehbare, wenn auch nicht unbestrittene Verdienste darum erworben. Sie wissen, daß sie der Erkenntnis und der Ausbreitung der Einsicht für die Lösung ihrer Probleme in erster Linie bedürfen. Denn die unmittelbare Aufgabe einer Partei, die an der Verwirklichung des Sozialismus arbeiten will, und die da weiß, daß diese durch fehlerhafte Maßregeln, übereilte Gesetzgebung, stürmisch-leidenschaftlichen Umsturz bestehender Einrichtungen mehr gefährdet als gefördert würde, ist die praktische Anwendung der Nationalökonomie der Arbeit. Theorie und Praxis haben auf diesem wie auf jedem Gebiete miteinander gemeint, daß sie Urteil und darauf beruhendes („kritisches“) Verfahren in Anspruch nehmen, darum Vorsicht und Umsicht, Besonnenheit und Folgerichtigkeit verlangen, und im richtigen Augenblick Entschlossenheit und Tatkraft.

Die Forderungen, die den zweiten Teil des „Erfurter Programms“ bilden, sind heute teils erfüllt, teils beauftragt, teils verfallen sie sich von selbst durch die gegenwärtig in Deutschland geltende Verfassung. In bezug auf soziale Reform enthalten sie vorzugsweise Forderungen des Arbeiterschutzes, die Arbeiterversicherung wird nur zum Schluß erwähnt; Sicherstellung des Wahlrechts wird verlangt, Bodenreform und Genossenschaftswesen werden gar nicht erwähnt.

Heute gilt es, auf diese beiden, im besten Sinne populären Forderungen alle Kräfte einer Gesamtarbeiterbewegung, einer Partei, die „moralische Eroberungen“, besonders auch in den Kreisen der geistigen Arbeit, zu machen gesonnen, und darauf als eine Lebensnotwendigkeit angewiesen ist, zu versammeln.

Sur Frage eines neuen Parteiprogramms der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Von Eduard Bernstein.

Euleitung.

Aus zwei Gründen ist die Umbildung des Parteiprogramms der Sozialdemokratie unabwendbare Notwendigkeit geworden. Der erste besteht darin, daß der Weltkrieg und die in seinem Gefolge eingetretenen politischen Revolutionen neue oder bisher ungenügend berücksichtigte Fragen der Theorie und Methode des sozialistischen Kampfes in die Arbeiterbewegung geworfen und ihnen eine Tragweite gegeben haben, die es der Sozialdemokratischen Partei zur Pflicht gegen sich selbst und die auf sie blühenden Massen macht, ihre Stellung zu ihnen in scharf umrissenen Sähen in ihrem Programm klarzulegen. Dann aber sind speziell in Deutschland durch die hier vollzogene Revolution Forderungen des derzeitigen (Erfurter) Parteiprogramms ganz oder teilweise zur Verwirklichung gelangt, so daß die auf sie bezüglichen Sähe des Programms nicht mehr in der bisherigen Form aufrechterhalten bleiben können, sondern einer anderen

Formulierung bedürfen, wie sie auch an eine andere Stelle des Programms gebracht werden müssen. Es ist aber klar, daß, wenn überhaupt an eine Änderung des Programms geschritten wird, diese sich nicht auf jene zwei Anforderungen beschränken kann, sondern mit den Erkenntnissen, welche die Sozialdemokratie in den seit Abfassung des Erfurter Programms zurückgelegten drei Jahrzehnten gesammelt hat, auch die in dieser Zeit kollegene Erweiterung ihres Arbeitsgebietes und Steigerung ihrer Wirkungskraft in vollem Maße berücksichtigen muß. Welche Änderungen und Zusätze unter diesen Umständen vornehmlich notwendig werden dürften, soll im folgenden in möglichst knapper Form dargestellt werden.

a) Wesen und Charakter des zu schaffenden Programms. Das neue Programm muß in stärkerer Weise, als im Erfurter Programm geschehen, konkreter Charakter erhalten. Was 1891 für die Sozialdemokratie noch in gewisser Ferne lag, politisch betrachtet noch einen jenseitigen Charakter hatte — jenseits vom Kaiserthum mit allem, was daran hing —, ist nun für sie diesseitig geworden, in unmittelbare Nähe gerückt und soll daher entsprechend berücksichtigt sein. Das Programm kann Fragen nicht unberücksichtigt lassen, deren Erörterung 1891 spekulativer Natur war, nun aber ins Gebiet der Gegenwartsfragen gehört — von den Fragen des Aufbaus der Republik angefangen bis zu den Fragen der Sozialisierung von Wirtschaft und Recht. Ebenso müssen die Spezialgebiete der Betheiligung der Arbeiterklasse berücksichtigt werden, denen die Sozialdemokratie in der Zwischenzeit in zunehmender Stärke ihre Aufmerksamkeit und Arbeit zugewendet hat, und muß mit der Stellung der Sozialdemokratie zu den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse — Gewerkschaften und Genossenschaften — auch ihre grundsätzliche Stellung zu bestimmten Formen des Wirtschaftskampfes gekennzeichnet werden.

b) Die Form des Parteiprogramms. Aus dem im vorigen Gesagten geht hervor, daß das Parteiprogramm seine bisherige Form nicht beibehalten kann, sondern mit der Erweiterung seines Inhalts auch eine andere Gruppierung des Stoffes erhalten muß. Es handelt sich jetzt weniger um Aufzählung von Forderungen, als um Bestimmung von Aufgaben und Zielen der Politik der Sozialdemokratie, und hierfür ist bei der Vielfältigkeit des Stoffes und der Nothwendigkeit genauer Kennzeichnung jener Aufgaben und Ziele eine Einteilung des Programms in eine ganze Reihe von Abschnitten zu empfehlen. Es fehlt für ein solches spezialisiertes Programm nicht an Vorbildern aus anderen Ländern, doch kann es sich nicht darum handeln, diese slavisch nachzuahmen. Die Sozialdemokratie jedes Landes hat bei Ausarbeitung ihres Programms die Besonderheiten von dessen Lage und Entwicklungshöhe wie die sich aus ihrer eigenen Entwicklung ergebenden besonderen Aufgaben sorgfältig in Betracht zu ziehen.

c) Der Geist des Parteiprogramms und seine theoretische Grundlage. Am Geist des Parteiprogramms, wie ihn das Erfurter Programm zum Ausdruck bringt, ist grundsätzlich nichts zu ändern. Die Sozialdemokratie steht noch wie vor auf dem Boden der sozialistischen Entwicklungslehre, wie Marx und Engels sie ausgearbeitet haben und die den Einleitungssätzen des Erfurter Programms zugrunde liegt. Aber die Form dieser Sätze kann meines Erachtens nicht aufrechterhalten werden. Was ich in dieser Hinsicht in meiner Aufschrift an den Stuttgarter Parteitag von 1898, in meiner Schrift „Die Voraussetzungen des Sozialismus“ und in den an diese sich anknüpfenden Aufsätzen geschrieben habe, hat nach meinem

Darüberhalten durch die seitdem vor sich gegangene Entwicklung in allen wesentlichen Punkten nur Bestätigung erfahren. In ihrer seitherigen Fassung sind aber die Einleitungssätze des Erfurter Programms in manchen Sätzen unsehbare Tendenzen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Aber durch ungenügende Berücksichtigung der ihnen entgegenwirkenden Kräfte stellen sie die vorläufigen Ergebnisse dieser Entwicklung in einer Gestalt hin, die mit dem tatsächlich Gewordenen in vorliegender Hinsicht nicht übereinstimmt. Man könnte nun diesem Fehler im einzelnen dadurch abhelfen, daß man gewissen Ausdrücken ihre apodiktische Form nimmt. Indes bilden die betreffenden Sätze mit den sich an sie anreihenden Schlussfolgerungen doch so sehr ein abgerundetes Ganze, daß solche Ausbesserung an Ausdrücken nur ein dieses verunglückende Flickwerk zustande brächte, nicht aber das gab, worauf es jetzt tatsächlich ankommt: die Darstellung der Wirklichkeit an der Hand der Zeitgedanken der marxistischen Entwicklungslehre.

Im Jahre 1909 hat der Schreiber dieses am Schluß eines im Sozialdemokratischen Wahlverein Charlottenburg gehaltenen Vortrags über die Frage der Revision des Parteiprogramms als ein Beispiel, wie er sich die Umbildung von dessen Einleitung vorstellt, eine Reihe von Zeitsätzen verlesen, die ich alsdann in den „Sozialistischen Monatsheften“ (Heft 7 des Jahres 1909) zum Abdruck gebracht habe. Nun die Frage aktuell geworden ist, glaube ich sie erneut zur Debatte stellen zu sollen, da ich mich bei ihrer Ausarbeitung bemüht habe, neben den seit 1891 im den Vordergrund getretenen neueren Entwicklungen auch denjenigen Tatsachen der sozialen Entwicklung Rechnung zu tragen, die bei Abfassung des Erfurter Programms als hauptsächlich erachtet werden konnten, aber sich als bedeutungslos genug erwiesen haben, um ihrerseits Anspruch auf Berücksichtigung zu haben. Indem ich es nun, bemerkt ich ausdrücklich, daß sie nur Zeitsätze für die Neuformulierung dieses Teils des Programms sein wollen, nicht aber Anspruch darauf erheben, diese selbst zu geben.

Zeitsätze für die Neuformulierung des sozialdemokratischen Parteiprogramms.

1. In den Industrieländern der Gegenwart herrscht das kapitalistische Wirtschaftssystem: die Produktion und den Austausch der Güter. Die mit großen Mitteln ausgestattete Unternehmung drängt insbesondere in Handel und Gewerbe die kleinen Betriebe vollständig*) in den Hintergrund. Die Schicht der selbständigen kleinen Unternehmer, der Kleinbauern, der Kleinhandwerksmeister, der Kleinhändler und sonstigen Kleingewerbetreibenden bilden einen immer geringeren Bruchteil der Bevölkerung. Dagegen wächst im steigenden Maße die Klasse der in kapitalistischen Unternehmungen beschäftigten Lohnarbeiter und gegen Gehalt tätigen Angestellten. Mehr als drei Viertel der Bevölkerungszunahme sind zu dauernder wirtschaftlicher Abhängigkeit verurteilt.

2. Für die Masse der Beschäftigten und ganz besonders für die Lohnarbeiter bedeutet der Kapitalismus mit der Abhängigkeit zugleich zunehmende Unsicherheit der Existenz. Technische Umwälzungen, die menschliche Arbeitskräfte ersparen, werfen immer wieder ausgebildete Arbeiter aus ihrer Sphäre heraus, und das durch den spekulativen Charakter der kapitalistischen Wirtschaft erzeugte Wechsellpiel von Hochkonjunktur und Geschäftskrisen bedeutet für die große Masse der Arbeiter und Angestellten

*) Hier wäre „zunehmend“ der richtigere Ausdruck. Ed. W.

immer wieder von neuem Abbruchsetzung von Ueberspannung der Kräfte und Arbeitslosigkeit. Je mehr aber die Arbeiterklasse antastet, um so mehr wirkt die Arbeitslosigkeit lähmend auf das ganze Wirtschaftsleben aus und wirkt Tausende von Gewerbetreibenden dem Ruin in die Arme.

3. Wohl suchen die modernen Kapitalistenverbände, die Syndikate und Kartelle, die Produktion einer gewissen Regelung zu unterliegen. Aber sie tun das nicht im Interesse und zum Wohl der gesamten Volkswirtschaft, sondern im Interesse der Erhaltung der Preise, der Sicherstellung möglichst hoher Profite in ihren speziellen Industrien. Aufgegeben können sie das Uebel der periodisch eintretenden Wirtschaftskrisen nicht beseitigen, sondern nur die Erscheinungsformen ändern, während die tatsächliche Erhaltung der Preise vielmehr die Wirkungen der Störungen für die arbeitende Allgemeinheit noch verschlimmert.

4. Die kapitalistische Produktion hat zu einer geringen Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums geführt. Aber dieser wachsende Reichtum der Gesellschaft fließt nur zum geringsten Teile den arbeitenden Massen zu. In den verschiedenen Formen des Profits und der Bodenrente ziehen die Grundeigentümer und Kapitalbesitzernden Klassen immer größere Mengen von Mehrarbeit an sich. Es wächst immer mehr die Zahl derer, die auf Grund von Besitztiteln arbeitsloses Einkommen genießen, und in noch höherem Grade als ihre Zahl wächst ihr Kapitalreichtum. Diesem Vermögen, wie keine frühere Zeit sie gekannt, häufen sich in Einzelstücken an, das Rugschere wächst der Abstand zwischen den Einkommen der breiten Masse, der um Lohn oder ein dem Lohn ähnliches Gehalt noch Mäßenben auf dem Einkommen der kapitalistischen Aristokratie, deren Zugab ins Ungemeffene wächst und das öffentliche Leben konsumiert.

5. Während die Produktion und der Austausch mit dem Wachstum der Unternehmungen immer mehr gesellschaftlichen Charakter annehmen, wird durch die Entwicklung von Kollektivformen des Besitzes (Aktien usw. Gesellschaften) das Verhältnis der Eigentümer der Unternehmungen zu ihrem Betriebe zunehmend veräußerlicht. Ein immer größerer Teil des Gesamtkapitals der Gesellschaft wird Eigentum von Aktionären, die zu den Unternehmungen keinerlei funktionelle Beziehung haben, die nur am Profit, den diese abwerfen sollen, interessiert sind, ihnen aber sonst teilnahmslos und unverantwortlich gestatthetehen. Unter den großen monopolartigen Unternehmungen läuft ein ganzes Heer von Aktionären, die deren soziale Macht verstärken, als Verzehrer arbeitslosen Einkommens aber für die Volkswirtschaft Parasitenorgane führen.

6. Gegen dieses Ueberwuchern des Parasitismus, den nach zwei Seiten hin, auf Lohn und Preis, gewisser Monopolismus des Kapitals wirken die Arbeiter und Angestellten als einzelne ohnmächtig. Nur durch die politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Koalition vermögen sie seinen niederdrückenden Tendenzen Widerstand zu leisten. Koalitionsfreiheit und gleiches demokratisches Wahlrecht aller sind die notwendigen Vorbedingungen der Befreiung der Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaft.

7. Von allen der Kapitalmacht gegenüberstehenden Massen der Gesellschaft ist die Arbeiterklasse allein eine umwälzende Macht im Sinne des gesellschaftlichen Fortschritts. Die anderen antikapitalistischen Massen oder Schichten sind entweder direkt reaktionär, wollen das Rad der Geschichte aufhalten oder wenigstens zurückdrehen, oder sie bewegen sich, weil sie selbst Zwischenbildungen sind, in Widersprüchen und Halbheiten. Einzige

die Arbeiter haben als Klasse dem Kapitalismus gegenüber ausschließlich Fortschrittsinteressen zu vertreten. Als Klasse haben die Arbeiter das größte Interesse an der Vermehrung des gesellschaftlichen Reichtums durch Vervollkommenung der Technik und Einparnung der Naturkräfte in den Dienst der Produktion; als Klasse haben sie das größte Interesse an der Beseitigung der parasitären Unternehmungsformen und an der Expropriation parasitären Gesellschaftselemente.

8. Ihre Klasseninteressen verlangt die Ueberführung der wirtschaftlichen Monopole in den Besitz der Gesellschaft und deren Betrieb zum Vorteil der Gesellschaft, in ihrem Klasseninteresse liegt die Ausdehnung der gesellschaftlichen Kontrolle auf alle Zweige der Produktion, die Einbeziehung der zurückgebliebenen Betriebe in die gesellschaftlich geregelte Produktion. Die Organisation der Arbeiter als Klasse oder heißt ihre Organisation zu einer besonderen politischen Partei, und die politische Partei der Arbeiter ist die Sozialdemokratie.

9. Die Sozialdemokratie kämpft für die Durchführung der Demokratie in Staat, Provinz, Gemeinde als Mittel der Verwirklichung der politischen Gleichheit aller und als Hebel für die Vergesellschaftung des Bodens und der kapitalistischen Betriebe. Sie ist nicht Partei der Arbeiter in dem Sinne, daß sie nur Arbeiter in ihre Reihen aufnimmt; wer ihre Grundsätze annimmt und vertritt, das heißt wer zu den Fragen des Wirtschaftslebens im Sinne des Kampfes der schaffenden Arbeit gegen den ausbeuterischen Besitz Stellung nimmt, gehört in ihre Reihen. Aber sie wendet sich hauptsächlich an die Arbeiter, denn die Befreiung der Arbeiter muß in erster Linie das Werk der Arbeiter selbst sein. Die Arbeiter mit diesem Gedanken zu erfüllen und sie für den Kampf wirtschaftlich und politisch zu organisieren, ist die Hauptaufgabe der Sozialdemokratie.

10. Der Kampf der Arbeiterklasse ist nicht auf ein einzelnes Land beschränkt, sondern umfaßt alle Länder, in denen die moderne Entwicklung ihren Einzug gehalten hat. Von der Erkenntnis durchdrungen, daß die Entwicklung des modernen Verkehrslebens eine zunehmende Solidarität der Arbeiter aller dieser Länder schafft, und daß die nationalen Gegensätze, von denen heute noch gesprochen wird, in Herrschafts- und Ausbeutungsbeziehungen wurzeln, für deren Beseitigung die Arbeiterklasse kämpft, vertritt die Sozialdemokratie im Wirtschaftskampf und in der politischen Aktion den Grundsatz der Internationalität, der zum Ziele hat den freien Bund der Völker auf der Grundlage des Rechtes der nationalen Selbstbestimmung im Rahmen der Solidarität der Menschheit.

Dies die Leitätze. Unschwer wird man herauserkennen, worin sie nur in etwas anderer Formulierung wiedergeben, was auch im Erfurter Programm gesagt ist, worin sie jedoch von ihm abweichen und worin sie es ergänzen. Letzteres gilt insbesondere von dem im Punkt 8 über die Kapitalverbände Gesagten, den Bemerkungen in Punkt 5 über die Einbeziehung der funktionellen Beziehungen zwischen kapitalistischem Eigentum und den großen Unternehmungen, sowie der Betonung, die Punkt 8 auf die Einbeziehung der zurückgebliebenen Betriebe in die gesellschaftlich geregelte Produktion legt. Verührt Punkt 8 damit eine Frage, die heute sehr aktuell geworden ist, so freist er doch eben nur das Fragegebiet der Sozialisierung, zu

dem das Programm nun in viel genauerer, erschöpfenderer Fassung Stellung zu nehmen hat.

Damit konnten wir vom Gebiet der theoretischen Grundlagen und allgemeinen Grundsätze des Parteiprogramms zu dem der Fragegruppen, die in ihm Behandlung erheischen. Die wichtigsten davon sind:

1. Die Stellung zu den deutschen Verfassungsfragen.

Hier ist zu betonen die Befennerchaft zur Einheit-Republik auf der Grundlage eines demokratisch und organisch gegliederten Federalismus. Weber der starre Einheitsstaat noch die unbeschränkte Selbstherrlichkeit der Länder und Gemeinden können den Anforderungen gerecht werden, welche in der Zeit der großen Verkehrsmittel und des großen internationalen Austausches erfüllt werden müssen, um den höchstmöglichen Grad von Gemeinschaft (Solidarität) mit jenem Grad von Freiheit zu verbinden, der zu den unerlässlichen Attributen der Demokratie der Gegenwart gehört. Das Ziel der Sozialdemokratie in bezug auf den Aufbau der Republik ist eine organisch gegliederte Föderation von Selbstverwaltungskörpern mit einer zentralen Gesetzgebung und Verwaltungsbehörde für die allen gemeinsamen Aufgaben und Interessen. Die heutige Gliederung nach Länder genannten Einzelstaaten ist ein kostspieliger Zwischenzustand, der im Laufe der Zeit durch eine Gliederung nach großen Landschaften abzulösen ist.

2. Die Stellung zur Demokratie und den mit ihr verbundenen Fragen des politischen Rechts.

Die Sozialdemokratie hält unverbrüchlich fest an dem demokratischen Grundsatz des gleichen politischen Rechts aller Angehörigen der Republik. Sie erkennt nicht, daß diese politische Gleichheit durch die Ungleichheiten des Besitzes und der wirtschaftlichen Machtstellungen in der noch wesentlich kapitalistischen Gesellschaft für große Teile der Bevölkerung stark beeinträchtigt wird. Aber sie sucht die Abhilfe nicht in der brutalen Ausschließung irgendeiner Gesellschaftsschicht aus dem politischen Recht, sondern in der Schaffung von Einrichtungen, welche den Machtbesitzenden Ersatz bieten für die Unzulänglichkeit ihrer materiellen Machtmittel. Sie erinnert sich dabei des Wortes von Marx in der Eröffnungsansprache (Inauguraladresse) der Internationale, daß die arbeitenden Massen ein Element des Erfolgs in ihrer größeren Zahl haben, sobald sie durch ein starkes Band vereinigt sind und einem bestimmten Ziel entgegengeführt werden. Ein Wort, das, wie die Aussprüche Ferdinand Lassalles über den Wert des demokratischen Wahlrechts für die Arbeiterklasse, durch die Erfahrungen der Sozialdemokratie in Deutschland welche Bestätigung erfahren hat. In Deutschland standen schon im Jahre 1907 6,8 Millionen Selbständigen in Industrie, Handel, Verkehr und Landwirtschaft, von denen gut ein Drittel der Arbeiterklasse näher stehen als der Klasse der Kapitalisten, 1,8 Millionen Angestellte und 17,8 Millionen Arbeiter gegenüber. Bei einer solchen Klassengliederung muß in einem kulturell entwickelten Land das demokratische gleiche Recht die Arbeiterklasse zum entscheidenden Faktor in Gesetzgebung und Verwaltung erheben. Denn die Demokratie heißt jedesmal schiel Herrschaft der Arbeiterklasse, als diese noch ihrer intellektuellen Reife und dem Höhegrad der wirtschaftlichen Entwicklung überhaupt ausnützen fähig ist. Zur Demokratie gehört aber die Freiheit des gesprochenen und gedruckten Wortes, der Versammlung und der Verbindung als Mittel der Kontrolle der gesetzgebenden und verwaltenden Organe.

3. Der Parlamentarismus und das politische Ständesystem.

Der Parlamentarismus, die Erhebung der gewählten Volksvertretung zum höchsten gesetzgebenden Faktor der Nation ist ein unentbehrliches Lebenselement zur Selbstregierung gelangter Völker, das Parlament ein unentbehrliches Organ dieser Selbstregierung. Es kann durch die direkte Volksabstimmung immer nur ergänzt und kontrolliert, nie aber vollständig ersetzt werden. Bei beschränktem Wahlrecht und in einem Lande mit sozial unentwickelter und geistig tieferstehender Arbeiterklasse konnte es ein fürchtbares Mittel der Klassenherrschaft der Besitzenden, eine Brutstätte des Stellenhandels, Oligarchen, Oliguen und der Unterwerfung der Politik des Landes unter die Interessen solcher Oliguen werden. Je mehr aber das politische Leben sich demokratisiert, die Arbeiterklasse zur Bedeutung gelangt und sich wirtschaftlich wie politisch als Klasse organisiert und betätigt, nehmen, nicht ausschließlich, aber in hohem Grade, unter ihrem Druck auch das Parlament und der Parlamentarismus einen anderen Charakter an. Aus einem Herrschaftsorgan der bestehenden Oberschicht der Nation wird das Parlament der Geschäftsträger der großen Interessen der Breiten, schaffenden Massen der Nation, aus einem Klub von Schmeichlern eine arbeitende Körperschaft.

Der Versuch, an die Stelle eines durch allgemeine Wahlen auf Grund des demokratischen Wahlrechts aller gebildeten Parlaments eine Delegiertenversammlung von Vertretern örtlicher oder Distrikts-Arbeiter- und Angestelltenräte mit diktatorischen Vollmachten zu setzen und dadurch die Klasse der selbständigen Unternehmer in Stadt und Land, Fabrikanten, selbständige Kaufleute, Handwerker und Bauern politisch zu entrechten, würde in Deutschland zu einer wirtschaftlichen Anarchie verheerendster Art führen, unter deren Wirkungen die große Masse der Arbeiter nicht minder zu leiden haben würde, als die direkt von ihr betroffenen Eigentümer. Noch viel weniger als das überwiegend agrarische Rußland würde das überwiegend industrielle Deutschland solches Experiment ohne die schwerste Schädigung seines Wirtschaftslebens überleben. Der Organismus des Industriestaats ist von viel empfindlicherer Natur als der Organismus eines Agrarstaats, und gerade deshalb um so viel empfindlicher, und wenn der industrielle usw. Unternehmer nicht Arbeiter im Klassensinne des Wortes ist und auch zumeist wenig physische Arbeit leistet, so erfüllt er darum doch so lange eine volkswirtschaftliche Funktion, als die Allgemeinheit nicht dazu übergeht, seinen Gewerbebetrieb zu übernehmen und selbst zu betreiben. Für die politische Entrechtung der Unternehmer läßt sich daher ebensowenig ein sozialistisches Argument ins Feld führen wie sie unter dem Gesichtspunkt der Zweckmäßigkeit sich empfiehlt und als Notwendigkeit zu entschuldigen ist.

Die Sozialdemokratie lehnt daher den Gedanken der Ersetzung der demokratisierten Volksvertretung durch die Ständekammer als verfehlt und verderblich ab. Als Gegnerin des Zweikammersystems kann sie sich auch nicht für die Schaffung eines gleichberechtigten Nebenparlaments von Berufsvertretern erklären. Aber sie ist darum nicht schon Gegnerin jeder Reform und Ergänzung des heutigen Parlamentarismus und jeder Mitwirkung von Arbeiter- und Angestelltenräten an der Gesetzgebung und Verwaltung. Das stark entwickelte politische Parteilieben im demokratisierten Deutschland macht besondere politische Ständekammern überflüssig. Nicht überflüssig sind dagegen und werden deshalb von der Sozialdemokratie unterstützt und gefördert Ständekammern der Arbeiter und Angestellten als Mitbestimmende im praktischen Wirtschaftsleben und als Berater der bei der Wirtschafts-

4. Die Gewerkschaften und die Arbeiter- und Angestelltenräte.

Die Sozialdemokratie Deutschlands hat schon früh die Bedeutung der Gewerkschaften für die Befreiungsbewegung der Arbeiterklasse erkannt und ihnen jede mögliche Förderung angedeihen lassen. Dem sozialistischen Geiste erfüllt, haben schon vor der Revolution die durch die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vertretenen und nun zum Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Gewerkschaften sich nicht nur der Zahl ihrer Mitglieder und der materiellen Leistungskraft nach zu großer Stärke entwickelt, sondern auch ihre innere Gliederung zunehmend vervollkommen und ihr Arbeitsgebiet beständig erweitert. Neben den Fragen von Lohnhöhe und Arbeitszeit haben sie insbesondere auch den Fragen der Beschäftigung der Arbeiter im Betrieb mit überhaupt in der Volkswirtschaft ihre Aufmerksamkeit gewidmet. Aus eigener Kraft haben die vorgeschrittenen von ihnen die Einrichtung der Betriebsüberwachungsleute geschaffen und ausgebildet, und gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei haben sie von der Gesetzgebung die Schaffung von Arbeiterkammern mit weitreichenden Aufgaben und Rechten gefordert. Diesen Schöpfungen und Bestrebungen gibt der Artikel 165 der Verfassung der Deutschen Republik vom 11. August 1919 die gesetzliche Weihe, dessen erste zwei Paragraphen lauten:

Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt. Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in Betriebsarbeiterräten sowie in nach Wirtschaftsgebieten gegliederten Bezirksarbeiterräten und in einem Reichsarbeiterrat.

Für die Betriebsarbeiterräte ist von der Deutschen Nationalversammlung das Betriebsrätegesetz vom 4. Februar 1920 geschaffen worden, für dessen Ausgestaltung im Sinne der Beschlüsse des im Juli 1919 zu Nürnberg abgehaltenen Allgemeinen deutschen Gewerkschaftskongresses die der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands angehörenden Mitglieder der Nationalversammlung im Ausschuss und in den Vollsitzen dieser den lebhaftesten Kampf geführt haben. Sie haben es denn auch erreicht, daß das Gesetz, wenn nicht in allen Punkten, so doch im wesentlichen den Vorschlägen und Forderungen der Gewerkschaften entspricht. Die auf Grund seiner geschaffenen Betriebsräte der Arbeiter und Angestellten verbunden mit den erheblich erweiterten Aufgaben und Rechten der alten Arbeiter- und Angestelltenausschüsse die Aufgaben der gewerkschaftlichen Betriebsüberwachungsleute. In verschiedenen Paragraphen (§§ 66, 78 usw.) weist das Gesetz ihnen ausdrücklich die Überwachung der Durchführung der von den Gewerkschaften mit den Unternehmern vereinbarten Tarifverträge und ähnlichen Abmachungen zu, und ferner bestimmt es — § 78 Abs. 1 —, daß ihre Vereinbarungen mit den Unternehmern sich im Rahmen der geltenden Tarifverträge zu halten haben. — Entstehung wie Inhalt des Gesetzes weisen gleichmäßig auf einen engen Zusammenhang der Einrichtung der Betriebsräte mit den selbstgeschaffenen gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten hin. Die Betriebsräte sollen diese Massenorganisationen nicht ersetzen, sondern sie ergänzen und im Einklang mit ihnen die ihnen vom Gesetz gegebenen

Aufgaben erfüllen. Alle Bestrebungen, diesen engen Zusammenhang zu fördern und zu festigen, sind daher der Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sicher.

5. Die Sozialdemokratie und die Sozialisierung von Produktion und Handel.

Die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion (Erfurter Programm, fünfter Absatz) ist seit langem der Grundgedanke der sozialistischen Bestrebungen und von der marxistischen Theorie des Sozialismus als notwendige Folge der kapitalistischen Entwicklung der Produktion nachgewiesen. Die Sozialdemokratie ist sich aber dessen bewußt, daß dieser Umwandlungsprozeß nicht das Ergebnis eines einmaligen Aktes sein kann, sondern ein methodisches Vorgehen erfordert, bei dem die größere oder geringere Bedeutung des Produktions- oder Betriebszweiges für die Volkswirtschaft im ganzen, der Höhegrad der technischen Entwicklung, die Natur des Produkts oder der Leistung wegweisend dafür ins Gewicht fallen, wo mit dem voraussichtlich besten Erfolg für das Gemeinwesen die Übernahme von Industrien oder Zweigen von solchen zunächst vorzunehmen ist und Fortsetzung zu finden hat, und wo einzuwirken die Sozialisierung in Gestalt stärkerer gesellschaftlicher Aufsicht und Regelung der Produktion, der Preisbildung und der Arbeitsbedingungen in Angriff zu nehmen ist. Sie verwirft ein Experimentieren ins Blaue hinein, wie es die Bolschewisten in Rußland beim Antritt ihrer Regierung zum größten Schaden für dessen Volksmasse betrieben haben, fordert aber, daß die Republik energischer als es bis jetzt geschehen ist und in dem Geiste des Verdicts der Sozialisierungskommission von 1918/19 das Werk der Sozialisierung in die Hand nimmt, und wird alle darauf gerichteten Bewegungen unterstützen.

Weitere Punkte des Parteiprogramms. In der kurzen Form, wie es in den vorhergehenden Abschnitten angedeutet ist, hätte das Parteiprogramm noch folgende Fragen zu behandeln:

- Die Finanz- und Steuerpolitik;
- Die Bodenpolitik und die Bodenbewertung unter Bezugnahme auf Artikel 133 der Verfassung;
- Das Rechtswesen (Bildung und Verfahren der Gerichte, Grundzüge des Privatrechts und Strafrechts);
- Die Selbstverwaltung;
- Die Gesundheitspflege;
- Das Bildungswesen und die allgemeine Kulturpolitik;
- Den Arbeiterschutz;
- Die öffentliche Ordnung und der Sicherheitsdienst;
- Die Handelspolitik;
- Die Kolonialpolitik und die auswärtige Politik;
- Die Rassenfrage;
- Die sozialistische Internationale.

Ich unterlasse es, hierüber auf Einzelheiten einzugehen, da weitgehende Meinungsverschiedenheiten grundsätzlicher Art in der Sozialdemokratie in bezug auf diese Fragen kaum bestehen. Voran möchte ich nur, daß es mir nötig erscheint, in irgendeiner Form den Gedanken stark zum Ausdruck zu

bringen, der früher mit den Worten „Keine Rechte ohne Pflichten, keine Pflichten ohne Rechte“ bezeichnet wurde. Das Programm muß in irgendeiner Weise die Frage der Verantwortungen behandeln.

In bezug auf die sozialistische Internationale sollte gesagt werden, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands unbesümmert um die gegen sie gerichteten gehässigen Angriffe und Nachteilbeschlüsse unverbrüchlich festhält an den Grundsätzen der internationalen Verbundenheit der Arbeiterklasse, wie sie im alten Statut der Internationalen Arbeiterassoziation niedergelegt sind, und wie bisher bestrebt bleibt, den ihr daraus erwachsenden Verpflichtungen gerecht zu werden, daß sie aber um so mehr die Bildung von Gegeninternationalen verurteilt und auf das entschiedenste den Gedanken verwirft, den Arbeiterparteien der einzelnen Länder über bestimmte Grundsätze des sozialistischen Arbeitertampfes hinaus sektiererhaft die Methoden der Politik und die Einschränkung des Rechts der Kritik vorzuschreiben.

Vorschläge zum neuen Parteiprogramm.

Von Heinrich Cunow.

Der durch die deutsche Revolution hervorgerufene Übergang des alten Obrigkeitsstaates mit seinem Beamten- und Polizeiregiment in einen auf dem allgemeinen Volkswillen beruhenden demokratischen Volksstaat und die in weiterer Folge sich daran anschließende Umgestaltung des inneren Staatslebens bedingen, daß auch die deutsche Sozialdemokratie in dem von ihr geplanten neuen Parteiprogramm in umfangreicherem Maße zu den Verfassungs- und Verwaltungs- sowie den inneren Organisationsfragen des Staates Stellung nehmen muß, als das im Erfurter Programm geschehen ist. Schon Friedrich Engels hat in seiner Kritik des Erfurter Programmentwurfs (1891 geschrieben, aber erst Oktober 1901 im 20. Jahrgang, 2. Band der „Neuen Zeit“ veröffentlicht) gerügt, daß die politischen Forderungen dieses Programms nicht enthalten, was „eigentlich gesagt werden sollte“, besonders fehle jede nähere Angabe über die zu erstrebende Staats- und Verfassungsform. War das schon 1891, dem Entstehungsjahr des Erfurter Parteiprogramms, unzweifelhaft ein Mangel, so noch weit mehr heute, nachdem inzwischen in Deutschland das parlamentarische System zur Herrschaft gelangt ist und der fortschreitende Revolutionierungsprozeß auch jene Klassen und Schichten, die der alte Obrigkeitsstaat von der tätigen Mitwirkung an der Staatsverwaltung ausgeschlossen hatte, zur Mitarbeit herangezogen hat. Zudem aber erfordert die große Aufgabe, die durch den Krieg in Deutschland herbeigeführten traurigen Wirtschaftszustände zu beseitigen und Deutschland wieder zu einer maßgebenden, seiner kulturellen Entwicklung entsprechenden Stellung in der Weltwirtschaft zu verhelfen, die Vereinigung der ganzen Volkskraft zu gemeinsamem Schaffen und Handeln. Zur Erreichung dieses Zweckes ist aber dringend nötig, daß die sozialdemokratische Arbeiterchaft sich weit mehr als bisher des Zusammenhanges ihrer Lebensinteressen mit dem Staatsgetriebe bewußt wird, daß sie die alte überlebte Staatsfeindschaft, die in dem Staat nur ein feindliches, energisch zu bekämpfendes Gebilde sah, aufgibt und die Demokratisierung der Staatsverwaltung als ein Mittel betrachtet, durch das sie nicht bloß zu einer mächtigeren politischen Rechtsstellung gelangt, sondern das auch allein die Gewähr für die folgerichtige Durchführung sozialistischer Einrichtungen bietet.

Noch ein anderer Grund drängt dazu, in dem neuen Programm die Stellung der Arbeiterchaft zum Staat und zu den Staatsformen näher zu präzisieren: die Bestimmung, welche jene kapitalistisch-bourgeoisierten Klassen teilhaben

auch in der deutschen Arbeiterschaft gefunden hat, daß der Übergang zur sozialistischen Gesellschaftsordnung nicht auf demokratischem Wege, also nicht vermittle der Errichtung einer allgemeinen Volksherrschaft erfolgen kann, sondern nur durch die Zerschlagung des Staates und Aufrichtung einer proletarischen Diktatur. Dieser Lehre gilt es, im neuen Programm offen das Bekenntnis zur Demokratie entgegenzusetzen und diese als jene Regierungsform zu bezeichnen, auf deren Grundlage allein die Fortentwicklung zum Sozialismus als einer organisierten Gemeinschaftsarbeit im Dienste der Gemeinschaft möglich ist.

Dieses Bekenntnis zur Demokratie steht nicht, wie die Anhänger der Diktatur in falscher Auslegung des bekannten Marxschen Ausspruches von der „Diktatur des Proletariats“ behaupten, im Gegensatz zu den beiden Altheimern des Sozialismus, zu Karl Marx und Friedrich Engels, sondern im Gegenteil: in voller Übereinstimmung mit ihrer Auffassung des Entwicklungsganges des Sozialismus. Schon in den größtenteils von ihnen verfaßten Kommissionsberichten an die sozialistische Internationale über die Treibereien Michael Bakunins und seiner „Allianz der sozialistischen Demokratien“ wenden sich Marx und Engels energisch gegen den von Bakunin vertretenen und seitdem von Lenin wieder aufgenommenen Gedanken (besonders in seiner Schrift „Staat und Revolution“), es müsse nach einer proletarischen Revolution die erste Aufgabe des in den Besitz der Macht gelangten Proletariats sein, den Staat zu zertrümmern, das heißt die Staatseinrichtungen zu zerbrechen und an die Stelle der bisherigen Regierungsform vom Proletariat erwählte oder ernannte diktatorische Ausschüsse (Räte) und Vollzugsorgane zu setzen. Auch anderswo haben beide, sowohl Marx als Engels, wiederholt die Ansicht ausgesprochen, die rein demokratische Staatsorganisation sei eine notwendige Vorbedingung für die Durchführung des Sozialismus. So heißt es zum Beispiel schon im kommunistischen Manifest:

„Wir sahen schon oben, daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erämpfung der Demokratie ist.“

Ferner sagt Engels in seiner Kritik des Erfurter Programmentwurfs („Neue Zeit“, 20. Jahrgang, 1. Band):

„Wenn etwas feststeht, so ist es das, daß unsere Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik.“

Und an anderer Stelle („Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“, 9. Kapitel: Barbarei und Zivilisation) erklärt Engels:

„... Die demokratische Republik, die in unseren modernen Gesellschaftsverhältnissen mehr und mehr unvermeidliche Notwendigkeit wird, ist die Staatsform, in der der letzte Entscheidungskampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie allein ausgetragen werden kann.“

Soll das Deutsche Reich die ihm durch den Krieg geschlagenen Wunden überwinden und sich eine bessere Zukunft im Völkersystem sichern, so muß der durch das Verfassungskonvent in Weimar begründete neue Staat weiter ausgebaut werden zu einem alle Kräfte organisatorisch zusammenfassenden sozialistischen Verwaltungsstaat. Dazu aber ist nötig, daß die Arbeiterschaft selbst mit anderen Augen den Staat betrachten lernt, die vielfach tief in ihre Reihen eingedrungene Staatsfeindschaft, das heißt die Auffassung des Staates als eine ihren Bestrebungen feindliche Macht, aufgibt und sich selbst als den Hauptträger des neuen Staatsgebildes fühlt, das nach ihren politischen und wirtschaftlichen Grundföhen auszugestalten ihre wichtigste Aufgabe ist.

Weit weniger als in den anderen großen europäischen Kulturstaaten und in der nordamerikanischen Union hat in Deutschland der nationale Staatsgedanke Wurzel geschlagen. Das erklärt sich zu einem wesentlichen Teil aus dem früheren einengenden Kleinstaaterci, der künstlichen Fädelung eines pflichtbürgerlichen selbstzufriedenen Lokalpatriotismus oder Partikularismus und den mannigfachen Stellen des ehemaligen Obrigkeit- und Polizeistaats, die sich in diesen Kleinstaaten, besonders im ostelbischen Preußen, besser als in den übrigen europäischen Kulturstaaten erhalten haben. Während diese sich aus großen bürgerlichen Revolutionen heraus zu einheitlichen Nationalstaaten entwickelten, hat Deutschland seit der Zeit des kaiserlichen Absolutismus keine eigentliche Periode eines schöpferischen staatlichen Aufbaus mehr gehabt. Der deutsche Liberalismus hat nicht wie anderswo einen mächtigen Staatsgedanken geboren, der sich in bürgerlichen Verfassungskämpfen energisch durchzusetzen vermochte. Wie er selbst nur eine Nachbildung jenes englischen und französischen Vorbildes ist, so ist er auch in seinem Verfassungsbestreben nicht über ein schwächliches Nachtröten hinter seinen Vorbildern hinausgekommen. In Deutschland, besonders in Preußen, sind die Grundpfeiler der borbolsinn-nären staatlichen Organisation: die Fundamente der Verwaltungsorganisation, des Beamtentums, des Heeres- und Erziehungswesens, meist in der Zeit der absolutistischen Gewalt gelegt worden. Umgebaut auf neuen Grundlagen wurde dies Gebäude nicht, nur im Innern ausgedehnt, durch einige Umbauten in ungefähr gleicher Stilart ergänzt und teilweise mit neuem Fassadengierat ausgestattet.

Ein eigentliches ausgeprägtes Staatsgefühl vermochte unter solchen Umständen nur in bestimmten Kreisen der Beamten- und Gelehrtenerschaft sowie in gewissen an der Staatsmacht interessierten bevorrechteten Kreisen aufzukommen, nicht in der großen Volksmasse. Die Staatsmacht wurde von dieser weit weniger als notwendige zusammenordnende und regelnde Gemeinschaftsgewalt, denn als Willkürmacht, als aufgezwungene Bevormundende Obrigkeit, gewalt empfunden.

Als Ferdinand Lassalle seine Agitation in der deutschen Arbeitererschaft begann, erkannte er mit scharfem Blick, daß es nötig sei, in der Masse das Interesse am Staat zu heben, sie für die Fragen des Staats- und Verfassungslebens zu erwärmen und sich als wichtigsten „Stand“ des Staates fühlen zu lassen, als des „Standes“ dessen geschichtliche Mission es sei, sich einst der Herrschaft im Staat zu bemächtigen und diesen als Hebel für ihre Befreiungs- und Kulturzwecke zu benützen, kurz, wie er sich philosophisch ausdrückt, das „Prinzip des Arbeiterstandes“ zum „herrschenden Prinzip“ der Gesellschaft zu machen. Er war keineswegs mit dem preussischen Staat zufrieden und forderte dessen gründliche Umgestaltung, aber als Hegelschüler sah er in dem Staat das Gefährte, durch dessen Benutzung allein die Arbeiterklasse zu dem Ziel völliger politischer Gleichberechtigung und im weiteren zur Durchsetzung ihrer sozialistisch-wirtschaftlichen Forderungen gelangen könne.

In Würdigung dieser Bedeutung des Staates für den Aufstieg der Arbeiterklasse wendet sich denn auch Lassalle gegen die englische Idee des „Kleinstaatlerstaates“, gegen jene Lehre, daß der Staat sich in das Spiel der sogenannten freien Kräfte nicht eingemischt habe. Vielmehr gilt ihm als Zweck des Staates, die „Entwicklung des Menschengeschlechts zur Freiheit zu befördern“, und er definiert daher auch in seinem am 12. April 1862 zu Berlin im Handwerkerverein der Oranienburger Vorstadt gehaltenen Vortrag den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Ge-

sichtperiode mit der Idee des Arbeiterstandes" gegeben hat, den Staatszweck in folgender Weise:

„Der Zweck des Staates ist also nicht der, dem einzelnen nur die persönliche Freiheit und das Eigentum zu sichern, mit welchem er nach der Idee der Bourgeoisie angeblich schon in den Staat eintritt; der Zweck des Staates ist vielmehr gerade der, durch diese Vereinigung die einzelnen in den Stand zu setzen, solche Zwecke, eine solche Stufe des Daseins zu erreichen, die sie als einzelne nie erreichen könnten. Sie zu befähigen, eine Summe von Bildung, Macht und Freiheit zu erlangen, die ihnen sämtlich als einzelnen schlecht hin unerreichbar wäre.“

Diese Staatsauffassung Lassalles hat jedoch damals nur in den Kreisen seiner engeren Anhängerschaft Eingang gefunden. Der größte Teil der Arbeiter wie des kleinen Mittelstandes betrachtete in der Betrachtung des Staates oberwiegend der Staatsgewalt als einer bloßen Unterdrückungs- und Zwangsgewalt, als einer feindseligen Macht. Diese Auffassung war nur zu erklärlich; denn sobald die Bismarcksche Regierung erkannte, daß sie die junge sozialistische Arbeiterbewegung nicht für ihre Zwecke auszunutzen vermochte, setzte alsbald eine wüthende Verfolgung aller Arbeiterbestrebungen, ein niederträchtiger, oft mit den kleinlichsten Gewaltmitteln geführter Polizeikampf gegen die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Verbände ein, der sich nach Einführung des Sozialistengesetzes zum gehässigsten Vernichtungskampf gegen die Arbeiterführer steigerte. Daß diese, von der Schelle vertrieben und von Ort zu Ort gehetzt, unter steter polizeilicher Ueberwachung stehend, in dem Staat, der sie als „Ausgestoßene“ behandelte, eine blutige Willkürmacht, den willkürlichen Willkür der herrschenden Massen sahen und den Staat, der sie als mit allen Mitteln niederzuhaltenden Feind betrachtete, ihrerseits ebenfalls als Feind betrachteten, ist nur allzu begreiflich; ebenso, speziell in Preußen, daß die besonderen schönen Eigenschaften des bismarckschen Polizeistaates dem Staate an sich zugeschrieben wurden, das heißt als jedem Staat, wenn auch in verschiedenem Grade anhaftende Eigenheiten betrachtet wurden, die sich aus dem Klassencharakter aller Staaten notwendig ergeben.

Die Folge war, daß in unrichtiger, einseitiger Deutung der Marx'schen Lehre vom Klassenstaat vielfach die theoretische Folgerung gezogen wurde, die Sozialdemokratie müsse nicht nur die bestehende Staats- oder Regierungsform bekämpfen, sondern den Staat an sich, ohne Rücksicht auf seine historische Entwicklungsform; denn jeder Staat sei eine auf dem Klassengegensatz beruhende Herrschaftsorganisation, jede Staatsgewalt also ein Instrument „zur Niederhaltung der einen durch die herrschenden Massen“, und da die Sozialdemokratie die Klassenherrschaft bekämpfe, müsse sie auch den Staat an sich bekämpfen. Daraus aber folge, daß sie ihm prinzipiell die Mittel zu seiner Existenz zur Aufrechterhaltung seiner Verwaltungs- und Regierungsmaschinerie verweigern müsse. Sogenannte politische Staatsnotwendigkeiten dürfe selbst die Sozialdemokratie in keinem Fall anerkennen. Alle Selbstforderungen des Staates müßten abgelehnt und deshalb alle Budgets prinzipiell verweigert werden.

Schon vor dem Sozialistengesetz hatte sich der Gothaer Kongreß auf Grund dieser unhistorisch-schematischen Staatsauffassung gegen die Uebersetzung der Privatbahnen in Staatsbesitz mit folgender Begründung ausgesprochen:

„Der Kongreß erklärt sich, dem sozialdemokratischen Programm gemäß, dafür, daß die Privatbahnen in den Besitz des Staates übergehen, da das Privatbahnsystem ein ungerechtfertigtes Monopol schafft, vermöge dessen die Eisenbahnunternehmer das Publikum nach Willkür auszunutzen vermögen.“

Andererseits ist der Kongreß überzeugt, daß die deutsche Reichsregierung, falls das Reich alle Eisenbahnen in Besitz bekäme, vornehmlich die Interessen des Klassen- und Militärstaates damit zu fördern und die Einnahmen zu unproduktiven Ausgaben zu verwenden bestrebt sein, und daß sie ein neues Übergewicht in volksfeindlichem Sinne erlangen würde, sowie daß durch Verwirklichung des Reichseisenbahnprojekts den Vörsenjobbern neue Summen von Volkseigentum zugepielt werden würden. Aus diesen Gründen kann sich der Kongreß mit dem Projekte nicht befreundet!

Mit ähnlicher Argumentation wurde auch im folgenden Jahr die angeregte Übernahme der Feuerversicherungen auf das Reich und dann während des Sozialistengesetzes die mehrfach auftauchenden Monopolprojekte abgelehnt.

Ferner wurde unbedingte Ablehnung jedes Budgets verlangt, selbst auf die Gefahr hin, daß die Ablehnung den Fortfall wichtiger, von den sozialdemokratischen Fraktionen bei der Budgetberatung mit großer Mühe erkämpften Arbeitsverordnungen zur Folge haben werde. Noch 1903 betündete Kaatsch in der „Neuen Zeit“ (26. Jahrgang, Heft 49) die Notwendigkeit der Budgetablehnung mit den Worten:

„Der Grundsatz, von dem wir in der Frage der Budgetbewilligung auszugehen haben, ist unsere Auffassung vom Staate. Wir betrachten ihn als ein Organ der Massenherrschaft, die Regierungen als die Kommiss der herrschenden Klasse. . . .

Von diesen Grundsätzen aus haben wir unsere Stellung zum Staatsbudget zu betrachten. Da der Staat eine Festung ist, die wir erobern wollen, dürfen wir ihr während der Belagerung nicht selbst Proviant zuführen, und da wir möglichst große Massen der Bevölkerung zum Sturm auf diese Festung mobil machen wollen, müssen wir alles vermeiden, was ihr den Glauben beibringen könnte, sie hätte von der jetzigen Besatzung Gutes zu erwarten. Aus beiden Gründen müssen wir den bestehenden Regierungen ausnahmslos das Budget verweigern.“

Die Landtagsfraktionen einiger süddeutschen Staaten wollten freilich die Wichtigkeit dieser Staatsauffassung nicht einsehen — was bekanntlich wiederholt zu ernststen Konflikten auf den Parteitagen führte. Doch vermochte alle staatsfeindliche Theorie nicht zu verhindern, daß — wie der Ausbruch des Weltkrieges im Jahre 1914 bewies — in der deutschen Arbeiterschaft mehr und mehr die Ueberzeugung Boden gewann, daß ihr wirtschaftliches Wohl und ihr Aufstieg zu höheren Kulturstufen eng mit der Staatsorganisation zusammenhängt und deshalb nicht jeder Staat an sich, sondern lediglich jene besonderen Staats- und Regierungsgewalten zu bekämpfen seien, die sich diesem Aufstiege hindernd in den Weg stellen.

Die Novemberrevolution des Jahres 1918 hat dann die Stellung der Sozialdemokratie zum Staat völlig verändert. Ihre Vertreter in den Ministerien und Parlamenten konnten nicht als Mitglieder einer Regierungskoalition Gesetze beschließen und Budgets verabschieden, wenn die Partei an der überlieferten Staatsfeindschaft festhalten und ausnahmslos der Regierung das Budget verweigern wollte. Selbst die Tatsache, daß auch die heutige deutsche Republik noch immer ein Klassenstaat ist und die sozialistischen Regierungsmitglieder keineswegs innerhalb der Koalition das Budget nach ihrem Belieben und nach ihren Ansichten zu gestalten vermögen, entbindet die Sozialdemokratische Partei nicht von der Verpflichtung, das von ihren Vertretern mit aufgestellte Budget anzuerkennen und anzuerkennen. Diese Verpflichtung in Verkennung der neuveränderten Sachlage verschiedentlich nicht eingesehen zu haben und wieder in die alte Haltung zurückgefallen zu sein, war

während der verfloffenen Koalitionsperiode ein böser Fehler einzelner unserer Parteiblätter.

Es scheint mir deshalb dringend nötig, im neuen Parteiprogramm der veränderten Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei zu dem inzwischen geschaffenen demokratischen Verfassungsstaat Ausdruck zu geben und ihre Forderungen an diesen Staat näher zu präzisieren, ohne deshalb in den Fehler zu verfallen, das Parteiprogramm zu sehr auszudehnen; denn Parteiprogramme sollen nicht alles enthalten, was eine Partei will und wünscht, sondern lediglich die Hauptforderungen in knapper Fassung.

Beginnen sollte meines Erachtens der politische Teil des neuen Programms mit der Forderung einer auf dem freien Volkswillen beruhenden demokratisch-sozialistischen Republik (eine Forderung, die früher schon an die Spitze der politischen Forderungen gesetzt hätte, aus Rücksicht auf die Volkseigenschaft aber unterbleiben mußte), und zwar sollte hinzugefügt werden, daß die Sozialdemokratie bei dieser Forderung von der Ansicht ausgeht, daß nur allein in einer solchen Staatsform die Vorbedingung für die Ueberführung der kapitalistischen in eine sozialistische Wirtschaftsordnung gegeben ist. Damit wäre zugleich hervorgehoben, daß erstens die Sozialdemokratie in der demokratisch-sozialistischen Republik keine Endforderung erhebt, und daß sie zweitens jede terroristische Diktatur einer Minderheit ablehnt. Liegt auch schon in den Worten „auf dem freien Volkswillen beruhend“ die Anerkennung der Notwendigkeit einer allgemeinen Teilnahme und Mitwirkung aller Staatsbürger am Staate, so kann doch in Anbetracht der Agitation für die Rätediktatur in den Arbeitermassen dieses wiederholte kräftige Bekenntnis zur Demokratie nichts schaden.

Ferner halte ich für durchaus nötig, im neuen Programm zu betonen, daß die Sozialdemokratie die Ausgestaltung der durch die Revolution geschaffenen Deutschen Republik zum Einheitsstaat fordert, aber zu einem Einheitsstaat mit freier Selbstverwaltung der in ihm vereinigten Länder, Landestheile und Gemeinden. Diese Forderung mag zurzeit nicht von allen Mitgliedern der Partei, besonders nicht in Süddeutschland und im Rheinland, gebilligt werden, da dort die partikularistische Strömung ziemlich weite Kreise erfaßt hat. Gerade deshalb erscheint mir aber die Betonung des Einheitsgedankens um so notwendiger. Die ganze Wirtschaftsentwicklung drängt zur Herausbildung von großen, denselben Rechtsbestimmungen unterliegenden, in sich zusammenhängenden staatlichen Wirtschaftskomplexen. Deshalb sehen wir auch, wie seit dem sechszehnten Jahrhundert in Europa eine klar erkennbare Tendenz der Herausbildung von Großstaaten und der Vereinheitlichung ihrer Wirtschaftsgebiete hervortritt (Fortfall der zwischen den einzelnen Ländern bestehenden Zollschranken und Gefälle, der Ein- und Ausfuhrverbote, sowie der Steuererhebungsformen, dagegen Einführung gleicher Gewichte, Maß- und Münzsysteme, gleicher Handels- und Gewerberechte, gleichartige Ausgestaltung der Verkehrswege usw.). Auch in dem 1871 begründeten neuen Deutschen Reich trat bald diese Entwicklungstendenz deutlich hervor und hat zu wiederholten Einbrüchen des Reiches in die alten Reichsvorbehaltungsgebiete der Gliedstaaten geführt. Die Kleinstaaterei hat lange Zeit die politische und wirtschaftliche Entwicklung des deutschen Volks gehindert; in der jüngsten durch den Krieg herbeigeführten, vom Willen der Entente abhängigen Lage Deutschlands würde sie sich aber geradezu als Hemmnis der wirtschaftlichen Wiederaufklärung und als Versperrung jedes Weges zur Durchgewinnung der verlorengegangenen einflußreichen Stellung nach außen erweisen. Und zu diesen Erwägungen kommt als weiteres, be-

sonders für uns als Sozialdemokraten in Betracht kommenden Moment hinzu, daß weitreichende wirtschaftliche Verstaatlichungs- und Sozialisierungsmassnahmen und damit der Uebergang zu einer sozialistischen Wirtschaftsordnung sich nicht auf kleinen, wirtschaftlich unselbständigen Gebieten durchführen lassen. Deren Wirtschaftsleben mit dem der Nachbarstaaten völlig verflochten ist. Letztere Staaterei heißt deshalb unter den historisch gegebenen Verhältnissen nichts anderes als Verzicht auf eine Fortentwicklung Deutschlands zum sozialistischen Wirtschaftsstaat.

Ich schlage deshalb vor, daß im neuen Parteiprogramm nicht nur von einer demokratisch-sozialistischen, sondern zugleich von einer „einheitlichen, unteilbaren“ Republik gesprochen wird (entsprechend dem Artikel 1 des zweiten Teils der Verfassung des französischen Nationalkonvents vom Jahre 1793: „Die französische Republik ist eine unteilbare“).

Geboten scheint mir weiter, daß unsere Partei in ihrem neuen Programm die Durchführung des parlamentarischen Regierungssystems fordert, zugleich aber, da es verschiedenartige parlamentarische Systeme gibt und in einigen parlamentarisch regierten Ländern die eigentliche Macht beim Kabinett, bei den nicht aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Ministern oder Finanzleuten liegt, hinzugefügt wird: „Kongregation aller politischen Macht in der Volksvertretung“, sowie ferner: „Volle Verantwortlichkeit des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers und der Reichsminister (der Reichs- wie der Landesminister) für ihre sämtlichen Amtshandlungen.“

Der bisherige Programmsatz: „Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung“ könnte bestehen bleiben, wäre aber hinter dem Wort „Frieden“ durch die Hinzufügung der Worte: „... sowie über den Abschluß aller Bündnisse, Verträge und Abkommen mit fremden Staaten“ zu ergänzen.

Es verlangen ist weiter die Demokratisierung der Verwaltungsinstitutionen und die rechtliche Gleichstellung beider Geschlechter sowie die Aufhebung jeglicher Vorzugs- und Standesrechte.

Der im Erfurter Programm enthaltene Satz „Erklärung der Religion zur Privatsache“, der oft zu Mißdeutungen Anlaß gegeben hat, sollte meines Erachtens durch die klarere Bestimmung „Vollständige Trennung der Kirchen und Religionsgemeinschaften vom Staat“ ersetzt und diesem Satz die Ergänzung hinzugefügt werden: „Alle kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sollen in rechtlicher Beziehung als sich selbst verwaltende Privatvereinigungen; sie verlieren daher jeden Anspruch auf Unterstützung aus öffentlichen Mitteln, erhalten aber volle Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie das Recht der ungehinderten und ungeführten Ausübung ihrer Religionshandlungen zugesichert, soweit diese nicht den allgemeinen Staatsgesetzen widersprechen.“

Wenn auch das allgemeine gleiche Stimmrecht auf der Grundlage des Verhältniswahlsystems, bereits durch den Artikel 22 der Reichsverfassung festgelegt ist, würde es meiner Ansicht nach doch ratsam sein, es nochmals unter die Forderungen unseres Parteiprogramms aufzunehmen und eine Bestimmung über das Wahlabstimmungsrecht hinzuzufügen.

Demnach würde ich vorschlagen, dem ersten Teil der politischen Forderungen des neuen Programms im wesentlichen folgende Fassung zu geben:

„Entscheidung von der Auffassung, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands die Mitwirkung aller Volksschichten erfordert und die Ueberführung der Wirtschaft in die sozialistische Wirtschaftsordnung nur auf dem Wege der demokratischen Umgestaltung möglich ist, fordert die Deutsche Sozialdemokratische Partei:

1. Eine auf dem freien Volkswillen beruhende einheitliche und unteilbare demokratische Republik mit voller Selbstverwaltung der in ihr vereinigten Länder, Landesteile und Gemeinden.

2. Vollige Durchführung des parlamentarischen Regierungssystems mit Konzentration aller Macht in der Volksvertretung und mit Verantwortlichkeit des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers und sämtlicher Ressortminister für alle ihre Amtshandlungen. Entscheidung der Volksvertretung über Krieg und Frieden sowie über den Abschluß aller Bündnisse und Verträge mit fremden Staaten.

3. Demokratisierung aller Reichs- und Landesverwaltungsinstitutionen und ihre Stellung unter die Kontrolle der Volksvertretung. Rechtliche Gleichstellung beider Geschlechter, Aufhebung jeglicher Vorzugs- und Standrechte, vollständige Gleichheit aller mündigen Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, der Herkunft, Rasse, Religion und des Berufs.

4. Vollständige Trennung der Kirche und Religionsgemeinschaften vom Staat. Alle religiösen Gemeinschaften gelten in rechtlicher Beziehung als freie, sich selbst verwaltende Privatvereinigungen; sie verlieren daher jeden Anspruch auf Unterstützung aus öffentlichen Mitteln, erhalten aber volle Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie das Recht auf unbehinderte und ungehinderte Ausübung ihrer Religionshandlungen zugesichert, soweit diese nicht den allgemeinen Staatsgesetzen widersprechen.

5. Allgemeines, gleiches, direktes Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Staatsbürger beiderlei Geschlechts nach den Grundsätzen des Verhältniswahlsystems sowie ferner Gesetzesvorschlagsrecht der Staatsbürger und Volksabstimmung über wichtige Gesetzesentwürfe und Volksvertretungsbeschlüsse.

Berlin, den 12. Juli 1920.

Gutachten zur Revision des Programms der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Von Heinrich Waentig-Salle.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands steht an einem Wendepunkt ihrer Entwicklung. Durch ihre Haltung während des Krieges hat sie die Einheit des Volkes dem Ausland gegenüber, durch ihre Haltung während der Revolution gegenüber dem Innlande die Einheit des Staates betont. In der Nationalversammlung hat sie als die bei weitem stärkste Partei unbestritten die Führung gehabt und in dieser Stellung für die Geschicke von Volk und Staat die geschichtliche Verantwortung übernommen. So ist sie, vielleicht selbst ohne es zu wollen, aus einer oppositionellen Klassenpartei zu einer aufbauenden Volkspartei geworden. Heute durch die Verhältnisse in die Opposition gedrängt, darf sie doch damit rechnen, in absehbarer Zeit aufs neue an die Spitze der Nation berufen zu werden. Sie würde in Kürze den größten Teil ihrer bisherigen Anhängererschaft verlieren, wenn nicht gar zu einer einflusslosen Sekte herabsinken, gelänge es ihr nicht, wie einst ihr altes, so auch ihr neues Dasein durch entscheidende Leistungen zu bewähren.

An den ihr gestellten, nahezu überwältigenden Aufgaben gemessen, muß ihr aus dem Jahre 1891 stammendes Programm als überholt erscheinen. Und zwar nicht etwa nur in seinem theoretischen Teile, der in einzelnen seiner wichtigsten Sätze, vom Standpunkt der heutigen Sozialwissenschaft betrachtet, gänzlich veraltet ist und der gegnerischen Kritik willkommenes Angriffsfeld bietet. So ist davon, um nur ein besonders auffallendes Beispiel her-

vorzulegen, der Eigenart der landwirtschaftlichen Entwicklung nicht genügend Rechnung getragen; und auch die gewerbliche ist teilweise anders verlaufen. Noch bedenklicher scheint mir, daß dieses sonst so umfassende Aktionsprogramm einer ausgesprochenen „sozialistischen“ Partei keine klare sozialistische Zielsetzung enthält. Die Gründe hierfür sind ja bekannt; sie sind heute jedoch zum größten Teile hinweggefallen. Es muß berechtigtes Mißtrauen in ihre Leistungsfähigkeit bei den Schwankenden, in den bürgerlichen Kreisen Spott und Hohn erregen, wenn sie mit ihren konkreten Forderungen in dieser Richtung auch jetzt noch hinter dem Berge hält.

Mag der wirtschaftliche Wiederaufbau des niedergebroschenen Deutschlands vorläufig nur auf kapitalistischer Grundlage möglich sein, so wäre doch insofern schon jetzt genauer zu bestimmen, wohin denn eigentlich die Reise geht. Dies kann um so eher geschehen, als schon die Durchführung des Friedensvertrages zu einer „Planwirtschaft“ drängt, die schrittweise zu einer „Bedarfsdeckungswirtschaft“ umgestaltet wäre. Diesen Prozeß latentlos dem hohen Mechanismus der wirtschaftlichen Entwicklung zu überlassen, könnte sich bitter rächen, zumal man auf kapitalistischer Seite durchaus nicht gesonnen ist, dem Lauf der Dinge mit beschränkten Armen zuzusehen. Zur Einzelnen zu erklären, inwiefern ein positives Eingreifen schon heute geboten und demgemäß auch programmatisch festzulegen wäre, möchte ich hier Verursachern überlassen. Nur zu einem wichtigen Punkt will ich persönlich Stellung nehmen.

Der moderne Kapitalismus, das wird so oft übersehen, bedeutet vor allen Dingen Kommerzialisierung, will sagen die Durchdringung der gesamten Volkswirtschaft mit der zunächst auf dem Boden des Handels erwachsenen und dort beherrschten Wirtschaftsprinzipien. Alle Sozialisierung, alle gemeinwirtschaftliche Organisation des Produktionsprozesses steht demgegenüber eine entsprechende Umgestaltung der Absatzverhältnisse voraus. Nur wo die Unsicherheit der marktmäßigen Gütererzeugung mit ihrem Mißsto ausgeschaltet, der Absatz nach Art und Größe im wesentlichen stabilisiert, eine leidliche Bedarfsdeckung im großen gesichert ist, kann mit Aussicht auf dauernden Erfolg an den Erfolg der kapitalistischen durch eine sozialistische Produktionsweise gedacht werden.

Diese Voraussetzung ist erfüllt, wo früher selbständige Unternehmungen durch Kartellierung, Syndizierung, Vertrustung zu neuen Betriebseinheiten zusammengefaßt worden sind; wo der Massenkonsum am Ort erzeugter Güter, wie Wasser, Gas, Elektrizität, Transportleistungen in Großstädten, sprechend gewachsen ist; wo endlich die Verbraucher selbst als Masse sich zum gemeinsamen Bezug gewisser Bedarfsartikel zu Genossenschaften, so besonders auf dem Lande, zu Konsumvereinen, so besonders in den Städten, zusammengeschlossen haben, welche schließlich auch die gemeinwirtschaftliche Herstellung solcher Güter übernehmen können.

Trotz alles landläufigen sozialistischen Gerede, steht Deutschland — man blide z. B. nur auf Belgien — in dieser letzteren Hinsicht weit hinter den meisten anderen Ländern zurück. Ist wirklich alles geschehen, um die Arbeitermassen darüber aufzuklären, daß sie es in der Hand haben, durch organisierte Selbsttätigkeit die Sozialisierung des Produktionsprozesses wirksam durchzusetzen? Ich bezweifle in dem bisherigen Programm der Sozialdemokratischen Partei jegliche Hindeutung auf diese wahrhaft grundlegende Aktion. In diesem Punkte mußte schärfste Arbeit geschaffen werden. Aber auch aus einem anderen Grunde wäre dies erwünscht.

Niemand kann, besonders angesichts der in England gemachten Erfolge, im Zweifel darüber sein, daß alle Sozialisierung ein Schlag ins Wasser ist, solange die Masse der Bevölkerung von kapitalistischer Geistes-

erfüllt bleibt. „Höchster Idealismus im Interesse der Allgemeinheit, strengste Selbstdisziplin, wahrer Bürgerinn der Massen“ sind für die sozialistische Gesellschaft der Zukunft die unerlässliche moralische Grundlage. Niemals werden die Proletarier „aus toten Maschinen, die der Kapitalist an den Produktionsprozeß stellt, zu denkenden, freien, selbsttätigen Denkern dieses Prozesses“ werden, solange sie nicht „das Verantwortlichkeitsgefühl wirkender Glieder der Allgemeinheit“ erworben haben, solange sie nicht gelernt, „Gleich ohne Unternehmerruppische, höchste Leistung ohne kapitalistische Antriebe, Disziplin ohne Zwang und Ordnung ohne Herrschaft“ zu entfalten.

Wie unendlich weit wir noch in Deutschland von einem solchen Zustand entfernt sind, hat die jüngste Entwicklung in beschränkter Weise gezeigt. Ihm die Werte haben auf dem Boden der „Arbeitsgemeinschaften“ die Arbeiter mit den Unternehmern der Masse der Verbraucher das Geiß über die Öfen gezogen. Ist der kapitalistische Massenbetrieb wirklich der geeignete Ort, um jene menschlichen Eigenschaften zur Entfaltung zu bringen? Vielleicht wäre gerade der Ausbau des Konsumvereinswesens das geeignete Mittel, um zugleich mit der menschlichen Vorbedingung für die Ausdehnung gemeinschaftlicher Produktion den Boden zu schaffen, auf dem, zusammen mit allen jenen sozialistischen Bürgertendenzen, die Kenntnisse und Fähigkeiten zur Leitung sozialistischer Betriebe durch eigene Erfahrung und eigene Betätigung zunächst im Kleinen erworben werden könnten. Das Maß ihres Fortschrittes wäre geradezu ein objektiver Gradmesser dafür, wie weit wir in dieser Hinsicht tatsächlich sind.

Wie immer, solange wir infolge des Vertrages von Versailles wirtschaftlich nicht Herren im eigenen Hause sind, werden uns bei der Lösung der Fragen der Sozialisierung die Hände gebunden sein. Frei sind wir nur auf dem Felde der Demokratie. Ist hier alles geschehen, um die Versäumnisse des Oberrichts Staates nachzuholen? Sind zum mindesten alle wichtigen Forderungen programmatisch formuliert?

Unsere Rechtspflege, keineswegs etwa nur die militärische, erfährt tagtäglich die schärfste Kritik. Und das ist keineswegs eine neue Erscheinung. Leider lehre eine objektive Betrachtung, heißt es in einem vor einer Reihe von Jahren veröffentlichten Aufsatz des damaligen vortragenden Rates im preussischen Justizministerium, Herrn Bierhaus, ein Bild in die Tagespresse und in die stenographischen Berichte über parlamentarische Verhandlungen, das das Vertrauen in die Rechtspflege, der Glaube auf die Gerichte in starkem Maße abgenommen haben. Möge die Leidenschaft des Zeitalters auch an solchen Äußerungen der Unzufriedenheit ihr gutes Teil haben, objektiv sei die Tatsache nicht zu leugnen. Dieser fragwürdigen Leistung stehe gegenüber eine wahre Verschwendung, ein Uebermaß an Verbrauch teurer Richterkräfte, wie sie in der Ausdehnung des Kollegialprozesses und der überflüssigen Besetzung der Gerichte in der Rechtsmittelinstanz vorhanden seien. Darf sich ein Staat in unserer heutigen finanziellen Lage diesen sogar völlig unfruchtbaren Luxus noch leisten?

In einer am 30. März 1906 im preussischen Herrenhause gehaltenen Rede des damaligen Oberbürgermeisters Abides wurde an jene Äußerungen angeknüpft. Auf die entsprechenden Zustände in den englischen Ländern verweisend hat er schon damals eine Reorganisation unserer gesamten Rechtspflege gefordert. Daß das Richteramt bei vielen eine Beamtenkarriere sei, darin liege der Hauptfehler unserer Einrichtungen, und man komme ferner Ueberzeugungen nach auch nicht weiter, bis dieses System von Grund aus beseitigt sei. Im einzelnen hat er dann die folgenden Forderungen aufgestellt: der Amtsrichter, der zu zwei, Dreizehn oder drei Vierteln Verwaltungsgeschäfte zu führen habe, daneben in der freiwilligen Gerichtsbarkeit kabinettliche

Funktionen ausübe und nur zu einem kleinen Teil die eigentlich richterliche, die rechtssprechende Tätigkeit, müsse grundsätzlich ganz anders behandelt werden als diejenigen Organe, denen die rechtssprechende Tätigkeit ausschließlich übertragen sei. Es ergebe sich daher von selbst die folgende Scheidung: Die Beamtenkarriere mit Direktoren- und Präsidentenstellen im Anschluß an die amtsrichterliche Tätigkeit; dagegen Ausschluß jeder Beamtenkarriere für die ihrer Zahl nach mit allen Mitteln zu verringenden Stellen der Richter an den Land- und Oberlandesgerichten. In diese Stellen seien ausschließlich lebenskundige und rechtsverfahrene Männer zu berufen und zugleich mit hohen Gehältern anzustellen. Danach hätten an Stelle der Zivilkammern Einzelsrichter zu treten, und es wäre auch die Zahl der Richter in den Senaten der Oberlandesgerichte und des Reichsgerichtes entsprechend herabzusetzen. Zur Entlastung der Richter von allseits Kleinram wären ihnen endlich Hilfsbeamte mit Richterqualifikation beigegeben.

Zur näheren Begründung seiner Vorschläge, denen ich mich grundsätzlich anschließe, weist Herr Widder vor allem darauf hin, daß es völlig unmöglich sei, für die immer wachsende Zahl von Richterstellen hochqualifizierte Kräfte zu finden. Schon dieser Umstand dränge das Ansehen der Rechtspflege herab. Man vergleiche die geradezu souveräne, von keiner Seite angegriffene Stellung des englischen Richters, wie sie von Prof. Wendelsjohn-Bartholdy in seinem Buche „Das Imperium des Richters“ beleuchtet worden ist, mit unseren unhaltbaren Zuständen, und man wird nicht umhin können, sich mit größter Energie für eine baldige Reform in dem angeedeuteten Sinne einzusetzen. Sie ist um so dringender, als ganz besonders in Preußen, das Studium der Rechte an den Universitäten im argen liegt. Man kann in dieser Hinsicht ohne jede Übertreibung von einem Scheinstudium reden, das durch eine völlig veraltete Prüfungsordnung begünstigt wird. Auch die Klagen hierüber reichen weit in die Vergangenheit zurück, ohne daß selbst in allernuester Zeit irgendwelche Entscheidendes zur Besehung der von den höchsten Autoritäten gestützten Mißstände geschehen wäre.

Schon im Jahre 1886 hatte der kürzlich verstorbene Professor des Strafrechts, Franz von Liszt, damals in Marburg, in feierlicher Rektoratsrede von dem „offenkundigen Skandal der Prüfungen“, von dem „stetig abnehmenden Fleiß der Studierenden in dem Besuch der juristischen Vorlesungen“ von der „geradezu erschreckenden Unwissenheit der Examenskandidaten“ gesprochen; Uebel, für die er in erster Linie die geltende Prüfungsordnung verantwortlich machte. „Ohne alle gründliche Sachkenntnis; mit den kümmerlichen Resten der vom Gymnasium herübergeretteten allgemeinen Bildung; ohne jede Liebe zur Wissenschaft, auf die sie als graue, im Examen nur hinderliche Theorie herabzudenken; ohne jede Anhänglichkeit an den Lehrer, den sie höchstens nur zweimal im Semester bei der Uebereichung der Anmeldebücher zu Gesicht bekommen haben; ohne Verständnis und damit ohne jede Vorbereitung für die großen, unser Volk bewegenden Zeitfragen; Philister, trotz des dreifarbigen Bandes, dem Handwerkergeist rettungslos anheimgefallen — so verhält die Mehrzahl unserer jungen Juristen den Tempel der Wissenschaft, den sie lebhaft um ein notwendiges Examen bemüht, zur Kramerbude gekommen haben.“ Das sei der Stoff, aus dem Preußen seine Richter, seine Verordnungsbeamten mache; das seien die Männer, aus denen das deutsche Volk die künftigen Führer in dem Kampfe des öffentlichen Lebens ernennen solle. Ein Jahr darauf hatte dann Rudolf Goldschmidt, eine der Kapazitäten der Berliner Rechtswissenschaft, in einer umfassenden „Rechtsstudium und Prüfungsordnung“ denselben Stoff in der gleichen Weise gesehen und auf Grund des ungenügenden Sachkenntnis die vernünftige Behauptung aufgestellt,

daß die bestehenden Einrichtungen und deren Handhabung eine „auch nicht annähernde Garantie“ gewährten, daß der Staat, und daß die Bevölkerung auf tüchtige Beamte und Anwälte rechnen könnten. Auf eine Besserung sei leider nicht zu hoffen, solange unter einem großen und sehr einflussreichen Teile der preussischen Richter, Anwälte und hohen Verwaltungsbeamten „eine beinahe gänzliche Verachtung der Rechtswissenschaft und vornehmlich der Staatswissenschaften, eine blinde Vergötterung der bloßen Routine, des geistlosesten Mechanismus, des juristischen und administrativen Samaschendienstes“ herrschten.

Was bedeutete in der Tat der gelinde Zwang zur Beteiligung an praktischen Übungen, zu dem man sich nach langem Zögern entschloß; was der Zwang zur Anfertigung kleinerer schriftlicher Arbeiten, deren Herkunft immer fragwürdig blieb; wenn die das akademische Studium abschließende erste Staatsprüfung ihrem Wesen nach unverändert blieb? „Abgehalten von einer ganz ungenügend zusammengesetzten Kommission, alle nicht privatrechtlichen Fächer auf jede nur denkbare Weise in den Hintergrund drängend, eine Prüfung für Dummheit und Denkfaulheit, ein Hemmschuh für fleißige und ernste Arbeit“, wie Professor von Buzi sie gekennzeichnet hatte. Um dieses Scheingamens zu bestehen, genügen selbst für den mäßig Begabten zwei Semester „Repetitorium“. Schönrednerisch so genannt, obwohl nichts da ist, was wiederholt werden könnte, wie Professor Bittelmann noch 1909 in einer „Die Vorbildung der Juristen“ betitelten Broschüre richtig gesagt hat.

Wirklich ist der gegenwärtige Zustand als völlig unhaltbar zu betrachten: auf der einen Seite mit großem Geldaufwand erhaltene und mit Lehrmonopol ausgestattete staatliche Lehranstalten, die nicht benutzt werden; auf der anderen Seite staatlich nicht anerkannte, außerhalb der Universität stehende Vorbereitungskurse, in denen die jungen Juristen ihre Bildung suchen. Sehe man diese Tatsache mit entschlossenem Willen zur Klarheit an, so müsse man, betont Professor Bittelmann, zu der Alternative kommen: „Entweder geht es auch auf diese Weise — dann sind die juristischen Fakultäten als Lehranstalten entbehrlich, der Geldaufwand für sie läßt sich sparen, und sie sollten als Lehranstalten sobald wie möglich aufgehoben werden; oder die theoretische Vorbereitung unserer Juristen ist mangelhaft — dann müssen Mittel und Wege gefunden werden, sie zu bessern.“

Daß sich dieses alte Unterrichtssystem nicht aufrechterhalten läßt, dem haben sich auch die deutschen Rechtsfakultäten nicht verschlossen. Ihre auf Vertreiben der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Halle-Wittenberg am 11. und 12. April dieses Jahres zu Halle tagende Konferenz hat es ausdrücklich „als eine Forderung der Zeit“ bezeichnet, „die Juristen mehr als bisher mit sozialem und wissenschaftlichem Verständnis zu erfüllen“, und dementsprechend „auch von den Juristen ein gründlicheres Studium der Staats-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zu verlangen“. Dagegen blieb die Frage, ob mit Rücksicht auf diese unerläßliche Erweiterung des Lehrstoffes die erste juristische Prüfung geleistet werden sollte, unbeantwortet. Nur war man sich im allgemeinen klar darüber, daß die gleichzeitige Beherrschung dieses ungeheuren Wissensgebiets im Examen von einem Kandidaten mittlerer Begabung nicht gefordert werden könne; das Festhalten an der Einheitsprüfung aber wegen der damit erfahrungsgemäß verbundenen Vernachlässigung der Staats-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zu einer Lücke zwischen der Ausbildung der Richter und derjenigen der Verwaltungsbeamten schon auf der Universität führen möchte.

In der Tat ist das die einzig sachgemäße Lösung. Wer wirklich einsieht, daß die verwaltende Tätigkeit nur zu einem Teile in der Ausführung von Gesetzen besteht, zu einem anderen und sehr beträchtlichen dagegen sich außerhalb

des von den Gesetzen und Staatsverträgen eingeschränkten Spielraums bewegt und bewegen muß, der wird sich hüten müssen, den Schwerpunkt für die Ausbildung der Beamten des inneren und äußeren Verwaltungsdienstes in ein Studium zu verlegen, das vielfach — man denke nur an gewisse Teile der bürgerlichen Richter mit ihrem ganzen, breiten, römisch-rechtlichen Unterbau, das Strafrecht, das Prozeßrecht, das Konkursrecht usw. — zu ihrer künftigen Befähigung in gar keiner Beziehung steht.

Aber auch ganz im allgemeinen hat die einseitige Schulung in juristischem Denken auf die innere Verwaltungspraxis wie auf die Diplomatie einen verhängnisvollen Einfluß ausgeübt. Anstatt nämlich in der für diese Berufe bestimmten Jugend die persönliche Initiative erzieherisch zu entwickeln, gähnte sie Menschen, die jeglichen mit gebundener Marschroute an des öffentlichen Leben heranzutreten, weil sie in allen seinen Erscheinungen instinktiv ebenso viele juristische „Fälle“ wahrnahmen. Männer entstanden so, die ihrer ganzen seelischen Einstellung nach geneigt sein mußten, wie der Anwalt die Klienten, wie der Richter die Parteien, so auch in der inneren und äußeren Verwaltung Menschen und Dinge abwartend an sich herankommen zu lassen; die ihre berufliche Aufgabe schon befriedigend zu lösen glaubten, wenn sie des Tages pulsierende Ströme in rechtlich geordneten Bahnen hielten; die wohl gar in den Spinnweben juristischer Bedenken hängenblieben, wo der Lauf der übersteigenden Ereignisse sie zu entschlossenem Handeln hätte zwingen sollen.

Dabei mangelte ihnen dann womöglich auch noch die notwendige Sachkenntnis. Es fehlt unserer Finanzverwaltung an der finanzwissenschaftlichen Einsicht, erklärte in der Herrenhaus-Sitzung vom 30. Mai 1910 gelegentlich der Vortragsdebatte über den Etat Herr von Koller. Vor dreißig Jahren sei die Ordnung der preussischen Finanzen eine einfache Ausübung der gewöhnlichen Funktionen der Staatsverwaltung gewesen. Seit der Verstaatlichung der Bahnen aber werde hier das größte industrielle Unternehmen der ganzen Welt geführt. Technisch geschehe das seit einigen Jahren ausgezeichnet; finanziell aber habe es damit „allerdings bedenklich gehapert“. Und zwar deshalb, weil man „trotz ungeheuren Fleißes, trotz allerbesten Absicht“ nicht verstanden habe, wie ein derartiges ungeheures Geschäft finanziell geführt werden müsse. Dazu fehle es an der allgemeinen nationalökonomischen Schulung. Im Januar 1907 habe der Herr Finanzminister — damals Herr von Rheinbaben — in der Reichstagsdebatte die Aussichten als „günstige, recht günstige“ bezeichnet. Tatsächlich habe jeder Kenner die Segel gerissen; und in der Tat habe das Jahr 1907 die schlimmste wirtschaftliche Krise gesehen, die jemals über die Welt gegangen sei. Im Januar 1909 und auch im laufenden Jahre habe derselbe Herr Finanzminister die Lage als „ernst“ bezeichnet. Tatsächlich befinde man sich im Beginn einer günstigen Konjunktur, die leider wohl verschwunden sein werde, bis die Finanzverwaltung das eingesehen habe. Könne man unter solchen Umständen eine richtige Anleihepolitik betreiben? Gewiß, unsere Finanzverwaltung habe „den allerbesten Willen und die allerredlichste Absicht“, nur — verstehe sie leider die Sache nicht.

Wenn wie in der inneren Verwaltung, ja, aber noch schlimmer, steht es in der auswärtigen Dienst. Vielen, man kann wohl sagen, den meisten seiner Vertreter fehlt jede nationalökonomische und finanzwissenschaftliche Vorbildung. Vier Jahre habe ich in Tokio, dreieinhalb in Brüssel für an für die deutsche Diplomatie genötigt und meine schlimmsten Befürchtungen noch über mich ergehen lassen. Was können die Angliederung einiger sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Kurse an das juristische Studium allenfalls genügen, die Richter und Beamten für ihre neuen Aufgaben mit dem nötigen Rüstzeug auszurüsten, für die künftigen Beamten der inneren und äußeren Verwaltung

ist diese Reform schlechterdings ungenügend. Die Diktatur des Juristentums muß hier gebrochen, das ganze Erziehungssystem von unten her neu aufgebaut werden, ein System, in dem die Jurisprudenz dieselbe subalterne Stellung zu erhalten hätte, wie bei der Ausbildung der Juristen die Sozialökonomik. Dazu bedarf es freilich besonderer Organe, wie Friedrich List bereits vor hundert Jahren überzeugend dargelegt hat.

Schon deshalb war die seit den neunziger Jahren bei der Mehrheit der preussischen Universitäten durchgeführte Verlegung der Nationalökonomie in die Rechtsfakultäten als „sozialpolitische Korrekturen“ für „Rechtssozialisten“ ein verfehlter Schritt. Die Errichtung besonderer staatswirtschaftlicher oder staatswissenschaftlicher Fakultäten, wie sie in Königsberg und München schon vor dem Kriege bestanden haben, neuerdings in moderner Form auch in Frankfurt und Köln gegründet worden sind, wäre schon damals weit zeitgemäßer gewesen. Sie ist erst jüngst wieder auch von studentischer Seite gefordert worden. Ihnen sollte dann, wie das auf meinen Vorschlag hin auch in Japan tatsächlich geschehen ist, die Heranbildung einer neuen Generation wissenschaftlich durchgebildeter Verwaltungsbeamten übertragen werden. Denn „durch eine politische Fakultät“, sagt Friedrich List, „erhält der Studierende eine philosophische Anschauung von dem ganzen Gebäude des Staates; er lernt alle einzelnen Fächer desselben wissenschaftlich erkennen, und tritt also schon als ausgebildeter Staatsmann ins wirkliche Leben. Seine heilige Eher vor dem „Vorgang“ ist verschwunden; denn er handelt nur nach den Grundsätzen seiner Wissenschaft.“

Aber auch damit ist es noch nicht genug. An den technischen Hochschulen sind die Sozialwissenschaften zunächst sehr lückenhaft vertreten; oder, was noch schlimmer ist, in der Schlussprüfung spielen diese Fächer eine ganz untergeordnete Rolle. Kein Wunder, daß die künftigen Techniker, Ingenieure, Chemiker usw., die dazu bestimmt sind, den Stab unserer großen Unternehmungen zu bilden, von ihren gewaltigen sozialpolitischen Aufgaben in der Gegenwart, geschweige denn von denen, die ihrer im Zeitalter der Sozialisierung warten, keine Ahnung haben. Sie werden heute zu geistigen Werkzeugen des Kapitalismus herangezogen, vielfach unter bewußter Anteilnahme der Vertreter der technischen Fächer. Auch hier muß energisch durchgegriffen, die sozialwissenschaftliche Durchbildung dieser eminent wichtigen Gruppe wirtschaftlicher Kopfarbeiter durch eine Neuordnung ihres Bildungsganges und eine entsprechende Neuordnung der von ihnen abzulegenden Schlussprüfung erzwungen werden, wenn nicht die Fortentwicklung unseres Wirtschaftslebens in sozialdemokratischem Sinne unterbunden werden soll.

Dennach wäre das Parteiprogramm in folgender Hinsicht zu revidieren:

1. Die theoretische Grundlage wäre namentlich unter Berücksichtigung der Daten der internationalen Wirtschafts- und Finanzstatistik dem heutigen Stande der Wissenschaft anzupassen.

2. Unter die praktischen Forderungen wären die folgenden aufzunehmen:

a) Planmäßiger Ausbau der Konsumvereine als sachlicher Vorbedingung für die Durchführung gemeinschaftlicher Produktionsweise auf dem Gebiete der gespaltenen Herstellung genußreicher Güter, als geistig-sittlicher Vorstufe für die künftigen Organe der wirtschaftlichen Selbstverwaltung.

b) Neuorganisation der gesamten Rechtsorgane zur Gewinnung des geschwundenen Vertrauens zur Justiz wie der gesellschaftlichen Stellung des Richter- und Anwaltsstandes, und zwar unter scharfer Scheidung zwischen einer auf der amtlichen Tätigkeit aufbauenden Justizbeamtenkarriere und der Aufbau der lediglich nach ihrer spezifischen Befähigung unter den Anwälten, Universitätslehrern, Justizbeamten auszuwählenden und von allen nicht recht-

stehenden Funktionen zu befreienden höheren Richter bei gleichzeitiger möglichster Verringerung dieser Richterstellen. Streng wissenschaftliche Gestaltung des nach der sozialwissenschaftlichen Seite hin auszubauenden akademischen Rechtsstudiums unter Neuordnung der Prüfungsordnung.

c) Reorganisation der gesamten inneren Verwaltung und der Diplomatie, und zwar auf der Grundlage einer durchgreifenden Neugestaltung der zur Vorbereitung auf jenen Beruf bestimmten Universitätsrichtungen durch Begründung selbständiger sozialwissenschaftlicher Fakultäten, denen die akademische Ausbildung dieser Beamten zu übertragen wäre. Zweckmäßige Neuordnung dieses Studiums unter bewusster Betonung der soziologischen, politischen und ökonomischen Disziplinen und entsprechender Zurückdrängung der bisher einseitig vorherrschenden juristischen Lehrtächer. Strengste Auslese der für den zukünftigen Dienst bestimmten Elemente, ohne jede Rücksicht auf ihre Herkunft und ausreichende Besoldung auch schon der untersten Stellen.

d) Neuordnung des Bildungsganges der Techniker, Ingenieure, Chemiker usw. an Universitäten und technischen Hochschulen in der Richtung einer ergänzenden Durchbildung der künftigen Glieder des wirtschaftlichen Generalstabes auf dem Gebiete der Sozialwissenschaften, unter gleichzeitiger Neuordnung der Prüfungsordnung.

Die Sozialisierung.

Von Robert Schacht.

Während der erste Teil des Erfurter Programms eine kritische Betrachtung der kapitalistischen Entwicklung mit seinen politischen Begleiterscheinungen enthält und in dem Schlussresultat die ökonomische Umgestaltung zu einer sozialistischen Produktionsform andeutet, beschäftigt sich der zweite Teil mit den Forderungen, die innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft von der Arbeiterklasse erhoben werden müssen. Die Sozialisierung, über die so viel gesprochen wird, unter der Bezeichnung man gegenwärtig alle Projekte summieren kann, die mit einer wirtschaftspolitischen Neugestaltung die Beseitigung unseres Wirtschaftslebens heilen wollen, hat in der heutigen Vielgestaltigkeit keine Erwähnung im Programm erfahren. Wendet man sich zu den sozialpolitischen Forderungen, die mit den Sozialisierungsbestrebungen in einem gewissen Zusammenhang stehen, so werden sie in ihrer Aufzählung nicht mehr befriedigen. Das sozialistische Programm ist in diesem Teil seit langem veraltet, man hat über die gewiß sehr wichtigen sozialen Probleme: Achtstundentag, Arbeiterchutz, Arbeiterversicherung, Arbeitskammern, Streikarbeitsamt, Fabrikinspektion nicht hinausgekommen und ließ die weitergehenden Forderungen, die die Partei im Strafe ihrer parlamentarischen Tätigkeit gezogen hatte, im Programm unbeachtet. Manche Forderungen sind in der kurzen Zeit nach der Revolution erfüllt, sie haben nicht mehr die Bedeutung wie ehemals, so werden nicht selten von den radikalen Wortführern in der Partei und der Gesellschaft als minderwertig beiseite geschoben. In ruhigeren Zeiten wird die Berücksichtigung wieder wachsen.

In dieser Erwiderung des Themas habe ich nicht die Absicht, mich über die sozialpolitischen Forderungen eingehend zu äußern, sondern bloß über den ersten Teil des Programms, über die wirtschaftlichen Probleme, die nunmehr unter dem Stichwort Sozialisierung zusammengefaßt. Das Programm hat sich auf den Grund und Boden wie die gesamten Produktionsmittel zu beziehen, darin schließt es die Möglichkeit, die Produktion der Güter die politische Unterordnung der von dem Volk getrennt. Es ist

mithin die Umwandlung des Besitzes an Grund und Boden und der Produktionsmittel in gesellschaftlichen Besitz notwendig, denn damit wird der Ausbeutung, die das Privatkapital betreibt, gegenüber dem vom Besitz Getrennten die Grundlage entzogen.

Im Programm ist der Übergang aus der privatwirtschaftlichen in die gemeinwirtschaftliche Produktionsweise unerörtert geblieben: es eine Übergangszeit von der Partei für die Realisierung dieser vollständigen ökonomischen Umwälzung ins Auge zu fassen ist und was für diese Zeit an Maßnahmen in Aussicht zu nehmen seien. Auch die Erläuterungen zum Programm haben sich wenig mit diesem Problem beschäftigt. Als seinerzeit von den Gegnern scharf die Schilderung des Ausbaus des Zukunftsstaates verlangt wurde, entgegneten wir ruhig und gelassen, es wäre töricht, sich nun schon den Kopf zu zerbrechen über alle Einzelheiten des künftigen Wirtschafts- und Staatsgebildes; grundsätzlich steht unser Ziel fest, die Verwirklichung wird vom Stande der ökonomischen Entwicklung abhängen und den Umständen angepasst werden, unter denen die Sozialdemokratische Partei zur Herrschaft gelangt. Erklär haben dann einige Parteigenossen, u. a. Kautsky, doch versucht darzulegen, wie im einzelnen dieser Teil des Programms durchzuführen ist, aber eintönig hat sich die Parteianhängerschaft mit diesen Problemen nicht befaßt. Die gegenwärtige Zeit hat hieran nichts geändert, desto größer war die Enttäuschung, daß unsere Zeit noch nicht zu der im Programm geschilderten wachsenden Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit und damit für die bisher ausgebeuteten Massen zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommenung geworden ist. Die meisten haben wohl in der Vorstellung die gesteigerte Wohlfahrt in ihren Zukunftshoffnungen eingestellt, aber nicht die Voraussetzung der wachsenden Ertragsfähigkeit der Arbeit. Deshalb fehlt auch nicht die Enttäuschung in den bisher sozialisierten Betrieben. Bei richtiger Würdigung der Darstellung im Programm kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die Voraussetzung für die gesteigerte Wohlfahrt, die wachsende Ertragsfähigkeit der Arbeit erst nach geraumer Entwicklung in der sozialistischen Gesellschaftsordnung eintreten kann. Die Sozialisierung des einzelnen Betriebes ändert wenig an dem Allgemeinzustand. Deshalb macht man sich auch von einer unmittelbaren Überführung der kapitalistischen Produktion in eine Warenproduktion, für und durch die Gesellschaft betrieben, eine durchaus irrige Vorstellung über die ökonomische Wirkung auf das gesellschaftliche Wohlergehen; zumal wenn die Ertragsfähigkeit der Arbeit wie gegenwärtig sinkt.

Die sozialistische Theorie versteht unter erhöhter Ertragsfähigkeit der Arbeit eine auf höchster technischer Stufenleiter entwickelte Produktion durch Ausnutzung maschineller Hilfsmittel, Organisation des Betriebes, Ausschaltung der Zwischenglieder des Handels, eine Steigerung der Warenproduktion, die nicht auf vermehrte Ausnutzung der menschlichen Arbeitsleistung, sondern auf angewandte Technik und Organisation beruht. Diese gesteigerte Warenproduktion kommt der Gesellschaft zugute, weil die private Ausbeutung ausgeschaltet wird. Diese Erhöhung der Produktion ist nicht unmittelbar zu erzielen, sondern erst im langen Zeitraum der Entwicklung, in dem die Umstellung der Produktion vor sich gehen kann.

Wenn heute vielfach die Meinung verbreitet ist, daß mit der Überführung in gesellschaftlichen Besitz bei der Erlassung des vollen Arbeitsertrags für den Arbeiter die Lohnfrage eine befriedigende Lösung findet, so wird das Verhältnis von Lohn und Unternehmergewinn vollkommen verkannt. Die bloße Aufhebung des Unternehmergewinns würde nur eine ganz unbedeutende Erhöhung des Lohnes ergeben; bei jeder Steigerung des Lohnes tritt aber fast

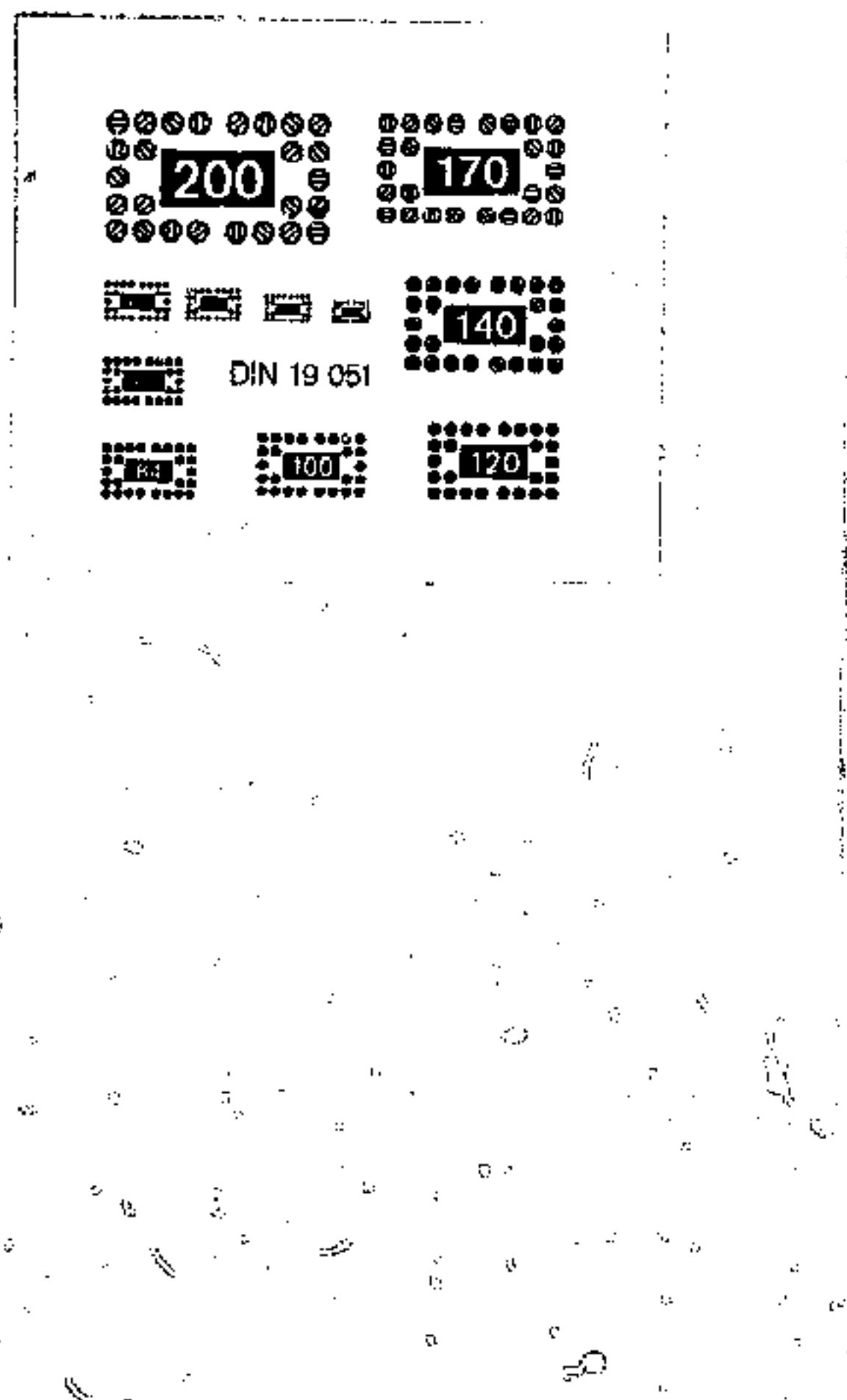
automatisch die Erhöhung des Warenpreises ein. Natürlich kann immer ein höherer Unternehmergewinn durch starke Konkurrenz auf dem Warenmarkt und durch entschiedenes Eingreifen der Gewerkschaft gemindert werden, aber die Spannung bleibt, abgesehen von besonderen Ausnahmen, verhältnismäßig gering. In dem weiteren Fortschritt der Ablösung des privaten Kapitals kommt allerdings für die Preis- und Lohnbildung stark entlastend hinzu die Senkung und schließlich Aufhebung der Zinsrate des Kapitalanteils, der sich als spekulativer nicht werbender Faktor in das Unternehmen drängt. Rasant werden nur die tatsächlich aufgewendeten Kapitaleien einen begrenzten Anteil am Ertrag des Unternehmens haben.

Nähezu alle Projekte der sogenannten Sozialisierung: Planwirtschaft, Gemeinwirtschaft, Trust, landwirtschaftliche Siedlung und wie alle Vorschläge lauten, sind nur Spielarten von Reformen, die das kapitalistische System grundsätzlich nicht aufheben, aber für die Übergangswirtschaft manches Annehmliche enthalten, einen gewissen Einfluß der Arbeiterschaft im kapitalistischen Produktionsprozeß sichern, im Endergebnis indes auf eine Verteilung des Produktionsertrags in Arbeitslohn und Unternehmergewinn hinauskommen.

Die Aufhebung der privatkapitalistischen Produktionsweise kann nur durchgeführt werden mit einer Enteignung von privatem Besitz an Produktionsmitteln, Überführung in den Besitz der Gesamtheit und Beseitigung der privaten Ausbeutung. Deshalb ist der staatliche Betrieb, das Unternehmen in Verwaltung der Kommune die vollkommenste Form der Umgestaltung der privatkapitalistischen Produktionsweise.

Der Einwand, daß nur die private Initiative des Unternehmens auf der Höhe halten und weiter entwickeln kann, ist ein altes Erbstück der Manchestertheorie, ein Schlagwort der Vertreter der freien Wirtschaft. Daß diese Ansicht der liberalen Wirtschaftstheoretiker heute in sozialdemokratischen Kreisen Eingang findet, ist auf eine kurzfristige Beurteilung der Ursachen des ungünstigen Standes der Staats- und kommunalen Betriebe zurückzuführen. Wenn heute in diesen Betrieben mehr Angelegte und Arbeiter Aufnahme fanden, als bei voller Arbeitsleistung notwendig ist, so beruht das auf der Vorstellung, daß diese Unternehmungen zunächst berufen sind, den Arbeitsmarkt zu entlasten und somit über ihren Bedarf Arbeitskräfte aufnehmen können. Der finanzielle Effekt ist eine Überlastung. Das bürokratische System hat sich unter der alten, schwerfälligen Verwaltungspraxis stark eingenistet, der freie Volkstaat kann und muß erst hier Wandel schaffen. Die sofortige Aufhebung der Alfordarbeit hat die Leistung des Betriebes herabgesetzt. Bei dem Achtstundentag wird die Alfordarbeit nicht mehr die üblichen Stölkerscheinungen haben, wie bei dem Zehnstundentag; ist es nicht bedauerlicher, die Leistungsfähigkeit und die Intelligenz des Arbeiters und des Angestellten für vollen Geltung kommen zu lassen, als alles von der Initiative des privaten Unternehmers zu erwarten? Dazu kommt, daß private Unternehmungen für ihre Leistungen ein viel höheres Entgelt nehmen als die Staats- und Kommunalbetriebe. Das vierfache Porto, das die Post für die Beförderung eines Briefes nimmt, erscheint uns unerträglich hoch; es gibt aber kein privates Unternehmen, das mit einer solchen Preissteigerung zufrieden ist. Die Post kann dabei auch nicht auskommen.

Die sozialdemokratische Partei hat vor der Revolution mit gutem Recht den Staat und den kommunalen Betrieb mit Nachdruck gefordert. Sie hat diese Forderung damit begründet, daß Betriebe, die ein allgemeines Bedürfnis befriedigen aber aus einem geringen Einkommen der Gesellschaft Nutzen ziehen, der privaten Kapitalisation anvertraut werden müssen. In einer Handvergabe dieser Aufgabe liegt kein Kataklysmus, so daß wir an unserem im Januar 1919 beschlossenen Standpunkt festgehalten haben. Was wir reformieren



müssen, ist die Verwaltung. Daran schließt sich die vorsichtige Fortsetzung des Werkes auf bisher unberührten Gebieten.

Wie schon bemerkt, kommen für die Uebergangszeit auch solche Projekte in Betracht, die uns dem Ziel näher führen, zumal eine unmittelbare Umwälzung uns vor eine Mobilität mit gefährlichen Experimenten stellt. Von einigen bürgerlichen Kritikern, die an der Sozialdemokratie viel auszusetzen haben, wird behauptet, daß die kapitalistische Herrschaft ihr Ende erreicht hat, es gehe in dem alten Geis nicht mehr weiter. Und nun preisen sie ihre Projekte als Allheilmittel an, die aber nichts anderes sind als Stärkungsmittel für den Kapitalismus, den man vor dem sozialistischen Zugriff bewahren will. Sehr viel spricht dafür, daß nach diesem Krieg dem Kapitalismus in Amerika und England neue Kräfte erwachsen sind, daran ändert nichts die gegenwärtige Krise, die in diesen Ländern eine bald überwindene Nachwirkung des Krieges sein wird. Es würde zu weit führen, das sowie die Nachwirkung dieser Krise auf die übrigen Länder näher darzulegen. Für uns ergibt sich nur, daß uns die Konkurrenz auf dem Weltmarkt nicht davon unabhängig macht, wie wir unser Wirtschaftsgetriebe in Deutschland gestalten.

Die Fortentwicklung des kapitalistischen Systems wird zur weiteren Kartell- und Trustbildung führen. Dieser Entwicklungstendenz wollen einige bürgerliche Reformer einen gemeinwirtschaftlichen Einschnitt geben. Der Trust soll nicht mehr selbstherrlich Preis, Absatz und Lohn bestimmen, sondern einem Kollegium unterworfen werden, das aus Unternehmern, Arbeitern und Verbrauchern gebildet wird, eventuell mit einer Staatsaufsicht. Ein weiterer Plan geht dahin, diese Zusammenschließung großer Industriegruppen auch zur Steueraufbringung zu benutzen. Wir würden also zu einer Verbrauchssteuer kommen, die an der Produktionsstätte ansieht, in der Wirkung zum Preisaufschlag und zur Abwälzung auf den Verbraucher führt. Die Organisation wird in Industrien mit Kleinbetrieben kaum durchführbar sein. Die Grenze zwischen Rohstoffherzeugung und verarbeitender Industrie ist so flüchtig, daß wohl die meisten Ungerechtigkeiten, die bei der Umsatzsteuer beklagt werden, wieder erscheinen. Beim Export müßte die Steuer zurückvergütet werden, ein ziemlich umständliches Verfahren. Die Hinzuziehung der Arbeiter in den Verwaltungskörper hat ihre Vorzüge, wie aber das Rohstoffwirtschaftsgesetz, das diesen Anforderungen entspricht, bisher in der Praxis gezeigt hat, befriedigt diese Methode keineswegs. Die Interessenten des Kohlenbergbaues haben bisher leicht jede Lohnforderung auf den Preis der Kohle umgelegt, wobei nicht gesagt werden soll, daß ihnen nicht auch ohne diese Kontrolle der Preisbestimmung der gleiche Erfolg sicher gewesen wäre. Im Rohstoffwirtschaftsgesetz sind die Erfahrungen noch weniger erhebend. Würden die Industrien gezwungen werden, sich zu Trusts zusammenzuschließen, so würde der Staat die Förderung der kapitalistischen Entwicklung übernehmen, die im freien Wettbewerb bei der Zersplitterung der Kräfte oder der entgegengesetzten Interessen nicht genügend zur Entfaltung kommen kann. Anders gestaltet sich das Projekt, wenn in dieser Trustbildung zugleich eine Auflösung des Privatkapitals enthalten ist. Das kann in der Form geschehen, daß die Aktienbesitzer eine feste Rente bekommen, oder über eine bestimmte Höhe die Dividende ganz oder teilweise gekürzt würde. Norweg wäre vom Gewinn eine Quote für die langsame Tilgung des Aktienkapitals beim Bilanzabschluß einzustellen, um so das Unternehmen zu entkapitalisieren; aus einem Fonds für Kapitalneubildung wären die rückständigen Unternehmungen durch Ueberweisung von Mitteln für Neuanlagen leistungsfähiger zu gestalten oder unrentable Betriebe vollständig zu schließen. Dieser Trust könnte in der Verwaltung eine Zwangsgenossenschaft bilden, die aber unter staatlicher Kontrolle gehalten werden muß, deren

Träger Arbeiter, Aktienbesitzer und der Staat sein würden. Dabei muß verstanden werden, daß die Interessen der Arbeiter einseitig darauf gerichtet werden, durch möglichst hohe Preise für die Produkte ihrer Industrie die Löhne über die anderer Erwerbsgruppen zu erheben; hier muß für alle Industrien von einer staatlichen Zentralstelle die Norm festgesetzt werden, über die die Löhne nicht hinausgehen dürfen. Wirft der Ernst oder die Zwangsgenossenschaft größere Gewinne ab, als für Neuanlagen oder Amortisierung des Aktienkapitals Verwendung finden kann, so gibt es für den Ueberschuß mannigfache Verwendung für sozialpolitische Zwecke, technische Versuchsanstalten, Senkung der Preise usw. Unternehmungen, die als privater Besitz in die Zwangsgenossenschaft aufgenommen würden, müßten in ihrem Wert abgeschätzt und dem Besitzer durch Aushändigung eines Besitztittels eine Verzinsung des Kapitals und Tilgung ganz wie vorher geschuldet zugestanden werden.

Die Gemeinwirtschaft, von der behauptet wird, daß ihr Vorteil darin besteht, daß sie die private Initiative sichert, indem sie dem Staat nur einen Anteil am Besitz läßt, entspricht nicht in allem den sozialistischen Anschauungen; es sei denn, man betrachtet sie als Anfangsstadium, aus dem sich mit wachsender Besitzerweiterung des Staates die Ausschaltung des Privatkapitals ergeben würde, dann aber würde wieder die von ihren Befürwortern in den Vordergrund gerückte Privatinitiative fehlen. Man wird nicht in jedem Fall eine Organisation in Form einer Gemeinwirtschaft ablehnen, sie kann auch ein Nothelfer sein für die Uebergangszeit. So kam für die Kohlenwirtschaft in Frage, die Neuererschließung von Grubenfeldern, den Einbau der Schächte so zu finanzieren, daß durch Aufschlag auf den Kohlenpreis das Kapital für diese Neuanlagen flüssig gemacht wird. In die Verwaltung sollten sich Interessenten des Kohlenbergbaus, kommunale Verbände und der Staat teilen. Das Unternehmen würde, darüber besteht kein Zweifel, mit einem großen finanziellen Risiko abschließen, da die Neuanlagen von Schächten und Bauten, die Anschaffung von Betriebseinrichtungen gegenwärtig so erhebliche Mittel beanspruchen, daß die Verzinsung bei den heutigen Kohlenpreisen und bei den voraussichtlich wieder abwärtsgehenden Preisen nach einigen Jahren ganz ausichtslos erscheint. Hier versagt die private Initiative, trotzdem wir dringend Neuanlagen zur Erhöhung der Kohlenproduktion bedürfen, obgleich keine Aussicht auf Gewinn besteht. Wollen wir aber Neuanlagen heute schon in Angriff nehmen, so wird der hier bezeichnete Weg gangbar sein, denn es wird dieser Teil der Kapitalneubildung bereits auf Verlustkonto gesetzt werden müssen; eine solche Gründung wäre nur im Hinblick auf unsere gegenwärtige Wirtschaftslage zu verantworten.

Ein sehr kompliziertes Gebilde organisatorischer Spintasterei, ganz für die Uebergangszeit zugeschnitten, tritt uns in der Plankwirtschaft entgegen. Die Durchorganisation der Industrien mit allen ihren Spezialfächern, der Zusammenschluß in der Spitze, dem Dachverband, das Einschachteln der Unternehmer- und Arbeitervertretungen macht einem Konstruktionsbureau alle Ehre, ist aber für die Praxis nicht verwendbar. Die Befürworter wollen von einer Zentrale anordnen, wie und was produziert werden soll, welche Rohmaterialien vom Ausland eingeführt werden sollen und wie sie zu verteilen sind, welche Preise und Löhne festgesetzt werden. Dieser wirtschaftliche Teil des Projekts interessiert uns vor allem. Solange wir in der Industrie exportieren, können wir über die Art der Warenproduktion nicht bestimmen, weil der Bedarf im Ausland sehr wechselt, der nicht vorher zu bestimmen ist und vor allem von der Preislage abhängt. Daneben geben oft politische Einflüsse, Verkehrsverhältnisse, eigene Unternehmungen im Ausland u. a. m. den Ausschlag. Ebenso erscheint der Versuch, den Bedarf für das Inland von der Produktionsstätte zu

bestimmen, vollkommen ausichtslos, weil der Verbraucher der bestimmende Teil ist. Soweit bisher der Rohstoffbezug und die Verteilung von einer Zentrale erfolgte — wir haben solche Organisationen —, haben sie nur zu allzu berechtigten Beanstandungen geführt. Die Beschaffung von Rohstoffen hat lange nicht die Schwierigkeiten bereitet, wie man annahm, der langsame Gang in der Wiedererstartung der Industrie ist nahezu allein von der geringen Brennstoffversorgung abhängig gewesen. Wäre im Jahre 1919 die Kohlenproduktion auf die Höhe vor dem Kriege gekommen, so hätten wir die glänzendste Hochkonjunktur gehabt, die Deutschland je gesehen hat. Ueber Preis- und Lohnbestimmung ist an anderer Stelle das Notwendige gesagt. Die Planwirtschaft scheint mir am weitesten vom sozialistischen Programm abzuweichen, sie ist eine mit phantastischem Schwung vorgetragene, die Tendenz der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung nur an der Oberfläche berührende, schwerfällige, utopistische Organisationsidee.

Wichtig erscheint mir für die Reform des Programms, die Grund- und Bodenfrage mehr herauszuheben. Ich schalte die Agrarfrage aus, weil die einer besonderen Erörterung bedarf, nur einige Worte zum städtischen Grundbesitz in Verbindung damit zur Wohnungsfrage; hier muß der sozialistische Standpunkt klar zum Ausdruck kommen und die Forderung erhoben werden:

Enteignung des unbebauten Terrains für den Bau von Wohnhäusern durch die Gemeinde.

Errichtung von Zwangsgenossenschaften mit Hinzuziehung der Mieter und der Gemeindevertretung, um den Bau, die Uebernahme und die Verwaltung von Wohnhäusern zu betreiben.

Ich komme zu dem Ergebnis, daß als Ziel des sozialistischen Programms die bisherige Forderung der Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums von Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum aufrechterhalten werden muß.

Soweit diese Umgestaltung des Wirtschaftsgetriebes nicht unmittelbar erfolgen kann, ist dahin zu streben, daß die überlegene Machtstellung des Kapitalisten gegenüber dem wirtschaftlich Abhängigen aufgehoben wird und die Maßnahmen gefördert werden, die die Verfügung des privaten Besitzes von Produktionsmitteln einschränken und die geeignet sind, die spätere Ueberführung in gesellschaftlichen Besitz anzubahnen.

Die nächste Wirtschaftspolitik.

Von Rüd. Wissell.

Als nach dem Fall des Sozialistengesetzes die deutsche Sozialdemokratie an die Revision ihres Parteiprogramms herantrat, konnte sie über den Wirtschaftsaufbau der Zukunft nur in abstrakten Sätzen reden. Wenn sich dem einen das Ziel auch näher darstellte als dem andern, lag es doch für jeden noch in weiter Ferne. Die letzten Wegstrecken zum Ziele waren noch zu weit, als daß sie im einzelnen hätten übersehen werden können. Heute, nach 20 Jahren sind wir dem Ziele näher gekommen; wir sehen es selbst und auch die Wege zu ihm nunmehr klarer vor uns. Das gibt einzelnen den Glauben, wir könnten das Ziel auch in absehbarer Zeit erreichen. Andere wiederum meinen, es sei nicht der Fall, ohne durch die noch vor dem Ziele liegenden Niederungen freien ungebundenen Kapitalismus hindurch zu müssen. Seine Aufgabe sei die Ausfüllung der noch vorhandenen Lücken im Zusammenschluß wirtschaftsorganisatorischer Einheiten, mit den Mitteln kapitalistischer Wirtschaftspolitik. Sie

meinen, der Kapitalismus selbst müsse das noch vorhandene wirtschaftsorganisatorisch Schwache und Morische beseitigen. Weil wir heute den Weg zum Ziele klarer sehen und weil wir die Schritte auf ihm selbst mitmachen müssen, tragen wir in der politisch-ökonomischen Lage der Nachkriegszeit die Verantwortung für die praktischen Schritte auf diesem noch unbekannten Wege. Was haben wir zu tun?

Die neueren Erfahrungen lassen daran keinen Zweifel, daß der politische und wirtschaftliche Aufstieg des Proletariats in Übereinstimmung mit der Entwicklung der Geschichte steht. Er kann durch einzelne Erscheinungen der gesellschaftlichen Entwicklungen nicht vereitelt werden, auch wenn die äußeren Erscheinungsformen der wirtschaftlichen und politischen Tatbestände sich gegen die Interessen des Proletariats wenden. Diese politischen und wirtschaftlichen Tatbestände sind die Geldblöcke und Grotte, die Sümpfe und Moräste, die sich dem müden Wanderer auf unbekannten Wegen entgegenstellen. Wie sie ihn aufhalten und zu Umwegen nötigen, können auch diese historischen Tatsachen der Politik und der Wirtschaft den Aufstieg des Proletariats aufhalten und das Letztere zu Umwegen zwingen. Deher sind die Maßnahmen, die das Proletariat zu einem bestimmten Zeitpunkt im Interesse seines Aufstiegs durchzuführen hat, nicht abstrakt zu entwickeln, so klar sich andererseits durch die materialistische Geschichtsbeurteilung die dauernde Entwicklungstendenz feststellen läßt. Die sozialistische Praxis ist aber verankert in den Zusammenhängen der gegeneinander wirkenden historischen Augenblickstendenzen verflochten, daß die praktische Politik der Arbeiterklasse bei voller Wahrung ihrer radikalen Gesinnung sich in jedem Falle der historischen Situation anpassen hat. Wie ist diese Situation?

Die politische und wirtschaftliche Lage des Proletariats und seine zu ergreifende Politik im gegenwärtigen Augenblick ist bestimmt durch die Verfallserscheinungen des Kapitalismus durch den Krieg und nach dem Kriege. Insbesondere ist die Lage des mitteleuropäischen Proletariats untrennbar verknüpft mit den Erschütterungen der Ernährungs- und Arbeitsbedingungen der kontinentalen Völker. Die materiellen Zerstörungen des Krieges im Zusammenhang mit der Verschärfung des kapitalistischen Völkerverhältnisses seitens der Siegerstaaten durch die rohe Gewalt des Versailler Vertrages haben die leibliche Existenzgrundlage des gesamten deutschen Volkes, sowohl der Bourgeoisie wie des Proletariats, in Frage gestellt. In dieser außenpolitischen Lage sind zunächst die beiden Gegner im innerdeutschen kapitalistischen Produktionsprozeß, also Ausbeuter ebenso wie Ausgebeutete, in der Lage des selbst Ausgebeuteten.

Zu den Folgen des Krieges und der Niederlage gehört auch die politische Umwälzung. Da sie alle Fragen unserer Politik neu gestellt hat, ist es von entscheidender Wichtigkeit, über ihr Wesen und ihre Bedeutung zu voller Klarheit zu kommen. Das um so mehr, als wir die allgemein herrschende Anschauung über sie auf einer völligen Verkenntnis der Tatsachen zu beruhen scheint.

Bis November 1918 hatte sich Deutschland noch in demjenigen Zustand befunden, der in England und Frankreich bereits seit 1688 bzw. 1789 überwunden war. Es gab bei uns nicht, wie gleichzeitig in England, Frankreich, Amerika nur zwei, sondern drei Klassen, nämlich außer Kapitalisten und Proletariern noch die alte feudalistische Klasse der Fürsten und der in ihrem Dienst stehenden Beamten, Offizieren usw., und diese feudale Klasse war es, in deren Händen sich die Staatsgewalt unmittelbar befand. Die Staatsgewalt war verfassungsmäßig in anderen Händen als die wirtschaftliche Macht. Wir waren wirtschaftlich im Kapitalismus, politisch dagegen in einem etwas abgeschwächten Feudalismus. Der 1848 von der deutschen Bourgeoisie unternommene schwächliche Versuch, diese Zweipoligkeit zu überwinden und die politische Macht mit der wirtschaftlichen in einer Hand zu vereinigen, war fehl-

geschlagen und die Bourgeoisie hatte sich in ihre politische Abhängigkeit um so mehr gefunden, als sie wirtschaftlich dabei ausgezeichnet gedieh und dadurch mittelbar und hintenherum immer größeren Einfluß auf die herrschende Feudalklasse erhielt. Dieser überstündige und zwiespältige Staatsaufbau war nun zusammengebrochen. Das deutsche Proletariat, auf dessen Schultern die Hauptlast des Weltkrieges gelegen hatte, zerbrach auch im Innern mit leichter Mühe die Reste der Herrschaft der Feudalklasse, während die deutsche Bourgeoisie, ihrem bewährten Charakter getreu, vor Schreck entgeistert und angst-erfüllt, ratlos daneben stand. So konnten zunächst beherzte Führer des organisierten Proletariats die Leitung der Staatsgeschäfte übernehmen, die ihnen das angstschlotternde Bürgertum gern überließ. Von außen gesehen, konnte der Anschein einer zunächst siegreichen und nur im weiteren Verlaufe nicht ausgenutzten proletarischen Revolution entstehen.

Tatsächlich ist die deutsche Novemberrevolution kein Vorgang innerhalb des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Das Proletariat hat in jenen Novembertagen lediglich das getan, wozu 1848 die Bourgeoisie außerstande gewesen war; es hat die feudalistische Herrschaft endgültig gebrochen. Die wirtschaftlichen Machtverhältnisse zwischen Bourgeoisie und Proletariat wurden dadurch unmittelbar nicht berührt, sie konnten vielmehr erst jetzt, nicht mehr gehemmt durch das Dazwischentreten einer dritten Schicht, politisch unverhüllt in die Erscheinung treten. Sie fand ihren formellen Ausdruck in der mit sozialen Zugeständnissen verzierten liberal-demokratischen Verfassung von Weimar.

Hätte aber nicht das deutsche Proletariat jene Angstkatare der deutschen Bourgeoisie benutzen können, um selbst auch die wirtschaftliche Macht zu ergreifen? Leider nein, und zwar vor allem deshalb nicht, weil die tatsächlichen Verhältnisse dem entgegenstanden und weil das Proletariat dazu in jeder Beziehung unvorbereitet war. Dem Proletariat fehlte die Möglichkeit, durch die ihm zunächst zugefallene Macht die materielle Existenzgrundlage der Ernährung und Produktion, wenn auch nur im allerdürftigsten Maße allein für sich zu sichern. Trotz gewaltiger subjektiver Bemühungen der radikalen proletarischen Parteien war das Proletariat beim Ausbruch der Revolution und im Laufe der darauf folgenden 1½ Jahre objektiv nicht in der Lage, unter Verzicht auf die Mitarbeit der Bourgeoisie aus eigenen Kräften für seinen alleinigen Nutzen die Ernährungssicherung und den Produktionsaufbau zu schaffen. Auch wenn die sehr maßgeblichen Gründe außenpolitischer Art außer Betracht bleiben, insbesondere die Tatsache, daß das deutsche Volk auf die Nahrungsmittelunterstützung und die Rohstofflieferungen des kapitalistischen Auslandes angewiesen war, so war das Proletariat infolge mangelnder theoretischer Vorbildung, auch seiner Führer und infolge des Mangels an Kenntnissen und Leistungsvermögen betriebstechnischer, organisatorischer und kaufmännischer Art, auch der Oberschicht des Proletariats, außerstande, die Führung der Produktion in die Hand zu nehmen. Die Mitarbeit der wirtschaftlichen und geistigen Führer der bisherigen kapitalistischen Ordnung auf der Seite des Proletariats blieb, auch soweit sie nicht selbst Kapitalisten sind, aus, weil diese Schichten während der stürmischen Aufwärtsentwicklung des Kapitalismus in Deutschland reichlich Kuhnheuer der kapitalistischen Ordnung gewesen sind und, ungeachtet ihrer objektiven soziologischen Stellung, sich subjektiv bis zum gegenwärtigen Augenblick mit den Interessen der Bourgeoisie verknüpft fühlten; eine Stellungnahme zu der das faktische Verhalten des Proletariats früher und noch während der Revolution reichlich beigetragen hat. Der andersartige Verlauf der russischen Entwicklung kann hier außer acht bleiben, da die zeitweilige Diktatur des Proletariats, unter Ausschaltung der Bourgeoisie, nur durch die agrarisch-

industrielle Schichtung der russischen Bevölkerung ermöglicht wurde. Die Lehre ist jedoch aus der russischen Entwicklung zu ziehen, daß auch bei völliger Ueberwindung der Bourgeoisie die Mitarbeit einzelner Individuen aus dieser Klasse nicht entbehrt werden kann. Dieser Vorgang verdient auch für das deutsche Proletariat Beachtung insoweit, als das Proletariat gerade während der Übergangszeit vom Kapitalismus zum Sozialismus zwischen dem Klasseninteresse und der Intelligenz der Bourgeoisie scharf unterscheiden muß.

Die leider verheilten Hoffnungen eines großen Teils des Proletariats auf seine Leistungsfähigkeit und die zeitweilige Linderung des größten Teils des deutschen Volkes über die wirklichen Machtverhältnisse rühren von einer Verkennung des Wesens der Novemberrevolution her. Man sah in ihr die Vollerfüllung des proletarischen Aufstiegs, den Abschluß der kapitalistischen Periode. In Wirklichkeit aber war sie der Abschluß der frühkapitalistischen Periode in Deutschland, die durch Eigenart der geschichtlichen Entwicklung Deutschlands bedingt, zwei Stufen höchster technischer und kaufmännischer Organisation, doch noch nicht ihren Abschluß erreicht hatte. Der zunächst erreichte Erfolg der Novemberrevolution besteht in der Beseitigung der feudalen Reste.

Daß heute die Möglichkeit zur unmittelbaren wirtschaftlichen und politischen Machtergreifung durch das Proletariat nicht besteht, geben selbst Unabhängige und Kommunisten zu, und die urteilsfähigen und ehrlichen unter ihnen auch dies, daß auch heute noch von einem Abschluß der für die Machtübernahme nötigen Vorbereitungen im eigenen Lager nicht die Rede sein kann. Das Proletariat kann sich diesen Zustand nicht eindringlich genug klarmachen. Dann erst werden seine Hoffnungen auf ein erreichbares Maß zurückgeführt werden. Dann aber auch erst ist die Arbeiterklasse in der Lage, die trotz allem veränderliche Verfassung der neuen wirtschaftlichen Ordnung, welcher Deutschland entgegengeht, die sicher keine sozialistische ist, zu überschauen. Das deutsche Proletariat war und ist nicht in der Lage, allein die Wirtschaft aufzubauen. Ebenso aber war und ist die Bourgeoisie nicht mehr in der Lage, ohne die freiwillige Mitarbeit des Proletariats die neue Wirtschaftsordnung herzustellen. Die erste Regierungskoalition ist für das eine wie für das andere Ausdruck. Der Krieg hat den jährlichen Reservefonds der kapitalistischen Akkumulation in solchem Maße aufgezehrt, daß auch für die Bourgeoisie die lebendige Arbeitskraft des Proletariats heute die einzige Quelle ist, aus der sie ihre Substanzmittel sich beschaffen kann. Der Umsturz der militaristisch-feudalen Autokratie und der Übergang zur liberalen Form der Demokratie hat das Proletariat durch seine zahlenmäßige Stärke zu einem politischen Machtfaktor gestempelt, der zwar für sich allein nichts durchzusetzen, aber alles verhindern kann. So ist das Zusammenarbeiten zwischen Bourgeoisie und Proletariat — man kann es eine Arbeitsgemeinschaft nennen — nur das Symbol des Zustandes, den die politisch-ökonomische Entwicklung im Augenblick erreicht hat. Es ist mehr als fraglich, ob die historische Periode dieser Arbeitsgemeinschaft zwischen Bourgeoisie und Proletariat von sehr langer Dauer sein wird. Nach den Erfahrungen der Vergangenheit muß damit gerechnet werden, daß die Bourgeoisie bei Wiederkehr einer gewissen Stufe der Akkumulation von Produktionsmitteln den Versuch machen wird, das Verhältnis der Parität wieder durch ein einseitiges Machtverhältnis zu ersetzen. Es ist die Aufgabe des Proletariats, die Periode der Arbeitsgemeinschaft, diese Zeit des Waffenstillstandes, dazu zu benutzen, so viele politische und soziale Sicherungen zu schaffen, daß der Zeitpunkt nicht wiederkehrt, wo „zwei Arbeiter einem Unternehmer nachlaufen“, ohne daß die politische Macht der Arbeiterklasse im Staat dieses ökonomische Machtverhältnis ausgleichen kann. Vor allem aber hat die Arbeiterklasse die vor ihr liegende Zeitspanne, in welcher sie auf die freiwillige Mitarbeit der Bourgeoisie, und die

Bourgeoisie auf die der Arbeiterschaft angewiesen ist, dazu zu benutzen, in der Praxis der Wirtschaftsführung technische, ökonomische und kaufmännische Führer heranzubilden für den Augenblick eines neuen Entscheidungslampjes.

Die bevorstehende Periode der wirtschaftlichen Verfassung verwirklicht selbstverständlich nicht die Hoffnungen des Proletariats, aber sie bietet dem Proletariat die Gelegenheit, an sich selbst die unerlässliche Voraussetzung für eine spätere Erfüllung seiner Hoffnungen zu verwirklichen. Die tieferen Tendenzen des historischen Entwicklungsprozesses in ihrer Richtung auf die Befreiung des Proletariats, zeigen sich schließlich in den besonderen Formen und Organisationen der neuen Wirtschaft, für die mehr noch als für die vergangene Zeit der Satz gilt, daß im Schoße der kapitalistischen Ordnung die sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung heranreift.

Das im vorigen Absatz Gesagte erstreckt sich, wie ausdrücklich betont werden soll, auf diejenige Form einer provisorischen Arbeitsgemeinschaft, die den heutigen Machtpositionen der bürgerlichen und proletarischen Klasse entspricht. Das Provisorium wird sich auf dem Wege zum Sozialismus dahin verändern, daß mit zunehmender Verminderung des Privateigentums die bürgerliche Klasse und ihre Klasseninteressen immer mehr dahinschwinden und die Gesellschaft immer mehr eine klassenlose Struktur annimmt. Das Proletariat wird sich jedoch darüber klar werden müssen, daß Klassenlosigkeit nicht mit Führerlosigkeit gleichbedeutend ist. Auch in der sozialistischen Gesellschaft wird es eine Arbeitsverfassung geben, die sowohl leitende, arbeitsteilende, wie ausführende, arbeitleistende Menschen umfaßt. Auch diese sozialistische Ordnung läßt sich ableiten können, sondern wiederum gleichsam eine Arbeitsgemeinschaft der Personen bedürfen, die auf der einen Seite die Arbeitsfunktionen der heutigen Unternehmer, auf der anderen Seite die Arbeitsfunktionen der heutigen Arbeiter ausüben. In dieser Hinsicht ist die jetzige Arbeitsgemeinschaft, die zwischen gewerblichen und industriellen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Deutschland besteht, wahrscheinlich nicht nur ein Provisorium, sondern eine Vorstufe der kommenden sozialistischen Wirtschaftsverfassung.

Als aktuelle Aufgabe ist dem Zusammenarbeiten von Bourgeoisie und Proletariat der Aufbau einer Wirtschaftsordnung gestellt, welche die Anforderungen des Krieges und die außenpolitischen Belastungen des öffentlichen Schuldkontos abdeckt. Die veränderte Weltmarktlage, die z. T. unabänderliche Ausschaltung des deutschen Ueberschandel, die Verminderung der Kaufkraft bei fast allen Völkern, vor allem aber in den breiten Schichten des deutschen Volkes selbst, zwingt dazu, die Grundlagen der Produktion zu verändern. Die ungenügende Agrarversorgung infolge des Rückganges der landwirtschaftlichen Produktivität und des Verlustes wichtiger Ueberschussgebiete, andererseits die Unmöglichkeit des Aufbaues der deutschen Ernährung auf ausländischer Basis, zwingt auf die Dauer auch zu einer Umschichtung eines Teiles der industriellen Bevölkerung zugunsten der landwirtschaftlichen Produktion. Noch ist es nicht zu übersehen, bis zu welchem Grade die einzelnen Industriezweige auf die Dauer ihren Absatz verloren haben. Die Entwicklung ist eben nicht im einzelnen voraussagen, aber ihre Tendenz ist unverkennbar. In dieser Entwicklung muß es unter dem Druck der Weltmarktlage kommen, wenn Deutschland seine Bevölkerung erhalten will.

Es gibt theoretisch zwei Wege, um diese Umschichtung herbeizuführen. Wir können entweder die gesamte politische Verantwortung der Bourgeoisie und damit auf die Dauer die Wirtschaft dem Mechanismus des kapitalistischen Marktes überlassen. Diese kapitalistische Wirtschaft hat bisher im Laufe ihrer Geschichte noch alle Krisen, auch die schwersten, überwunden, und man

braucht nicht zu zweifeln, daß sie es auch diesmal tun würde. Aber tun würde, wie bisher gleichfalls stets auf Kosten der ökonomisch-schwächeren Klasse, des Proletariats. Das um so mehr, als die heutige weitgehende Kartellierung unserer Industrie eine verstärkte Sicherung des Unternehmertums bedeutet. Der liberal-kapitalistische Weg einer Rettung der deutschen Wirtschaft auf Kosten des deutschen Proletariats steht also sicherlich offen, und die Bourgeoisie drängt natürlich mit allen Kräften auf ihn.

Da wir auf diesem, für das Proletariat selbstmörderischen Weg der kapitalistischen Marktwirtschaft der Bourgeoisie nicht folgen können, und den entgegengesetzten Weg der Machtergreifung und Vollsozialisierung noch nicht gehen können, so bleibt uns gegenwärtig nur ein Mittelweg: Er heißt Planwirtschaft, d. h. nicht die fälschlich so bezeichnete Kriegswirtschaft, sondern die sich selbst verwaltende, organisierte Wirtschaft.

Organisierte Wirtschaft ist eine von den Triebkräften des Kapitalismus in Gang gehaltene, aber nicht blind abrollende, sondern in ihrem Ablauf beherrschte und geregelte Wirtschaft. Sie gibt uns die Möglichkeit, nach dem Maß unserer jeweiligen politischen Machtstellung, die im übrigen noch kapitalistische Wirtschaft planmäßig so zu steuern, daß eine gerechte und für das Proletariat erträgliche Verteilung der Lasten eintritt, und daß jede unnötige Unterbrechung und Erschütterung, die in der gegenwärtigen verzweifelten Lage auch für das Proletariat verhängnisvoll werden würde, vermieden wird.

Für die Arbeiterklasse ist die Vollziehung des allgemeinen Umbaus der Wirtschaftsfundamente nur denkbar unter der Voraussetzung eines bewußten Planes, der zwar den tiefsten Tendenzen der freien Wirtschaft nicht entgegenwirkt, aber das Tempo, die Formen und Begleiterscheinungen des Umbaus der primitivsten sozialen Bedingungen des proletarischen Daseins anpaßt, und sie vor allem der Mitbestimmung des Proletariats überantwortet. Diese selbstverwaltende organisierte Wirtschaft, zunächst partiell, dann rein demokratisch-proletarisch geleitet, ist nur denkbar bei aktiver Beteiligung des Proletariats; sie ist eine Zwischenstufe zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Die verbleibenden Elemente des Kapitalismus in ihr sind heute nicht zu entbehren, doch werden sie nicht vom Privatinteresse des Unternehmers allein dirigiert, sondern auch vom sozialen. Es hängt von der Latenzkraft des Proletariats ab, in wie hohem Maße es der Fall ist und inwieweit diese Elemente des Kapitalismus nach sozialistischen Prinzipien organisiert sind, d. h. inwieweit die notwendige Unterordnung des privatwirtschaftlichen Prinzips der Einzelnen unter die Anforderungen der Gesamtwirtschaft erfolgt. Das Proletariat hat zu wählen zwischen der in der Planwirtschaft gegebenen Vorstufe zum Sozialismus oder der ökonomischen und sozialen Anarchie.

Um den Gedanken der Planwirtschaft ist innerhalb des Proletariats ein heftiger Streit entbrannt. Soweit er sich darauf bezieht, daß die Planwirtschaft kein Sozialismus ist, sondern nur eine Vorstufe dazu, die kapitalistische Elemente enthält, kann er durch das bisher Gesagte als entschieden gelten. Auch wer die Planwirtschaft als Kapitalismus bezeichnet, wird zugeben müssen, daß es sich dann doch um eine höher entwickelte Form des Kapitalismus handelt, als sie bisher in Europa bekannt war. Höher entwickelt in doppeltem Sinne: im Sinne einer äußersten Rationalisierung der Produktion und im Sinne einer Verstärkung der nach Überwindung des Kapitalismus drängenden Tendenzen, die ihm innewohnen.

Der zweite Streit über die Planwirtschaft bezieht sich auf die konkreten Formen, in denen die planwirtschaftlichen Versuche der letzten 1½ Jahre verwirklicht worden sind (Stahlengesetz, Außenhandelsstellen usw.). Die sogenannten Selbstverwaltungskörper stellen Zusammenschlüsse der an der Produktion be-

teiligten Unternehmer- und Arbeiterkreise unter Hinzunahme der Konsumenten dar, die nach dem Prinzip des Kartells organisiert sind. Das heißt: die einzelnen Betriebe des betreffenden Produktionszweiges stehen in der zufälligen technischen, organisatorischen und lokalen Verfassung da, in der sie auf dem Boden des liberalen Kapitalismus erwachsen sind, zwar mit beschränkter Souveränität hinsichtlich der Preisgestaltung, aber in vollkommener Freiheit der Entscheidung über die Nationalität der Produktion und über ihren eigenen Fortbestand. Bestimmungen, die über den Rahmen dieser Kartellorganisation hinausgehen, wie der § 1 des Kohlewirtschaftsgesetzes, nach welchem die gemeinwirtschaftliche Organisation des Reichskohlenrats die gesamte Kohlewirtschaft leitet, sind auf dem Papier stehen geblieben. Diese kartellförmige Organisation hatte alle Nachteile im Gefolge, die schon immer, auch in der privatwirtschaftlichen Organisation, beim Kartell beobachtet worden sind: Kartengarantie für den minderwertigen Betrieb. Eifersüchtelei und Mißtrauen seitens der mit der Kartelleitung nicht betrauten Kartellangehörigen, z. B. Korruption seitens der Kartelleitung. Auch die Mitwirkung der Arbeitnehmer hat an diesem Mißstand nichts geändert, da sie ebenso wie die beteiligten letzten Verbraucher infolge mangelnder Schulung trotz formaler Kenntnisnahme die entscheidenden Tatsachen vielfach nicht verstanden.

Mit Unrecht sind diese unbestreitbaren Mängel der ersten praktisch vorliegenden planwirtschaftlichen Versuche auf das Prinzip einer planmäßig organisierten Wirtschaft zurückgeführt worden. Sie haben ihre wahre Ursache zum Teil in der spezifischen Kartellform und gelten gleichermaßen für das gemeinwirtschaftliche, wie für das privatwirtschaftliche Kartell. Alle diese Mißstände sind sofort auszuschalten, wenn die einzelnen Produktionszweige trustförmig organisiert werden, d. h. wenn an die Stelle der genossenschaftlichen Leitung mit freier Selbstbestimmung in allen entscheidenden Fragen die einheitlich zentrale, diktatorische Führung unter Ausschaltung der freien Selbstbestimmung der einzelnen Betriebe tritt. Insbesondere müssen die technischen Betriebsmethoden und die Entscheidung über die Stilllegung und Errichtung von Betrieben in die Hand des gemeinwirtschaftlichen Zentralorgans gelegt werden, das, entsprechend neueren Vorschlägen der Sozialisierungskommission, an dem privaten Schicksal des einzelnen Werkes interessiert ist. Damit ist keineswegs die Vollsozialisierung notwendig verbunden, d. h. die Enteignung der privaten Werkzeigentümer bzw. Aktionäre. Doch andererseits schließt sie auch nicht die Vollsozialisierung einzelner Gebiete und Zweige der Wirtschaft aus.

Zum anderen Teil auch liegt ihr Versagen daran, daß man es verabsäumte, die gesamte Wirtschaft durchzuorganisieren. Es entstanden organisierte Produzentengruppen und die Organisation verstärkte diese so, daß sie auf Kosten der Gesamtheit ein unzulässiges Übergewicht erhielten. Man bekämpfte sie fälschlich mit einem sogenannten Konsumentensozialismus, statt den Kräfteausgleich durch eine umfassende Produzentenorganisation zu bewirken. Eine Organisation aller Produzenten stellt die Vertretung von etwa neun Zehntel des Volkes dar, umschließt also die erdrückende Mehrheit der Konsumenten automatisch.

Der dritte Haupteinwand gegen die Planwirtschaft liegt darin, daß sie nach den bisherigen Erfahrungen zur Korruption der beteiligten Arbeiterkreise führe, welche durch hohe Lohnverprechungen seitens der Unternehmer gereizt, in Verfolgung rein spekulativer Interessen jede konsumentfeindliche Preispolitik mitmachen würden. Daß für diesen Einwand Tatsachen vorliegen, kann nach den bisherigen Erfahrungen nicht bestritten werden. In den wenigen vorhandenen planwirtschaftlichen Organisationen haben tatsächlich vielfach die Arbeitnehmer

unter Verleumdung des volkwirtschaftlichen Gesamtinteresses und damit auch unter Verleumdung ihres eigenen, wohlverstandenen Dauerinteresses die kapitalistische Fachpolitik ihres Wirtschaftszweiges blind mitgemacht. Aber auch diese Nachteile werden mit Unrecht dem Prinzip der Planwirtschaft zur Last gelegt. Auch sie sind die notwendigen Folgeerscheinungen einer nur teilweisen, in wenigen Gewerbezweigen durchgeführten Planwirtschaft. Wären alle wichtigen Produktionszweige planmäßig organisiert und stünde über der Gesamtheit der einzelnen Wirtschaftszweige eine Stelle, der Reichswirtschaftsrat, im Einvernehmen mit der obersten Wirtschaftsleitung, die über widerstreitende Interessen der einzelnen Produktionszweige entscheidet, so wären jüdisch-kapitalistische Ausschreitungen einzelner Fachgruppen praktisch unmöglich. Es darf aber ferner erwartet werden, daß die zunehmenden Erfahrungen der Arbeitnehmer in der planwirtschaftlichen Organisation sie dazu erziehen werden, die vorübergehenden, nur scheinbaren Fachinteressen zum Nutzen der dauernden Gesamtinteressen und damit auch ihrer dauernden Fachinteressen zurückzustellen.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß die planwirtschaftliche Organisation der spätkapitalistischen Wirtschaftsperiode der nächsten Zukunft eine trugmäßige Zusammenfassung der einzelnen Wirtschaftszweige mit paritätischer Mitwirkung der Arbeiterklasse sein wird, über welcher sich als oberste Instanz ein mit diktatorischer Vollmacht ausgestatteter, zentraler Wirtschaftsrat aufbaut.

Die nächsten Aufgaben dieser planwirtschaftlichen Organisation auf der Seite der Produktionspolitik liegen einmal in der äußersten Rationalisierung der gesamten Wirtschaftsführung. Höchste Vervollkommenung der technischen Betriebs- und Arbeitsmethoden, Typisierung, Produktionsplan bei voll und gleichartig beschäftigten Betrieben. Ausschaltung aller technischen oder mit Rücksicht auf den Standort oder Absatz unrentablen Betriebe, also Steigerung des wirtschaftlichen Nutzeffekts, ist der einzige Weg, auf welchem die Verschuldung von Staat und Wirtschaft abgetragen und die gestiegenen Konsumansprüche der breiten Volksmassen, vor allem des Proletariats auf die Dauer zu befriedigen sind. Wenn das Prinzip der bisherigen kapitalistischen Wirtschaft darin bestand, auf Kosten des Konsums der überwältigenden Mehrheit des Volkes auch bei unrationeller Betriebsweise große Ueberschüsse zu erzielen, so muß es die Aufgabe der Planwirtschaft sein, die ungeheuren Belastungen der Wirtschaft und die gesteigerten Konsumansprüche durch äußerste Rationalisierung des Produktionsprozesses auszugleichen. In dieser Richtung liegt es auch, wie die Organisation der Planwirtschaft die allmähliche Umgruppierung der Arbeitskräfte aus den niedergehenden in die lebensfähigen Produktionszweige durchzuführen hat.

Aber auch in der Verschüttung der kapitalistischen Weltwirtschaft fallen den gemeinwirtschaftlichen Kräfte Aufgaben zu, die ohne sie überhaupt unerfüllbar sind. Das kapitalistische Ausland ist bereit, der deutschen Industrie für ihren Wiederaufbau Kredit zu geben. Es will seine Mittel aber nicht dem unsicheren Schicksal einzelner Betriebe ausliefern und fordert deshalb Solidarität des ganzen Produktionszweiges. Die freie Wirtschaft kann diese Forderung kaum erfüllen.

Auch die bei der finanziellen Notlage des Reiches notwendige steuerliche Gesetzgebung macht planmäßig organisierte, aber autonome Wirtschaft nötig. Man muß sich die Höhe der Vermögen- und der Erbschaftsteuer ansehen, um sofort zu dem Ergebnis zu kommen, daß die Erneuerung und Erweiterung der Produktionsmittel und -stätten, also die Akkumulation im weitesten Sinne, im erforderlichen Ausmaße durch den einzelnen nicht mehr erfolgen kann. Das ist nur durch einen autonomen Wirtschaftskörper möglich, und auch dann nur bei höchster Wirtschaftsökonomie.

Auch darauf ist hinzuweisen, daß je größer der — anzustrebende Konsum-
anteil des einzelnen, desto gefährlicher die unentbehrliche Akkumulation ist; sie
ist dann nur durch Rationalisierung erzwingbar.

Vom Standpunkt des Proletariats aus liegt aber die Hauptaufgabe der
Planwirtschaft darin, daß sie die hohe Schule des Proletariats in der Wirt-
schaftsführung darstellt. Angefangen bei den Betriebsräten, über die Arbeits-
gemeinschaften bis zum Reichswirtschaftsrat bietet sie dem Proletariat eine
fachliche Ausbildung, welche die Arbeiterklasse allmählich „zur Sozialisierung
reif“ machen wird. Entsprechend den Fortschritten auf diesem Erziehungs-
wege wird die Arbeiterklasse Stück um Stück der kapitalistischen Meiste in der
Planwirtschaft beseitigen. Schon die Einführung der Kartellform in die Trust-
form ist ein Schritt vorwärts zur Sozialisierung. Von der jeweiligen politi-
schen Machtstufe des Proletariats hängt es ab, in welchem Tempo es ihm
gelingt, den Grad seiner Reifung in der wirtschaftlichen Gesetzgebung und Ver-
wirklichung auszuprägen.

Das Ausland geht uns auf dem Wege wirklicher Planwirtschaft schon
voraus. Im englischen Gildesozialismus sind die Anfänge deutlich sichtbar.
Und neuerdings geht auch Rußland diese Wege in seiner Wirtschaft.

Zum Schluß sei ausdrücklich wiederholt, daß die Planwirtschaft sich durch-
aus nicht annagt, letzte Lösung des sozialistischen Problems zu geben. Sie ist
sich vielmehr völlig bewußt, lediglich eine vorbereitende Dienerin des Sozialis-
mus zu sein und ihm im Sinne von Marx die Wege dadurch zu ebnen, daß
sie die Menschen und Dinge sozialisierungsreif zu machen hilft. Sie stellt auf
Grund der praktischen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte die Eigentumsfrage
solange zurück, bis sich, wie sie hofft, aus der organisatorischen Vollendung der
Wirtschaft und aus der zunehmenden Einsicht des Proletariats in die wirt-
schaftlichen Zusammenhänge schließlich die Möglichkeit ergibt, mit einem großen
Schlage das Eigentum an den Produktionsmitteln aus der privaten in die
sozialistische Form zu überführen.

Dies ist in kurzen Zügen das wirtschaftliche Programm einer zu prakti-
schen Arbeit bereiten sozialdemokratischen Partei für die noch vor uns liegende
Wirtschaftsperiode. Wir sind nicht mehr in der Lage der Männer von 1891,
über den Wirtschaftsbau der Zukunft und die Wege zu ihm nur in abstrakten
Sätzen zu reden. Weil wir heute den Weg klarer vor uns sehen und weil wir
in der verzweifeltsten Lage des Volkes, die der verlorenen Krieg gebracht hat,
die nicht abzulehnende Mitverantwortung dafür tragen, daß bis noch zu durch-
schreitende Wegstrecke auf dem kürzesten Wege in einer des Volkes Kräfte
schonenden Weise beendet wird, müssen wir wissen, was wir zu tun haben.
Das Endziel bleibt die „für und durch die Gesellschaft betriebene Wirtschaft“
mit Überführung des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln in das
Eigentum von Organen, die die Gesellschaft präsentieren. Der Weg dazu
führt über die vorläufige Arbeitsgemeinschaft von Bourgeoisie und Proletariat
in der planmäßig organisierten Wirtschaft. Mit zunehmender Reife wird das
Proletariat ein Fort der kapitalistischen Position nach dem anderen erobern
bis zur restlosen Überwindung.